

FORUM **sozial**

DIE BERUFLICHE SOZIALE ARBEIT

SONDERAUSGABE



Solidarität in der Sozialen Arbeit

DBSH

Deutscher Berufsverband
für Soziale Arbeit e. V.

Tariffähige Gewerkschaft

Mitglied der IFSW (International Federation of Social Workers)

Solidarität in der Sozialen Arbeit

- 9 Die Saarbrücker Erklärung
- 15 Reaktionen auf die Saarbrücker Erklärung
WILFRIED NODES – INTERVIEW MIT MICHAEL LEINENBACH
- 18 „Wer sich einsetzt, setzt sich aus.“
MECHTHILDE SEITHE
- 22 Jeder kämpft für sich allein?
SABRINA SLAWINSKI
- 27 Bildungsstreik 2009: Studierende Sozialer Arbeit solidarisieren sich
FRIEDRICH MAUS
- 30 Soziale Arbeit braucht Solidarität
HANS-JÜRGEN DAHME, NORBERT WOHLFAHRT
- 33 Eigenverantwortung statt Solidarität
PETER HERRMAN
- 31 Solidarität – Fordern statt Fördern



THOMAS SCHUMACHER

- 35 Soziale Arbeit als beruflich geleistete Solidarität
– Gesellschaftliche und ethische Implikationen

TOBIAS ZINSER

- 41 Solidarität als berufsethische Verpflichtung – ein Blick nach Brasilien

FRANK BETTINGER

- 44 Soziale Arbeit in Zeiten der „Neuerfindung des Sozialen“

CARSTEN MÜLLER

- 46 Community Organizing – ein Mittel zur Re-Politisierung der Sozialen Arbeit
im aktivierenden Sozialstaat?!

WALTER HÄCKER

- 50 Die eingetragene Genossenschaft ARBEIT ZUERST, das solidarische
Unternehmen für Zeitarbeit und Kooperation

WILFRIED HOSEMANN

- 53 Inklusion oder Solidarität?

FORUM sozial

Die Berufliche Soziale Arbeit

ist die Zeitschrift des DBSH

SONDERAUSGABE

Herausgeber

DBSH – Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V.
Rungestraße 22–24
10179 Berlin
Tel.: (030) 40054012
Fax: (030) 40054013
E-Mail: info@dbsh.de
Internet: www.dbsh.de

Redaktion Forum sozial

Wilfried Nodes (Redaktionsleitung)
Reithohle 9, 74243 Langenbrettach
Tel.: (07946) 9440287
Fax: (07946) 9440289
E-Mail: nodes@dbsh.de

Unsere Anzeigenannahme

siehe Redaktion
E-Mail: forum-sozial@dbsh.de
Internet: www.forum-sozial.de

ISSN 1433-3945

Redaktion

Peter Albers (AL), Frank Eger (FE), Sven Leimkühler (SL),
Friederike Lorenz (FL), Friedrich Maus (FM), Wilfried Nodes (WN)
(v. i. S. d. P.), Marianne Pundt (MP), Gabriele Stark-Angermeier
(Redaktion DBSH INTERN) (GS)

Regelmäßiger Autor

Michael Leinenbach (ML)

Die redaktionelle Bearbeitung des Titelthemas erfolgte
durch Wilfried Nodes.

Endredaktion Wilfried Nodes

Art Direction/Bildredaktion

press office sabine kuhn
E-Mail: press-picts@web.de

Titelbild zusammengestellt von Sabine Kuhn

Weitere Bildbeiträge von

Europäische Union, Karin Jung by www.pixelio.de,
Florian Kempter, Verena Kühn, Wilfried Nodes, schemmi by
www.pixelio.de, Tobias Zinser

Copyright

Die in FORUM sozial veröffentlichten Beiträge und Abbildungen
sind urheberrechtlich geschützt. Übersetzung, Nachdruck,
Vervielfältigungen sowie die Einspeicherung, Verarbeitung und
Nutzung in elektronischen Systemen – auch auszugsweise – nur
mit Genehmigung der Redaktion (wird, wenn möglich, erteilt).
Von einzelnen Beiträgen oder Teilen von ihnen dürfen nur einzelne
Kopien hergestellt werden.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge und Anzeigen geben nicht
immer die Meinung des Herausgebers wieder. Eine Zensur von
Anzeigen findet über den presseüblichen Rahmen (Ablehnung
sexistischer, rassistischer und verfassungsfeindlicher Anzeigen)
hinaus nicht statt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte
und Fotos übernehmen wir keine Haftung.

Die Saarbrücker Erklärung

Gegen die Fortsetzung der Spaltung der Gesellschaft – Abschied vom Sozialstaat nicht mit dem DBSH

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bundesmitgliederversammlung des DBSH hat auf ihrer Sitzung am 24. April 2010 auf Antrag des geschäftsführenden Vorstandes sowie des Funktionsbereiches „Fach-, Sozial- und Gesellschaftspolitik“ die „Saarbrücker Erklärung“ – (Gegen die Fortsetzung der Spaltung der Gesellschaft – Abschied vom Sozialstaat nicht mit dem DBSH) beschlossen.

Ich bin hoch erfreut, Ihnen die Saarbrücker Erklärung heute zur Verfügung stellen zu können.

Die Federführung zur Erstellung oblag Friedrich Maus, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand (GfV) sowie Leiter des Funktionsbereiches „Fach-, Sozial- und Gesellschaftspolitik“, und Wilfried Nodes (Pressesprecher und Redaktionsleiter von Forum SOZIAL).

Dem Redaktionsteam gehörten weiterhin Hille Gosejacob-Rolf (Ehrenvorsitzende des DBSH) sowie Karoline Zaha (DBSH Bayern) an.

Gerade in der derzeitigen Zeit der Sparbeschlüsse im staatlichen Bereich – öffentlichen Dienst bei Bund, Ländern und Gemeinden, aber auch bei Kirchen und anderen Wohlfahrtsverbänden und Trägern ist es wichtig, dass sich die Soziale Arbeit positioniert und die Anwaltschaft für die betroffene Zielgruppe übernimmt. Die Saarbrücker Erklärung wird somit aktueller denn je.

Wir würden uns freuen, wenn Sie die vorliegende „Saarbrücker Erklärung“ Ihren Gremien, Kolleginnen und Kollegen zur Verfügung stellen würden. Gerne nehmen wir auch Anregungen entgegen. Bitte senden Sie diese an info@dbsh.de

Mit freundlichen Grüßen

Michael Leinenbach – 1. Vorsitzender der DBSH

Wie immer in Wirtschaftskrisen oder bei „klammen“ öffentlichen Kassen werden auch aktuell Menschen diffamiert, die auf Hilfe angewiesen sind. Sofort wird eine Diskussion über deren angeblich mangelnde Motivation zur Arbeit und die zu hohen Sozialleistungen angestoßen, an der sich auch Spitzenpolitiker beteiligen.

Nachstehend einige Äußerungen

„Es scheint in Deutschland nur noch Bezieher von Steuergeld zu geben, aber niemanden, der das alles erarbeitet. (...) Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätromischer Dekadenz ein. An einem solchen Denken kann Deutschland scheitern“, schreibt Außenminister und FDP-Chef Guido Westerwelle im Februar 2010 in einem Beitrag für „Die Welt“.

„Nach 11 Jahren staatlicher Umverteilung droht der ganz normale Steuerzahler zum Sozialfall zu werden.“ (Guido Westerwelle, FDP-Bundesvorsitzender)

„Leistung muss sich wieder lohnen.“ (G. Westerwelle)

„Die Erhöhung von Hartz IV war ein Anschlag für die Tabak- und Spirituosenindustrie“, erklärt der Vorsitzende der CDU/CSU-Nachwuchsorganisation Junge Union, Philipp Mißfelder, im Februar 2009.

„Ehe jetzt einer im 20. Stock sitzt und den ganzen Tag nur fernsieht, bin ich schon fast erleichtert, wenn er ein bisschen schwarz arbeitet“, gab der damalige Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) im Februar 2008 in der N24-Sendung „Links-Rechts“ über soziale Probleme, die sich aus der Arbeitslosigkeit ergeben, zu Protokoll.

„Wenn Sie sich waschen und rasieren, finden Sie auch einen Job.“ Der damalige SPD-Bundesvorsitzende Kurt Beck zu einem Arbeitslosen bei einem Wahlkampftermin im Dezember 2006.

„Wer arbeiten kann, aber nicht will, der kann nicht mit Solidarität rechnen. Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft!“ Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) zitiert in Bild-Zeitung im April 2001.

„Mehr Eigenverantwortung des Einzelnen, weniger soziale Hängematte“, fordert der damalige Vorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble (CDU), in der „Bild“ im Oktober 1994.

„Wir können die Zukunft nicht dadurch sichern, dass wir unser Land als einen kollektiven Freizeitpark organisieren“, erzählte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) bereits im Oktober 1993 in einer Regierungserklärung zum Standort Deutschland.

Tatsächlich aber sind die Einkommen in Deutschland noch nie so ungerecht verteilt gewesen wie heute: Während Vermögende und Bezieher höherer Einkommen in den letzten 15 Jahren steuerlich entlastet wurden und deren Realeinkommen stiegen, mussten „Normalverdiener“ und insbesondere Menschen, die auf staatliche Transferzahlungen angewiesen sind, immer weitere Einkommenseinbußen hinnehmen. Die



ZU DEN PHOTOS

Solidarität heißt fremde Menschen kennen zu lernen, um für eine gemeinsame Idee einzutreten und auf die Straße zu gehen. Das bisher weltweit größte Straßenprojekt fand am 18. Juli 2010 auf 60 km zwischen Dortmund und Essen statt. Rund 3 Millionen Menschen gingen beim „STIL-LEBEN RUHR-SCHNELLWEG“ auf die A40, um sich mit dem Nächsten an einen Tisch zu setzen und mit ihm ins Gespräch zu kommen – ein Mega-Event der Kulturhauptstadt Europa RUHR.2010.

Photos © 2010 Sabine Kuhn

Zahl der von Armut betroffenen oder bedrohten Menschen wächst immer weiter.

Die Bundesagentur für Arbeit zählte im Februar 2010 6,2 Mio. Erwerbslose, hinzu kommen 1,6 Mio. Menschen in Beschäftigungsmaßnahmen und solche, die sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen befinden und trotz Erwerbseinkommen als arm gelten oder die als Ehegatten keine Lohnersatzleistungen bekommen, obwohl sie arbeiten wollen. Denn acht bis neun Mio. Erwerbslosen stehen leider nur 480 000 gemeldete offene Stellen gegenüber. Zugleich verfestigt sich die Langzeitarbeitslosigkeit auf hohem Niveau.

Die Reform des Wohlfahrtsstaates und die damit verbundene Umwandlung in den „aktivierenden Sozialstaat“ führten zu einer weiteren Verschärfung der Situation. Die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe wurde in den 90er Jahren unter der rot-grünen Regierung neben anderen Maßnahmen als „Agenda 2010“ eingeführt und sollte unter dem Motto „Fördern und Fordern“ neue Arbeitsplätze schaffen. Tatsächlich zugenommen aber hat nur die Zahl von Niedriglohn-Arbeitsverhältnissen, die ein auskömmliches Leben nicht ermöglichen. Hartz IV, Eigenbeteiligungen und Einschränkungen in der Gesundheitsversorgung und Veränderungen in der Arbeitswelt sind vor allem für das untere Drittel der Gesellschaft zu einem Lebensrisiko geworden.

Vor einigen Jahren noch galt der demographische Wandel (bei allen damit verbundenen Problemen) als Chance zur Beseitigung der Langzeitarbeitslosigkeit. Nunmehr aber zeigt sich, dass schlechte Bildungssituation und mangelnde Förderung von Jugendlichen trotz zukünftig verbesserter Arbeitskraftnachfrage nicht zu einem Absenken der Erwerbslosigkeit führen wird. Auch hat sich die Hoffnung nicht erfüllt, über Niedrigstlöhne zusätzliche und „einfache“ Arbeitsplätze zu schaffen. Trotz dieser Situation unterblieben ausreichende Investitionen und notwendige Reformen im Bildungssystem.

Während Leistungen und soziale Dienste zur Förderung von Menschen in Notlagen zunehmend eingeschränkt wurden, erfreuen sich Banken und Kapitalgesellschaften bis heute an Subventionen in Milliardenhöhe und an der Rücknahme von sozialen Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft.

Dass in Deutschland auf dem Rücken von Langzeitarbeitslosen, Menschen in prekären Lebensverhältnissen, armen Menschen, Kindern und Jugendlichen zugunsten von Vermögenden und Kapitalbesitzern Politik gemacht wird, hat nicht nur eine finanzielle Dimension. Es wird darüber hinaus ein Klima der Angst vor einem möglichen eigenen sozialen Abstieg erzeugt bzw. verfestigt, das von den eigentlichen Ursachen und Verursachern der ökonomischen Krise ablenkt.

Bewertung der Ausgangslage

Ein Drittel der Bürger lebt in einer prekären Lebenssituation oder ist von Armut bedroht. Die Finanz- und Wirtschaftskrise wird mit großer Wahrscheinlichkeit

deren Situation weiter verschlechtern und die Zahl der Armen ansteigen lassen. Weltweit hat die Finanzkrise ca. 64 Mio. Menschen in Armut gebracht. Während die Banken, mit Milliarden Steuergeldern gestützt, weitermachen, als wäre nichts geschehen, haben Suppenküchen und Lebensmittelausgabestellen Hochkonjunktur. Rechtsansprüche auf Hilfe und Unterstützung werden eingeschränkt, stattdessen wird auf bürgerschaftliches Engagement verwiesen – Almosen statt Rechte scheint die Devise zu lauten.

Erfreulicherweise hat das Bundesverfassungsgericht – ganz unabhängig von der Frage, welche Folgen es für die Höhe der Unterstützungsleistungen haben wird – das Sozialstaatsgebot in unserer Verfassung bestätigt. Ungerührt von diesem Urteil geht es den Protagonisten aus Politik und Wirtschaft, wie etwa der industriegeförderten „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ weiter um ein Umdefinieren von Sozialstaat und Menschenwürde. So wird noch immer behauptet, dass bisherige staatliche Transferzahlungen für Erwerbslose nicht zu leisten und nicht notwendig seien. Dabei waren bereits die jetzt angegriffenen „Hartz-IV-Gesetze“ und die damit verbundenen Regelsätze Folge und Symbol des neuen „neoliberalen Paradigmas“. Mit dem Satz „Eine Gesellschaft gibt es nicht, es gibt nur Individuen.“¹ hat die ehemalige englische Premierministerin Margaret Thatcher die Veränderung deutlich gemacht. Mit dem Durchsetzen dieses Ansatzes in Europa wurden staatliche Leistungen privatisiert, soziale Dienstleistungen in marktfähige Waren verwandelt und soziale und gesellschaftliche Rahmensetzungen abgebaut – „Deregulierung“, „mehr Eigenverantwortung“, „freier Markt“, „weniger Staat“ und damit verbundenes „Wirtschaftswachstum“ beschreiben die Zauberformel für ein Politikprojekt, das das Gemeinwesen und damit die steuerzahlenden Unternehmen von Sozialkosten entlasten und damit Wachstum und Wohlstand ermöglichen sollte.

„Die Zunahme unterbezahlter, prekärer Arbeit vor dem Hintergrund von Erwerbsarmut und anhaltender Massenarbeitslosigkeit, der Abbau der Systeme der sozialen Absicherung und die damit verbundene Umwandlung des kollektiven Anspruchs auf staatliche Ersatzleistungen bei Erwerbs- und Mittellosigkeit in die individuelle Pflicht zur Aufnahme einer bezahlten Tätigkeit und damit ein Mittel zur Durchsetzung der entsozialisierten Lohnarbeit als Normalarbeitsverhältnis des neuen Proletariats in den städtischen Dienstleistungssektoren ...“² sind Auswirkungen dieses „neoliberalen Politikprojekts“.

Die Versprechen wurden nicht eingehalten: Das eher bescheidene Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre hat lediglich zu einer größeren Schere zwischen „Arm“ und „Reich“, nicht aber zu einem nachhaltigen Wachstum der Erwerbsbeschäftigung geführt. Darüber hinaus hat der „Markt“ umfassend versagt, der Staat musste und muss noch immer mit Milliarden-subsidien dort eingreifen, wo Verluste „sozialisiert“ wurden.



Folgen für die Soziale Arbeit

Mit der Ökonomisierung aller Lebensbereiche sollte das neoliberale Menschenbild des Homo oeconomicus zur Grundlage menschlichen Handelns werden. Dieses Menschenbild blieb nicht ohne Wirkung auf die Soziale Arbeit. Orientierte sich zum Beispiel die frühere Sozialhilfe an Teilhabe und Würde des Menschen, geht es nunmehr nur noch um die Zielvorstellung der Erwerbsfähigkeit, während Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Menschenwürde ins Abseits gestellt wurden. Wer nicht arbeitet³, wer nicht in diese Philosophie passt, wird sanktioniert, hat kein Recht auf ein Dach über dem Kopf, auf Unterstützung und Hilfe. Wenn etwa im Jahr 2009 36 000 Jugendliche keinerlei Unterstützung mehr erhielten und ihnen Obdachlosigkeit drohte, sind die Folgen (z. B. Kriminalität) absehbar.

Zunehmend werden soziale Dienstleistungen, die von der öffentlichen Hand finanziert und meist von freien Trägern im Auftrag angeboten werden, „marktwirtschaftlich“ gesteuert. Sie sollen möglichst „billig“ sein. Darunter haben zunächst die Beschäftigten im Bereich der Gesundheitsversorgung, in der Pflege und in der Sozialen Arbeit zu leiden: Arbeitsverdichtung, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, mangelnde Möglichkeiten im beruflichen Wirken, eine exorbitante Zunahme psychosozialer Erkrankungen und oft frühzeitiger Berufsausstieg sind häufige Folgen. Immer weniger Menschen sind bereit, in niedrig bezahlten Pflege- und Sozialberufen tätig zu werden.

Bereits heute deutet sich ein Mangel an ErzieherInnen und Pflegekräften an, der in die Hunderttausende geht. Dadurch wird sich die Bildungs- und Betreuungssituation für Kinder und Jugendliche, für Familien, für alte Menschen, Behinderte und Hilfebedürftige weiter verschlechtern. Soziale Arbeit ist heute zuneh-

FUSSNOTEN

1 Margaret Thatcher, zitiert in Ambros Weibel, Solidarität in der Depression in „Die Tageszeitung“ vom 16. 11. 2009, Seite 12

2 Wacquant Loic, Bestrafen der Armen, Verlag Barbara Budrich Opladen & Farmington Hills, MI 2009, S. 27

3 Und damit ist die reine Erwerbsarbeit gemeint. Dabei ist es völlig unbedeutend, ob das Einkommen durch Erwerbsarbeit zur Deckung der Lebenshaltungskosten ausreicht. Es wurde und wird zwar häufig darüber diskutiert, den Begriff „Arbeit“ weiter zu fassen. Diese geschieht in mehr oder weniger akademischen und theoretischen exklusiven Diskussionszirkeln in unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Eine wirkliche Auswirkung auf die öffentliche Definition haben diese Diskussionen nicht.



mend weit entfernt von der Möglichkeit, nachhaltig zu helfen. Vielfach wird sie nur noch als Feuerwehr tätig. Die Folgen zeigen die vielen Fälle von Kindesmissbrauch, die immer größere Zahl von Jugendlichen, die den Anforderungen von Schule und Beruf nicht mehr gerecht werden können, sowie die in jüngster Zeit wieder zunehmende Wohnungslosigkeit. Das Vorhandensein Sozialer Dienste gleicht oftmals nur noch einem Symbol zur Beruhigung von Politik und Öffentlichkeit.

Vergleiche mit Großbritannien oder den USA zeigen die sich daraus ergebenden Konsequenzen: Unsichere Straßen und Stadtteile, Zunahme von Kriminalität, ein ausuferndes und teures Polizei- und Justizwesen, Ausbau privater Sicherheitsdienste, vernachlässigte Infrastruktur, Skandale in der öffentlichen Jugendhilfe und im Gesundheitssystem, Menschen und Not auf der Straße, Altersarmut und zugleich der Rückgang privaten Konsums. Deutschland steht – im Vergleich – noch am Anfang dieser Entwicklung. Letztlich aber werden die Konsequenzen hieraus sehr viel teurer: ethisch und volkswirtschaftlich.

Soziale Arbeit hat immer zum Erhalt des sozialen Friedens in unserem Land beigetragen und damit auch einen großen Beitrag zum Aufstieg Deutschlands als Wohlfahrtsstaat zur führenden Nation geleistet. Nun sehen wir die Gefahr, dass der soziale Frieden gefährdet ist. Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH) kann und will nicht untätig zuschauen, wenn ein Drittel der Gesellschaft ausgegliedert und zunehmend in ihren Möglichkeiten der Teilhabe beschnitten wird. Denn als Profession, die sich gerade im Armutsbereich beruflich engagiert, erleben wir in den vielen sozialen Tätigkeitsfeldern die Probleme und Notlagen sehr deutlich.

Deshalb begrüßen wir die Bestätigung des Prinzips der Menschenwürde als Grundlage für das Handeln des Staates, so wie sie dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu entnehmen ist. Wir hoffen auf eine breite gesellschaftliche Diskussion über Armut, Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit, über Menschenwürde und Teilhabe.

Beiträge zur Diskussion

Auf einige Aspekte der Lebenssituation von Menschen, die von Armut betroffen sind, soll im Folgenden beispielhaft eingegangen werden:

- Der DBSH geht davon aus, dass für ca. 10 bis 15 Prozent aller jetzt Erwerbslosen auf Dauer keine Arbeitsmarktperspektiven bestehen, weil sie für den gewandelten Arbeitsmarkt entweder nicht die notwendigen gesundheitlichen Voraussetzungen oder die notwendigen Möglichkeiten zum Kompetenzerwerb mitbringen.
- Trotz Erwerbstätigkeit sind 1,3 Mio. Menschen auf Zusatzleistungen des SGB II angewiesen. Ein Lohnsystem aber, das auf staatliche Subventionen von Arbeit baut, ist als Raubbau an dem Sozialstaat zu werten.

■ Ein nicht geringer Anteil von Langzeitarbeitslosen ist nur deswegen arbeitslos, weil die Grundlage einer ausreichenden Qualifikation fehlt. Immer noch werden durch unser Bildungssystem Kinder und Jugendliche aus armen Haushalten massiv benachteiligt. Vor allem Jugendliche, die keinen Schulabschluss erreicht haben, finden keine Arbeit. Sie brauchen qualifizierte Förderung – gleichwohl wurden entsprechende Qualifizierungsprogramme in den vergangenen Jahren zunehmend verkürzt oder ganz gestrichen.

■ Der große Anteil von Sozialleistungsbeziehern sind die Alleinerziehenden, die sich um ihre Kinder kümmern und deswegen keine Erwerbsarbeit aufnehmen können. Es fehlt nach wie vor an Betreuungsplätzen für Kleinkinder, Kinder im Vorschulalter und Schulkinder.

■ Hinzu kommt, dass Erwerbslose über 45 Jahren nur noch sehr schwer einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt finden.

■ Die Zahl der Sozialleistungsbetrüger ist wesentlich geringer, als die Diskussionsbeiträge aus Politik und Wirtschaft vorgeben. Gegen Sozialleistungsbetrüger muss vorgegangen werden. Die notwendigen gesetzlichen Regelungen sind vorhanden. Von Einzelfällen auf die große Mehrheit der Langzeitarbeitslosen zu schließen und die große Mehrheit von Arbeitslosen unter den Gesamtverdacht des Betrugs zu stellen, ist unseriös und populistisch.

Der Vorwurf, die entsprechenden Institutionen würden nicht hart genug gegen Sozialleistungsbetrüger vorgehen, wird nicht deswegen wahrer, weil er oft genannt wird. Das Gegenteil ist der Fall. Die Jobcenter schaffen zum Teil sehr bewusst „Sanktionsfallen“ – etwa wenn vorgegeben wird, wöchentlich 25 Bewerbungen zu schreiben oder für den immer gleichen Vortrag Anwesenheitspflicht eingeführt wird. In manchen Bezirken wird von den Sozialgerichten die Hälfte aller angefochtenen Sanktionen als rechtswidrig verworfen. Der klassische Leistungsbetrug, also Schwarzarbeit, das Verschweigen anderer Einkünfte oder Arbeitsverweigerung ist eine Ausnahme. Bei In-Kraft-Treten von Hartz IV ging man noch davon aus, dass ein Drittel der Betroffenen aus dem Leistungsbezug bei der Vermittlung eines Ein-Euro-Jobs „aussteigen“, weil sie bereits beschäftigt sind oder nicht arbeiten wollen. Tatsächlich war das Gegenteil der Fall – der Ein-Euro-Jobs entwickelte sich vor allem am Anfang als „Renner“.

Verbale Entgleisungen und das Hochspielen des sozialen Leistungsbetruges sind nicht nur aus diesem Grund skandalös: In der Bundesrepublik werden geschätzte 450 Milliarden Euro Schwarzgeld gehortet, Steuerbetrug selbst scheint ein Volkssport für die „Leistungsträger“ zu sein.

■ Arme werden diskriminiert und in vielen weiteren Bereichen benachteiligt. Ein Beispiel: Studien haben bewiesen, dass Arme gesundheitlich benachteiligt sind und im Durchschnitt eine um sieben Jahre verkürzte Lebenserwartung haben.



Am 24. April verabschiedeten die Delegierten auf der Bundesmitgliederversammlung in Saarbrücken die Saarbrücker Erklärung.

Unsere Forderungen für mehr soziale Gerechtigkeit und Teilhabe

Vor dem Hintergrund der Expertise unserer Profession fordern wir ein neues integriertes Armutsbekämpfungskonzept, das Fragen der Einkommensverteilung ebenso mit einschließt wie Bildungs-, Sozial- und Wohnungspolitik. Im Einzelnen fordern wir

- einen gesellschaftlichen Diskurs unter Beteiligung der Armen in unserem Land über die Fragen von Menschenwürde, Chancen-, Verteilungs- und Teilhabegerechtigkeit. Der DBSH sieht dabei sehr wohl, dass die bisherigen Steuereinkünfte nicht ausreichen, um (soziale) Infrastruktur und ein Leben in Würde für alle Menschen zu bewahren.
- die Schaffung eines langfristigen Armutsbekämpfungskonzeptes für Deutschland, in dem neben der Sicherung der materiellen Existenz auch verbesserte Bildungschancen, eine gute Gesundheitsversorgung, menschenwürdige Entlohnung von Erwerbsarbeit und politische Teilhabe für die Schwachen im Land ermöglicht werden.
- eine soziale Politik, die sich frei macht von dem Diktat der Finanz- und Güterwirtschaft, und die den Markt reguliert, wenn Menschen durch Markthandeln benachteiligt, ausgegrenzt und missbraucht werden.
- bessere Teilhabemöglichkeiten an Bildung für Menschen mit niedrigen und niedrigsten Einkommen. Der Staat muss gerade für die Kinder aus prekären Haushalten bereits im Vorschulalter mehr zur sozialen und kognitiven Förderung investieren. Dazu sind verbesserte Rahmenbedingungen für die Förderung, Erziehung und Betreuung von Kleinkindern und zusätzliche Förderungsmaßnahmen für Kinder aus benachteiligten Familien notwendig. Dabei darf es nicht zu einer Verschuulung und zur alleinigen Ausrichtung auf intellektuelle

Leistungsfähigkeit von Kindern kommen. Wir benötigen soziale und kreative Menschen, um die Zukunftsprobleme bewältigen zu können. Der DBSH lehnt paternalistische Familienkonzepte ab. Die Lösung liegt nicht in Naturalleistungen für Kinder und nicht allein in Förderkursen, vielmehr muss die Erziehungskompetenz der Eltern – und dies auch materiell – gefördert werden. Wenn in der Sozialen Arbeit von „sanktionierten Kindern“ gesprochen wird, weil die Väter eine Leistungskürzung vom Jobcenter erhalten haben, so ist dies beschämend.

- eine Öffnung bzw. Durchlässigkeit der verschiedenen Ausbildungsabschlüsse im Sinne eines „lebenslangen Lernens“, die es ermöglicht, weitere höhere Abschlüsse zu erwerben.

■ die Abschaffung einer klassenorientierten Schul- und Bildungspolitik. Die Trennung der Schulsysteme bereits ab dem 5. Schuljahr muss aufgehoben werden. Es gilt, die Ressourcen der Kinder zu wecken und zu fördern. Dazu brauchen wir einen kindbezogenen, individuelleren und leistungsdifferenzierenden Unterricht im Klassenverbund. Durch soziale Unterschiede bestimmte Benachteiligungen müssen im Bildungssystem durch entsprechende Förderangebote aufgefangen werden. Wir brauchen eine generelle Lernmittelfreiheit.

- mehr Förderung gerade für junge Menschen, die im bisherigen Schulsystem benachteiligt waren. Die verschärften Sanktionsmöglichkeiten für Jugendliche im SGB II-Bezug lehnen wir ab, weil sie zum Leben auf der Straße und zur Kriminalität führen.

■ eine verstärkte Investition der öffentlichen Hand – in Jugendzentren, Jugendbildungsarbeit und Jugendsozialarbeit. Junge Menschen brauchen Entwicklungsräume und professionelle Unterstützung, auch abseits der Schule.

■ den Erhalt der guten Standards des SGB VIII. Die Forderungen des Städtetages nach einer Reform des SGB VIII sehen wir als weitere Einschnitte der Rechte von Kindern und Jugendlichen an.

■ eine Generalrevision des SGB II. Individuelle Bedarfe und die Form der Förderung sollten sich an der früheren Sozialhilfe orientieren. Die Regelsätze sind zu erhöhen und haben sich an den tatsächlichen Verbrauchswerten zu orientieren. Sie müssen Ausgaben für Bildung und Teilhabe beinhalten. Das Instrument der Ein-Euro-Jobs ist abzuschaffen. Es ist, ebenfalls wie in der früheren Sozialhilfe, durch differenzierende Angebote zur Arbeitserprobung zu ersetzen – ausreichend müssten hier 100 000 Plätze sein (statt 600 000 Ein-Euro-Jobs). Stattdessen benötigen wir einen „geschützten Arbeitsmarkt“ für diejenigen, die auf Dauer nicht erwerbswirtschaftlich zu integrieren sind. Hierzu sind mindestens 500 000 Stellen zu schaffen.

■ das Instrument der Sanktionen nur noch bei Leistungsbetrug, Arbeitsverweigerung und bei mangelnder Mitwirkungsbereitschaft einzusetzen – wobei eine Mitwirkungsbereitschaft nur für solche Maßnahmen zu fordern ist, die tatsächlich für die Förderung der Erwerbsaufnahme notwendig und sinnvoll sind. Wir benötigen zugleich einen Qualifikationsschutz bei der Arbeitsvermittlung, dieser ist so zu gestalten, dass Mindestlöhne eingehalten und die erworbene Qualifikation um nicht mehr als um eine Stufe abgesenkt werden darf.

■ transparente Wettbewerbsbedingungen auf dem „Sozialen Markt“. Ausschreibungen für soziale Dienstleistungen müssen Vorgaben zur Qualifikation der einzusetzenden Fachkräfte enthalten und den Einsatz von „Subunternehmen“, d. h. prekär beschäftigten so genannten Honorarkräften, ausschließen. Darüber hinaus ist das Vorhandensein einer tarifvertraglichen Regelung zur Grundlage zu machen. Als Orientierungsrahmen sollte der TVöD dienen.

■ die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns. Die Höhe des Mindestlohns muss ein menschenwürdiges Leben gewährleisten und „armutsfest“ sein.

■ für die Krankenversicherung eine solidarische Bürgerversicherung, die nicht nur Löhne, sondern alle Einkommensarten einbezieht – insbesondere Vermögenseinkünfte und die Einkommen von privat Versicherten, damit sich besser Verdienende nicht mehr weitgehend von den Kosten von Lebensrisiken freistellen können.

■ BezieherInnen von staatlichen Transferleistungen (SGB II und XII) grundsätzlich von Zuzahlungen für die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung zu befreien.

■ bezogen auf die Rentenversicherung ein nachhaltiges System der Kostenbeteiligung außerhalb von Erwerbseinkommen zu entwickeln, das für einen ausreichenden Ausgleich ausbleibender Beiträge in Folge der demographischen Entwicklung und bei Erwerbslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit sorgt.



■ eine Reaktivierung des sozialen Wohnungsbaus im öffentlichen Besitz, die insbesondere das Wohnen in benachteiligten Stadtteilen und Regionen für diejenigen Menschen sichert, die bisher dort leben, weil sie auf bezahlbare Mieten angewiesen sind.

■ die Einführung einer Vermögenssteuer. Der Sozialstaat kann seinen Aufgaben nur gerecht werden, wenn er seine Einkommensbasis verbessert. Deutschland gilt mittlerweile als Land mit eher niedriger Besteuerung. Besteuert werden sollen Vermögen über einem Wert (bei einer vierköpfigen Familie) von 500 000 Euro des darüber hinaus gehenden Betrages. Darüber hinaus benötigen wir eine Reform der Erbschaftssteuer.

■ den Spitzensatz der Einkommenssteuer wieder auf das Niveau früherer Jahre (47 oder 53 Prozent) anzuheben.

■ die Abschaffung des Ehegattensplittings zugunsten einer steuerlichen und von der Einkommenshöhe unabhängigen Förderung von Eltern, die Erziehungsaufgaben übernehmen.

■ Steuerschlupflöcher zu schließen.

■ die Besteuerung von Spekulationsgewinnen aus Aktiengeschäften und die Besteuerung von Boni bei Inkassogeschäften.

Wir unterstützen

☒ Bestrebungen, die sich gegen eine zunehmende Privatisierung von gesellschaftlich relevanten Dienstleistungen wenden.

☒ die Anstrengungen gesellschaftlicher Gruppen, die sich für eine bessere Ausstattung der öffentlichen Kassen, für eine gerechtere Besteuerung finanzwirtschaftlicher Transaktionen, hoher Einkommen und von Vermögen einsetzen.

☒ die Bestrebungen für einen einheitlichen Sozialtarifvertrag für den Bereich der sozialen Dienstleistungen. Um qualitativ gute soziale Dienste anzubieten, braucht es motivierte und gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die auch entsprechend entlohnt werden. Die tariflichen Regelungen der Träger müssen auch von den Kostenträgern anerkannt werden.

☒ die Einhaltung tariflicher Standards. Diese sind von den Kostenträgern zur Grundlage von Auftragsvergaben zu machen.

Wir arbeiten gerne mit

an einem nachhaltigen Armutsbekämpfungskonzept für Deutschland, in dem es nicht nur um die materielle Existenzsicherung gehen darf, sondern um Bildungs-, Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit, um Gesundheit und Menschenwürde.

Wir fordern die Kolleginnen und Kollegen auf, sich vor Ort für eine gerechtere Gesellschaft zu engagieren und sich dem Stammtischgeschwätz mutig entgegen zu stemmen. ■



Reaktionen auf die Saarbrücker Erklärung

Hoffnung auf Entscheidungsträger

Ich freue mich und danke Ihnen für Ihre Erklärung. Es wäre sehr schön, wenn die Mahnungen von den Entscheidungsträgern gehört und berücksichtigt würden.

PROF. DR. ENGELKE

Appelle nutzen nichts

Mit großem Interesse habe ich heute die „Saarbrücker Erklärung“ des DBSH gelesen. Mich überzeugen Appelle und Absichtserklärungen an die Politik oder an die eigene Profession allerdings schon lange nicht mehr. Die Wut, der Frust und die Enttäuschung der KollegInnen in der Sozialen Arbeit muss jetzt endlich kanalisiert, auf die Straße und unter das Volk gebracht werden.

Schon viel zu lange haben uns Politiker und Funktionäre der Wohlfahrtsverbände an der Nase herumgeführt und unseren Berufsstand durch fortwährende drastische Finanz- und Lohnkürzungen ausbluten lassen. Wir Sozialarbeiter und Sozialpädagogen sind doch zu „handzahmen Lachnummern“ geworden, weil wir die ewig Duldsamen und Genügsamen sind. Wo bleiben denn der Aufschrei und das Aufbegehren innerhalb unserer Profession?

Einfach so weiter machen wie bisher, mit immer Weniger (Geld) versuchen, immer bessere Qualität zu erzielen – dass wird von uns erwartet. Damit muss endlich Schluss sein! Wenn nicht, wird eine drastisch weiter

Schon seit mehreren Jahren sind viele Sozialarbeiter und Sozialpädagogen (natürlich unfreiwillig) dabei, sich selbst in Armut zu üben.

steigende Armut und zunehmende soziale Ungerechtigkeit unsere berufliche Zukunft bestimmen, und die Polizei wird uns dabei hilfreich unterstützen müssen, wenn unsere eigenen Klienten uns aus lauter Wut und Verzweiflung „an die Wäsche gehen“ wollen.

Übrigens, um etwas zu provozieren: Schon seit mehreren Jahren sind viele Sozialarbeiter und Sozialpädagogen (natürlich unfreiwillig) dabei, sich selbst in Armut zu üben. Wer das nicht glaubt, sollte sich einmal mit prekären Beschäftigungsverhältnissen bei Sozialarbeitern und Sozialpädagogen befassen, die heute fast schon die Regel sind. Das sind miserabel honorierte Arbeitsverhältnisse unter erbärmlichen Arbeitsbedingungen, die einer akademischen Profession unwürdig sind. Ich spreche da leider aus eigener langjähriger Erfahrung!

Anmerkung: „Hilfe“ ist doch längst zur Marktware verkommen! Soziale Arbeit wird doch schon z. B. bei den Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit in so genannten Einkaufszentren wie auf einem Basar verhökt.

Das funktioniert nach dem Prinzip „Geiz ist geil“. In solchen Maßnahmen werden dann häufig von „Freien Trägern“ die miesesten Gehälter gezahlt und die übelsten Befristungen angeboten. An den Hochschulen für Soziale Arbeit wurden die Fachsprache und das Denken von Bankern und Betriebswirten übernommen. Der

„Sozialarbeiter als Manager“, ausgestattet mit einem Fachjargon, angefüllt mit Anglizismen, um der wichtigen Bedeutung Nachdruck zu verleihen. Dabei soll der Anschein erweckt werden, dass „Hilfe“ „gemanagt“ werden muss. Das klingt zunächst gut, ist es aber bei näherer Betrachtung nicht. Menschen sind eben keine Ware, sie lassen sich eben nicht wie tote Gegenstände verwalten. Unsere Klienten werden damit sozusagen zu reinen „Kostenverursachern“ degradiert, und „Hilfe“ verkommt somit automatisch zu einer Marktware mit einem erhöhten Einsparpotenzial. Demzufolge übernehmen Sozialarbeiter (Sozialmanager) immer stärker die Rolle eines Verwalters und Kontrolleurs ständig sinkender staatlicher Leistungen.

Sollen wir wirklich darauf hoffen und warten, bis die Reichen und Superreichen in unserem Land sich dazu erbarmen, ihren längst fälligen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten? Werden wir in Zukunft jedes noch so unsoziale Sparpaket unserer Regierung regungslos schlucken?

Es ist endlich an der Zeit, aufzubegehren und zu beweisen, dass es ohne unsere tägliche Arbeit in diesem Land nicht mehr so sicher und lebenswert sein wird.

RAIMUND JANSSEN (Dipl.-Soz.Päd.)

Danke!

PROF. DR. RUDOLF SCHMITT

Trotz Erfolges zu alt für Arbeit?

Ihre „Saarbrücker Erklärung“ begrüße ich.

Seit über 13 Jahren erwerbslos, habe ich nach einem mir selbst besorgten Computerlehrgang 2002/2003 vom Sozialamt Chemnitz im Alter von 54 Jahren schriftlich bekommen: „...aus Altersgründen sowie fehlenden Angeboten erfolgt keine Vermittlung in Arbeit! Akte wird archiviert.“

2006 war ich dann für einen „Ein-Euro-Job“ zu alt.

Im vergangenen Jahr wurde mir eine Kommunal-Kombi angeboten, was aber dann von der neuen sächsischen Regierung abgeschafft wurde. Der neueste Clou: Am 31. März 2010 wurde mir eine Stelle als „Assistent der Geschäftsleitung“ im Stadtvorstand der Linken angeboten, wo aber bereits am 15. März Bewerbungsschluss war.

Seit über 10 Jahren helfe ich Jugendlichen in Deutschland ehrenamtlich bei der Lehrstellensuche. ... Ende 2006 hat sich Herr Müntefering in einem Schreiben für mein Engagement bedankt. Im Jahr 2009 wurde ich als „Botschafter 2009“ von www.verbundnetz-der-waerme.de ausgezeichnet und am 8. Mai erfolgte die Übergabe des Botschafterbriefes in Chemnitz (<http://petope.beepworld.de/chemnitzer.htm>). Vom 21. bis 24. Mai 2009 war ich auf Einladung der sächsischen Staatskanzlei Teilnehmer der Bürgerdelegation des Freistaates Sachsens zu den Feierlichkeiten „60 Jahre Bundesrepublik Deutschland“ in Berlin.

Lehrstellen-Service Schreyer
GÜNTER SCHREYER

Maßnahmen kündigen

Die von Ihnen getroffenen Feststellungen, dass sich die Gesellschaft immer mehr spaltet und von einem Sozialstaat außer im Grundgesetz keine Rede mehr sein kann, sind vollkommen richtig.

Ich selbst bin seit Beginn der Montagsdemonstrationen in diesen und in den dort wirkenden Sozialen Bündnissen aktiv, wohl mehrfach auch arbeitssuchend, aber nie von Hartz IV betroffen. Von Beginn an habe ich immer wieder darauf hingewiesen, dass diese unsozialen Gesetze nie gegen die Langzeitarbeitslosen gerichtet waren. Im Gegenteil, soweit mir bekannt, haben diese Gesetze den Staat mehr Geld gekostet als die vorherige Methode der Verwaltung der Arbeitslosigkeit.

Die Hartz-Gesetze bilden eine Einheit mit den damit verbundenen Beschimpfungen und Verunglimpfungen der betroffenen Menschen. Erst durch diese Verunglimpfung der Menschen, deren einziges „Vergehen“ es ist, keine Arbeit zu haben, war es möglich, die Arbeiter und Angestellten, die noch in Lohn und Brot sind, derart zu disziplinieren, dass aus ihnen derartige Lohnsummen für die Unternehmen herausgepresst werden konnten. Seit dieser Zeit sind die Milliardäre und Multi-Millionäre sehr zahlreich geworden. Die Familie Albrecht konnte z. B. von 2000 bis 2005 ihr Vermögen von 9000 Mio. auf „nur“ 36000 Mio. erhöhen. Der Otto-Konzern vergrößerte sein Vermögen im Krisenjahr 2009 um 5400 Mio., hat also jeden Tag 15 Mio. dazu bekommen.

Im Zusammenhang mit dieser Gesetzgebung haben sich aber auch Firmen gegründet bzw. sind auf den Zug aufgesprungen, die selbst an diesen Gesetzen sehr gut verdienen konnten. Leider mussten wir feststellen, dass die Sozialverbände, die Caritas und andere kirchliche Träger über die Hartz-Gesetze, obwohl menschenverachtend, nicht böse waren – fanden sie doch „billigst“ Arbeitskräfte und bekamen dazu noch Geld dafür, diese zu beschäftigen. Diese Sozialverbände und die Kirchen haben durch diese Zweischnelligkeit viel Vertrauen verloren.

Allein aus dem Grund ist ein Aufruf, wie der oben erwähnte, richtig – nur muss er mit klaren Positionen gegen die Sklavenarbeit verbunden werden. Schmeißt doch dieser Regierung und ihren Vasallen den Dreck, den sie wollen, vor die Füße, kündigt alle Maßnahmen der Agenturen für Armut, mit denen sie nur die Statistik zu schönen beabsichtigen. Damit würde ein gewaltiges Protest-Potenzial in Gang gesetzt – ein Potenzial, was helfen würde, diese Schieflage zu korrigieren.

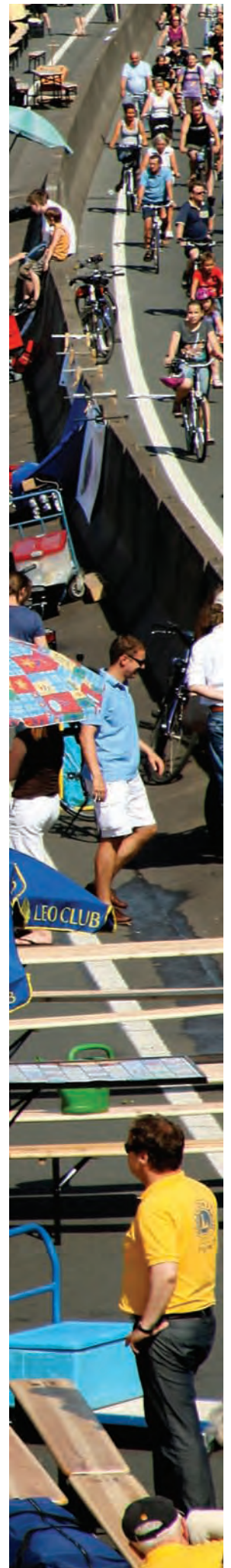
WASSENAR

Politisches Verständnis fehlt in der Sozialen Arbeit

Vielen Dank für die sehr gute Erklärung des DBSH in Bezug auf die Kürzungen im sozialen Bereich.

Ich vermisste in der gesamten Sozialen Arbeit bisher politisches Verständnis über den eigenen kleinen Teller- rand der verschiedenen Einrichtungen, in denen die Kollegen arbeiten, hinaus.

Der Sparzwang führt auch dazu, dass es angekündigte Arbeitsverdichtungen gibt, die es vorher auch schon gab,



die nun aber eben angekündigt werden. Die Folge wird sein, dass Depressionen zunehmen, ebenso wie die Burn-out-Gefahr der in der Sozialen Arbeit Tätigen wächst.

Ich werde im September bei einer gemeinnützigen GmbH anfangen zu arbeiten – und würde mich gern in die Hamburger Politik des DBSH einmischen –, zumal ich das Einmischen durch meine Tätigkeit als Betriebsrat gewöhnt bin.

GERD GÜNTHER

Sozialarbeit nichts wert?

Eine Erklärung ist o. k., aber hat mit Sicherheit in diesem dysfunktionalen System kein Gehör zu erwarten. Ich bin diese Privatisierung und den Missbrauch meiner eigenen Arbeitskraft in prekären Verhältnissen so satt.

Es wurde genug geredet. Man kann sich schämen durch seine Arbeitskraft den ganzen Mist zu unterstützen. Ich will auf die Straße mit euch und für eigene Rechte eintreten.

Sozialarbeit ist in dieser Gesellschaft nichts wert. Sozialarbeiter kommen nur in die Schlagzeilen, wenn Kinder verhungern ... und dann? Keiner spricht von der Überarbeitung der Sozialarbeiter, die ihr Bestes geben und mehr!! Unsere Stille legitimiert dieses kranke asoziale System und wir unterstützen diesen kranken Mist lautlos. Die zuständigen Minister sind dann immer so schrecklich entsetzt und fordern und versprechen, dass es bes-

ser wird. – So als hätten die nix Schlimmes getan oder was damit zu tun. Sondern der einzelne Sozialarbeiter war nur Schuld. Sich selbst entlassen sie aus der Verantwortung, wir Sozialarbeiter machen es aber auch einfach und praktisch!

Das ist ja nur ein Beispiel von vielen!!!!

Ich bin so wütend. Aber wohin damit? Meine Klienten unterstütze ich und stärke sie für ihre Rechte einzutreten. Und wir Sozialarbeiter, wann kämpfen wir denn auch für uns?

Wir schwächen uns durch Duldsamkeit und Demut.

Wann sind wir denn auf der Straße und sorgen für mediales Interesse?

Wo sind denn die Fachhochschulen?

Wieso kriegen Verkäufer und Krankenpfleger mediale Aufmerksamkeit und wir nicht?

Ich habe auf Missstände in unserem Beruf ausführlich und mehrfach durch Briefe an Medien hingewiesen, dabei fachlich argumentiert und versucht die Aufmerksamkeit zu erreichen. Unsere Berufsgruppe ist nicht relevant, offenbar.

B. SMITS

Danke

... für die Saarbrücker Erklärung!!!!!!!

HELLI ■

„Ich bin so wütend. Aber wohin damit? Meine Klienten unterstütze ich und stärke sie für ihre Rechte einzutreten. Und wir Sozialarbeiter, wann kämpfen wir denn auch für uns?“

Anzeige

BSA – Berufsregister für soziale Arbeit Qualität schafft Vertrauen



Wir sind registriert. Und Sie?

Das Berufsregister ist ein Beitrag des DBSH zur Qualitätssicherung in der Sozialen Arbeit!

„Wer sich einsetzt, setzt sich aus.“¹

INTERVIEW MIT DEM 1. VORSITZENDEN DES DBSH, MICHAEL LEINENBACH

WILFRIED NODES

■ **FS:** Michael, vor dem Hintergrund Deines beruflichen Status als Beamter aus gesehen, müsstest Du Dich zur Verwirklichung Deiner eigenen Interessen gewerkschaftlich kaum engagieren. Gleichwohl bist Du gerade im gewerkschaftlichen Bereich sehr aktiv und setzt Dich immer wieder für das solidarische Miteinander aller KollegInnen ein. Welchen Stellenwert hat für Dich ganz persönlich der Begriff der „Solidarität“?

MICHAEL LEINENBACH: Ich werde oft gefragt, warum ich denn einen Großteil meiner Freizeit und Urlaubszeiten für Aktivitäten im Berufsverband einbringe und als Beamter für Tarifverhandlungen keine Freistellung erhalte. In einer Fort- und Weiterbildung in Systemischer Therapie und Beratung nahm gerade die Biographiearbeit einen großen Stellenwert ein.

Aufgewachsen bin ich im eher kath. geprägtem Arbeitermilieu im Saarland. Meiner Familie war es von Beginn an wichtig, dass ich soziale Kompetenzen erlerne. So wurde ich parallel zum Eintritt in die Schule in die kirchliche Jugendarbeit sowie die Kindergruppe des örtlichen Jugendrotkreuzes eingebunden, später übernahm ich hier Leitungsfunktionen. Dabei gehörten die Übernahme von Verantwortung und solidarisches Handeln zusammen.

Daneben konnte ich im Mannschaftssport (als Kind war ich in einer Handballmannschaft) bereits früh erlernen, was Teamgeist bedeutet und wie wichtig es ist, gemeinsam für eine Sache einzutreten. Auch erlernte ich das Spielen der Trompete und war als Jugendlicher und junger Erwachsener in zwei Musikvereinen aktiv. In all den Gruppen waren die Werte Gemeinschaft, Kameradschaft und Solidarität wichtige Grundlagen des Miteinanders. Ich möchte dies an einem Beispiel noch verdeutlichen. Mein Musiklehrer



Für mich bedeutet Solidarität z. B. das Leben in Gemeinschaften, das gemeinsame Einsetzen für Ziele, die Wahrung von Akzeptanz und Toleranz, die Einbindung in Gruppen, ohne seine eigene Interessen immer in den Vordergrund zu stellen, sowie die Förderung und Unterstützung von Schwächeren.

war Arbeiter und unterrichtete mich kostenlos in seiner Freizeit. Ihm war nicht ein persönlicher Gewinn wichtig – sonst hätte er sich den Unterricht ja bezahlen lassen können –, vielmehr sah er sich als Teil einer Gemeinschaft und nahm seinen Platz innerhalb der Gruppe im Rahmen der Nachwuchsgewinnung ein.

■ **FS:** Gab es so etwas wie ein Schlüsselerlebnis von erfahrener Solidarität?

MICHAEL LEINENBACH: In meinem weiteren Werdegang absolvierte ich eine Bäckerlehre, die ich als Geselle abschloss. An die Lehre anschließend folgte der zweite Bildungsweg. Ich hatte mich für eine Schulform entschieden, in der nur Schüler aufgenommen wurden, die bereits über eine Berufsausbildung verfügten. Kurz nach unserer Einschulung wurde uns mitgeteilt, dass wir zu wenig Schüler seien und dass daher die Klasse aufgelöst werden müsse. Vielleicht war es unsere Erfahrung, die wir in unseren Berufsausbil-

dungen gemacht hatten, die uns dazu brachte, uns solidarisch gegen diese Entscheidung zu stellen. Im Ergebnis wurden wir weiter beschult.

Ich denke, dass meine persönliche Biographie einen ersten kleinen Einblick zu meiner Haltung zum Thema „Solidarität“ aufzeigt. Für mich bedeutet Solidarität z. B. das Leben in Gemeinschaften, das gemeinsame Einsetzen für Ziele, die Wahrung von Akzeptanz und Toleranz, die Einbindung in Gruppen, ohne seine eigenen Interessen immer in den Vordergrund zu stellen, sowie die Förderung und Unterstützung von Schwächeren.

■ **FS:** Oft hört man, dass Sozialarbeiter sich um alles kümmern, nur nicht um ihre eigenen Interessen. Sozialarbeiter sind nur in geringem Maße gewerkschaftlich und/oder berufspolitisch organisiert. Untersuchungen bestätigen die hohe Bedeutung der Motive „Hilfe“ und die Möglichkeit zur Kreativität für ihre berufliche Tätigkeit. Stehen diese Motive der Solidarität der Sozialarbeiter entgegen?

MICHAEL LEINENBACH: Ich glaube, dass das Problem an anderer Stelle verursacht ist. Ich möchte noch einmal an meine Biographie anknüpfen. Beim Jugendrotkreuz hatten wir in unserer Gruppe gemeinsame Ziele und Interessen und gingen gemeinsame Wege. Das wichtigste Ziel war die Gemeinschaft und somit auch die Solidarität.

Übertrage ich diese Erfahrungen nun auf mein Studium, so muss ich heute feststellen, dass die in der Hochschule lehrenden Professionen Werte wie „Gemeinschaft“ bzw. „Solidarität“ nicht wirklich als eine Grundlage der Profession Soziale Arbeit verstanden haben. Im Gegenteil, jede Profession stand für sich, jede Profession konkurrierte mit der anderen, jede Profession grenzte sich ab.

FUSSNOTE

1 Zitat von Friedrich Schorlemmer

Jede dieser Professionen, die im Bereich der Sozialen Arbeit lehren, hat eine eigene professionsbezogene Sozialisation mit den damit verbundenen Werten. Ein gemeinsamer Wertekodex ist meist nicht erkennbar. Und genau hier sehe ich die erste Schwierigkeit im System: Da an den Hochschulen für Soziale Arbeit immer noch überwiegend Angehörige anderer Professionen lehren, kann das beschriebene Gemeinschaftsgefühl oder nennen wir es „Wir-Gefühl“ nicht entstehen.

■ **FS:** *Was wäre Deine Alternative?*

MICHAEL LEINENBACH: Grundsätzlich sollte ein Studium der Sozialen Arbeit breitgefächert aufgebaut sein.

Zugleich aber muss den Studierenden eine Identifikation mit dem Beruf und der Berufspraxis ermöglicht werden. Leider hat die Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master nicht die erhoffte Verbesserung gebracht – im Gegenteil. Erfolgte in den Diplomstudiengängen die Vermittlung eines generalistischen Zugangs zur Sozialen Arbeit, und hatte die Praxisphase noch eine wesentliche Bedeutung im Erlernen der notwendigen sozialen und methodischen Kompetenzen, so wurden diese Grundlagen zur Bildung eines Professionsverständnisses und -gefühls durch die neuen Studiengänge über Bord geworfen.

■ **FS:** *Ist die Ausbildungssituation wirklich allein verantwortlich für das fehlende berufspolitische Bewusstsein? Der Mensch wird ja nicht nur durch die Ausbildung geprägt.*

MICHAEL LEINENBACH: Viele Kolleginnen und Kollegen arbeiten mit Klienten, die am so genannten Rand der Gesellschaft stehen. Von außen betrachtet (z.B. aus einer Verwaltung) wiederum erfolgt eine Beurteilung der Tätigkeit nach Arbeitsgebieten. Teile der Tätigkeiten werden als schick beurteilt – andere wiederum nicht. Oftmals stehen gerade SozialarbeiterInnen aufgrund dieser Beurteilungskriterien und ihrer Tätigkeitsfelder in der Beurteilung in diesen Systeme-

men gleichfalls am Rande oder erleben die Betonung scheinbar besonders attraktiver Handlungsfelder. Und so liegt es nahe, sich als „Therapeut“, „Schuldnerberater“ usw. von der „normalen“ Sozialarbeit abzugrenzen.

Ein weiterer Baustein, der der Entwicklung einer Solidarität der Gruppe der in der Sozialen Arbeit Beschäftigten im Wege steht, ist die Ausrichtung auf die „Subsidiarität“. Als Mitarbeiter einer Verwaltung mit einer französischen Städtepartnerschaft lernte ich die französische Struktur zu schätzen. Im Gegensatz zum deutschen System baut das französische System auf einer zentralen Struktur auf, so dass sowohl Ausbildung als auch Tätigkeiten in verschiedenen Bezirken vergleichbar sind. Infolge unserer Gesetzgebung übernehmen soziale Leistungen und Dienste entsprechend des Subsidiaritätsprinzips verschiedener Träger der Wohlfahrtspflege, Kirchen, privaten Dienstleistungsbetriebe oder auch staatlichen Stellen. Für die Beschäftigten der Sozialen Arbeit entstehen somit gleich mehrere Ebenen, über die sie zu internen Konflikten und evtl. zum Ausleben von Solidarität gelangen.

Ich versuche diesen Spannungsbogen am Beispiel einer Familienhilfe aufzuzeigen. Eine Kollegin/ein Kollege kann hier eine Beschäftigung sowohl in staatlichen Stellen, der freien Wohlfahrtspflege oder sonstigen Einrichtungen erhalten. Solidarität wird von der/dem Beschäftigten dann gleich auf mehreren Ebenen abverlangt. Einerseits soll die/der Beschäftigte sich mit den direkten Kolleginnen und Kollegen des Trägers solidarisch zeigen, gleichwohl erwarten aber auch Beschäftigte im gleichen Arbeitsfeld bei anderen Trägern diese Solidarität. Als dritte Variabel kommt dann u.a. die Erwartung der Solidarität mit der Profession in Gänze dazu. Gehen wir nun davon aus, dass die/der Beschäftigte in unterschiedlichen Wertsystemen arbeitet (kirchliche und staatliche), so kann die Verortung für die entsprechende Person recht schwierig werden.

Gleichfalls muss davon ausgegangen werden, dass die Träger ihrerseits eine Erwartungshaltung von ihrem Personal haben, dass dieses sich mit den jeweiligen Leitbildern identifiziert. Ich möchte an dieser Stelle das Sprichwort zitieren, das da lautet: „Allen Menschen recht getan ist eine Kunst – die niemand kann.“ Geht man nun davon aus, dass ein/e BerufsanfängerIn neu in einer Einrichtung zu arbeiten beginnt, so wird sie/er bereits zu Beginn mit einer Vielzahl von divergierenden Erwartungshaltungen (z. B. des Trägers, der KollegInnen beim gleichen Träger, der KollegInnen im gleichen Handlungsfeld, der KollegInnen innerhalb der Sozialen Arbeit, den Gewerkschaften und Verbänden usw.) konfrontiert. Parallel dazu muss die/der Beschäftigte sich um ihre/seine eigene materielle Absicherung, ihren/ seinen Werdegang, ihre/seine Karriere kümmern.

■ **FS:** *An welcher dieser Erwartungshaltungen soll sich die neue Kollegin/der neue Kollege nun orientieren?*

MICHAEL LEINENBACH: Aus dem gewerkschaftlichen Bereich möchte ich ein kurzes Beispiel aufzeigen, wie eine Verortung einfacher ausfallen kann. Nehmen wir die Steuergewerkschaft. Eine neue Kollegin/ein neuer Kollege beginnt die Ausbildung im Finanzamt. Alle Kolleginnen und Kollegen dort gehören der gleichen Gruppe an, sie arbeiten im Finanzamt. Die Zielsetzungen sind identisch, die Arbeitsanforderungen können miteinander verglichen werden, auch im konkreten Austausch mit Beschäftigten anderer Dienststellen bzw. Verwaltungssitze wird schnell die Gemeinsamkeit gefunden. Viel schwieriger ist dagegen die Situation in der Sozialen Arbeit: Nehmen wir den Tarif. In den letzten Tarifverhandlungen zum Sozial- und Erziehungsdienst war der DBSH durch seine Mitgliedschaft im dbb in dessen Verhandlungskommission vertreten. Gleichzeitig saßen in dieser Verhandlungskommission aber auch drei Fachgewerkschaften, die überwiegend

Leider hat die Umstellung der Studiengänge auf Bachelor und Master nicht die erhoffte Verbesserung gebracht – im Gegenteil.

Lehrer vertreten, sowie eine Fachgewerkschaft für den öffentlichen Dienst, in der sich Kolleginnen und Kollegen der Sozialen Arbeit organisieren. Was geschieht also? Analog des Lehrbetriebes an den Hochschulen ist auch die Vertretung der Profession im Tarif ein Stück weit fremdbestimmt. Wenn also nur eine geringe und individuelle Möglichkeit besteht, eine Identifikation mit dem Berufsbild der Profession schon recht früh in der Berufslaufbahn zu erreichen, wird eine spätere Identifikation äußerst schwierig. Ich kann daher verstehen, warum für viele Kolleginnen und Kollegen eine Orientierung sehr schwierig ist.

■ **FS:** Der DBSH bietet den Vorteil der Bezugnahme nicht nur auf gewerkschaftliche Fragen, sondern bindet diese in einen Zusammenhang von Berufs- und Sozialpolitik ein. Aber gleichwohl bleibt der erhoffte Mitgliederanstieg aus. Und die, die sich organisieren, suchen sich noch immer eher ver.di als den DBSH aus?

MICHAEL LEINENBACH: Es liegt auf der Hand, dass eine Kollegin/ein Kollege, an die/den unterschiedliche Erwartungshaltungen gerichtet werden, sich für die einfachste Variante einer Solidarität entscheidet oder in Gänze auf eine Solidaritätsgruppe verzichtet. Noch schwieriger kann es für die Person werden, sich für eine berufspolitische Gruppe zu entscheiden, in der dann auch noch ein eigenes Wertesystem herrscht, an dem sich die Einzelperson orientieren muss. Die dadurch möglicherweise entstehende innere Zerrissenheit mag nicht jede/r aushalten.

Auch hier möchte ich ein konkretes Beispiel anbringen. Eine Kollegin/ein Kollege arbeitet auf einer Stelle (staatlich oder bei freiem Träger) und sieht in einem konkreten Fall eine strukturell bedingte soziale Not. Entsprechend Absatz 2 Satz 2.3 der Berufsethischen Prinzipien des DBSH muss die Kollegin/der Kollege wie folgt handeln: „Die Mitglieder des DBSH haben den beruflichen Auftrag, die

strukturell bedingten Ursachen sozialer Not zu entdecken, öffentlich zu machen und zu bekämpfen.“ Was kann die Kollegin/der Kollege nun tun, wenn die Dienststelle/Beschäftigungsstelle ihm ein solches Handeln untersagt? Wie reagiert die Person in einem solchen Spannungsfeld? Wie kann hier Solidarität, und wenn, von wem eingefordert werden?

■ **FS:** Diesen und ähnliche Konflikte und Fragen haben wohl viele der KollegInnen. Wie hilft mir da die Mitgliedschaft im DBSH weiter? Und wäre es nicht geschickter, wenn sich der DBSH als die Organisation beschreibt, in der sich die organisieren, die sich diesen Ansprüchen stellen wollen?

MICHAEL LEINENBACH: Hier kann ich mich immer nur wiederholen. Das Markenzeichen des DBSH und die Grundlage jeglichen Handelns im Verband ist für mich, dem Grundgesetz folgend „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, die Achtung jedes Einzelnen und somit die Ethik, aus der sich das „Leitbild des DBSH“ ableitet: die „Berufsethischen Prinzipien“. Diese Prinzipien sind in den wesentlichen Bereichen des Verbandes, in Berufs-, Fach-, Sozial- und Arbeitspolitik die Basis unseres Handelns und unserer Visionen.

Damit kann gleich zweifach eine Basis geschaffen werden: Für die Soziale Arbeit wird eine Haltung und Selbstverpflichtung geschaffen, das berufliche Handeln entsprechend zu reflektieren, Nutzer und Gesellschaft wiederum können sich auf die damit verbundene Qualität verlassen.

Das offene Gespräch über diese Selbstverpflichtung, die damit verbundene Überprüfung der beruflichen Handlungsaufträge und die möglicherweise darauf aufbauende Entwicklung gemeinsamen, auch politischen Handelns – das kann nur der DBSH bieten.

■ **FS:** Der Handlungsauftrag „Helfen“ ist mit politischen Interessen verbunden. Diesen Interessen ist die eigene professionelle Expertise entgegenzusetzen. Diesem Ansatz ist



der DBSH jetzt mit seiner „Saarbrücker Erklärung“ gefolgt. Worin siehst Du die besondere Qualität der Saarbrücker Erklärung?

MICHAEL LEINENBACH: Die Saarbrücker Erklärung beruht auf einem Beschluss der Bundesmitgliederversammlung und wird somit wesentlich von den Mitgliedern des DBSH mitgetragen und kann auf eine breite Akzeptanz zurückgreifen. Die Erklärung hat verschiedene Ebenen: Zunächst wird der politische Rahmen dargestellt, in dem sich Soziale Arbeit, insbesondere in den letzten Jahren, bewegen muss. Wir zeigen die Konsequenzen einer Sozialen Arbeit, die sich nach den Gesetzen der Ökonomie und nicht an der Würde des Menschen orientiert. Dann stellen wir eine Reihe recht konkreter fachlicher Forderungen, insbesondere zur Bekämpfung der Armut, und stellen zugleich auch Forderungen auf, um der Umverteilung von „unten“ nach „oben“ ein Ende zu setzen.

Die besondere Qualität aber liegt darin, dass wir zugleich auch Forderungen zum beruflichen Status aufstellen. Denn nur, wenn die Soziale Arbeit als solche und ihre Berufsrollenträger anerkannt sind, dann findet auch unsere fachliche Expertise Gehör. Und dazu gehört auch eine Verbesserung der Einkommenssituation.

Eine weitere Forderung ist, dass das konkrete berufliche Wirken fachlich zu bewerten ist und nicht über Dienstanweisungen und finanzielle Vorgaben, die faktisch eine erfolgreiche Arbeit unmöglich machen, behindert werden darf. Die Saarbrücker Erklärung sollte daher nicht nur unter monetären Gesichtspunkten gesehen werden. Viel grundsätzlicher erscheint es mir, die dort getätigten Aussagen unter den Begrifflichkeiten der „Würde“ und der „Haltung“ zu betrachten, die als Anforderung auch an die Profession selbst zu verstehen sind.

■ **FS:** Viele KollegInnen berichten über wachsende bürokratische Zwänge, die Arbeitsverdichtung

nimmt zu, und als neuer Trend wachsen Tendenzen zur Präkarisierung...

MICHAEL LEINENBACH: Soziale Arbeit findet in unterschiedlich wahrgenommenen Wirklichkeiten statt, sowohl was die Situation der jeweiligen Zielgruppen angeht als auch in Bezug auf die eigene berufliche Situation.

Viele Kolleginnen und Kollegen, die sich mit Erwartungen und Kommentaren an den DBSH wenden, kritisieren die jeweils eigene Situation. Und oft hören wir den Satz: Wenn der DBSH das verändert, dann werden wir auch Mitglied. Manchmal gewinnt man den Eindruck, dass zu wenig differenziert und geglaubt wird, wir könnten alle Probleme stellvertretend lösen. Tatsächlich aber macht es in der persönlichen Betroffenheit schon einen Unterschied aus, ob sich über das Ausbleiben der Eingruppierung in die S 14 beklagt wird, oder ob Sozialarbeiter, wie bei der Caritas in Berlin, nur noch nach Zeitarbeitstarifen beschäftigt werden.

Es ist notwendig, über den Teller- rand der eigenen Betroffenheit hinaus zu blicken, nach dem Gemeinsamen zu suchen und das wirklich Wichtige herauszufinden. Der DBSH kann nicht alle Themen zugleich angehen und muss Schwerpunkte setzen. Von Friedrich Schorlemmer stammt das Zitat: „Wer sich einsetzt, setzt sich aus“, das sich wunderbar als Metapher für die Soziale Arbeit werten lässt.

Dieses Aushalten aber braucht Kraft und Mut, die ein/e jede/r von uns täglich im Handlungsfeld der Sozialen Arbeit erbringen muss. Dies gilt umso mehr, wenn es um unsere eigenen Interessen geht. Gleichzeitig birgt es die Chance, dass eine Veränderung durch das „Einsetzen“ eintreten kann. Und wie immer in „Kämpfen“ bzw. der Möglichkeit des Erreichens gemeinsamer Ziele ist eine Solidarität von allen Akteuren gefordert. Nur wenn sich die Handelnden hierüber im Klaren sind, wird ein gemeinsames Auftreten ermöglicht und auch die von Dir an-

gesprochene Präkarisierung im Arbeitsfeld eingedämmt werden können.

■ **FS:** Was wäre Deine Vision für die nächsten zehn Jahre – bezogen auf die Soziale Arbeit und den Verband?

MICHAEL LEINENBACH: Als das zentrale Thema des DBSH sehe ich in den nächsten Jahren den Aufbau eines Netzwerks aller professionsbezogenen Gruppen. Wir wollen diese Verbände einladen, sich an der Entwicklung einer starken Professionsvertretung zu beteiligen. Als Vision für den DBSH sehe ich die Weiterentwicklung von diesem als Dach für alle Gruppen und Organisationen, die sich in speziellen Fragmenten der Sozialen Arbeit bewegen. Mit der Bündelung der Kompetenzen könnte so eine Meinungsführerschaft für die Soziale Arbeit aus der Profession heraus entstehen. Der DBSH hat in seiner Strukturdebatte und Satzungsänderung diesbezüglich bereits durch die Einführung der „Korporativen Mitgliedschaft“ die Weichen so gestellt, dass eine solche Bündelung der Kräfte – ohne dass unterschiedliche Gruppen und Organisationen ihre jeweilige Eigenständigkeit und Unabhängigkeit verlieren – auch möglich ist. Ein solches Sprachrohr der Sozialen Arbeit hätte dann auch die Möglichkeit, sich intensiver in die sozial- und professionspolitischen Debatten einzubringen und entsprechendes Gehör zu finden.

Im Ergebnis soll keine öffentliche Diskussion und keine Berichterstattung über soziale Leistungen und Dienste erfolgen, ohne dass die unabhängige Expertise der Profession abgerufen wird. Dann wird es auch gelingen, dass unsere Gesellschaft wieder sozialer und gerechter wird.

■ **FS:** Was ist Deine zentrale Botschaft an die Beschäftigten der Sozialen Arbeit?

MICHAEL LEINENBACH: Hier möchte ich mit einem kleinen Beispiel beginnen. Stellen wir uns einen Chor vor, der sich auf einen grö-

ßeren Auftritt vorbereitet. Stellen wir uns nun auch noch vor, dass die Akteure dieses Chores die unterschiedlichen Gruppen, Organisationen und Verbände im Feld der Sozialen Arbeit darstellen. Wenn ich mir nun vorstelle, dass die unterschiedlichen Gruppen im Chor der Sozialen Arbeit gleichzeitig und unkoordiniert ihre jeweils eigenen Lieder zu singen beginnen, dann kann man sich vorstellen, dass das Konzert für alle Beteiligten – ob Akteure oder Zuschauer – nicht wirklich als Genuss gewertet werden kann.

Meine zentrale Botschaft an alle Akteure der Sozialen Arbeit lautet daher: Wenn wir nicht weiter die Rolle der Klagenden behalten, sondern aktiv am Prozess mitwirken wollen, müssen wir uns aktiv in die Handlungsprozesse einbringen. Um ein solches Sich-Einsetzen und daher auch Sich-Aussetzen gut überstehen zu können, bedarf es der Bündelung der Kräfte innerhalb der Sozialen Arbeit unter dem Dach in einem gemeinsamen Haus, dass die jeweilige Individualität der einzelnen Gruppen in fachlicher Ebene ermöglicht.

Um diese zu erreichen, ist eine Rückbesinnung auf den Berufsstand, eine bewusst wahrgenommene ethische Verpflichtung und somit die Entwicklung einer entsprechenden Haltung, die jeweils die Würde des Menschen als Handlungsmaxime für die Soziale Arbeit in den Mittelpunkt rückt, von Nöten. ■

Meine zentrale Botschaft an alle Akteure der Sozialen Arbeit lautet daher: Wenn wir nicht weiter die Rolle der Klagenden behalten, sondern aktiv am Prozess mitwirken wollen, müssen wir uns aktiv in die Handlungsprozesse einbringen.

INTERVIEW

Das „E-Mail-Interview“ führte Wilfried Nodes mit Michael Leinenbach, 1. Vorsitzender des DBSH.



Jeder kämpft für sich allein?

Gedanken zur Notwendigkeit der (Wieder)Entdeckung der Solidarität in der Sozialen Arbeit

MECHTHILD SEITHE

Soziale Arbeit ist bekanntlich einerseits eine Instanz, die das gesellschaftliche System stabilisieren hilft, aber gleichzeitig auch eine politische Kraft, die mit Blick auf die gesellschaftlich induzierten Problemlagen von Menschen im kapitalistischen Gesellschaftssystem eine kritische Sicht auf die gesellschaftlichen Verhältnisse entwickelt (vgl. z.B. Böhnisch et al. 2005, S. 103), politisch aktiv werden und die Menschen befähigen kann, sich gegen das System und seine Zumutungen zur Wehr zu setzen.

Das Verständnis der Sozialen Arbeit als politische Kraft schlägt sich in ihren ethischen Grundhaltungen und ihrem Aufgabenverständnis nieder: in der Parteilichkeit (mit der Klientel) und in der Solidarität (mit Gleichgesinnten). Es verknüpft das berufliche und (sozial-)politische Handeln auf verschiedenen Ebenen miteinander.

Parteilichkeit für die Klientel der Sozialen Arbeit ist das Bemühen – trotz des immer auch bestehenden gesellschaftlichen Auftrages –, sich im Sinne des Mandates für die Menschen, für deren Bedürfnisse und Bedarfe einzusetzen und mit ihnen zusammen deren Interessen zu verteidigen – im Zweifel auch gegen die Interessen des Systems (vgl. z.B. Thiersch 1993, S. 13). In jüngster Zeit gerät die Parteilichkeit immer mehr in Verruf und wird als unwissenschaftlich und nicht mehr zeitgemäß kritisiert.

Solidarität bedeutet, sich mit anderen Menschen zusammen für die gemeinsamen Interessen einzusetzen, sich dabei gegenseitig zu stützen und gemeinsam gegen die Verhältnisse zu kämpfen, die diesen Interessen im Wege stehen. Sie kann sich auf unterschiedlichen Ebenen umgesetzt werden.

1. Zum einen bedeutet sie das politische Engagement für soziale Gerechtigkeit. Hier geht es um die Frage, ob und wie weit die Profession an der Gestaltung des Sozialen und an der Schaffung von Solidarität mitwirken kann, will und muss (vgl. z.B. Lange/Thiersch 2006, S. 217).

2. Dieses Verständnis von Sozialer Arbeit als einer gesellschaftspolitischen Kraft, war zumindest in den 70er Jahren im Zuge der Kritik an der damaligen vorherrschenden sozialarbeiterischen Praxis durchaus verbreitet. Heute ist ein solches Verständnis von Sozialer Arbeit aber fast vergessen.

Im engeren Sinne bedeutet Solidarität für Sozialarbeitende den gemeinsamen Einsatz der Berufsgruppe für berufs- und fachpolitische Interessen der Profession, z.B. für eine angemessene Bezahlung oder z.B. für die Sicherstellung der für qualifizierte Soziale Arbeit erforderlichen Arbeitsbedingungen. Dieser wäre gerade angesichts der zunehmenden Deprofessionalisierung und Prekarisierung der Sozialen Arbeit bitter notwendig.

Die Solidarität innerhalb der Berufsgruppe war selbst in den 70er Jahren nicht besonders ausgeprägt. Zwar wurden Kooperation, Teamarbeit und Vernetzungsarbeit unter sozialen Fachleuten hoch gehalten. Gemeinsame Aktivitäten, z. B. um eine bessere tarifliche Eingruppierung durchzusetzen, gehörten aber nie zu den zentralen Tugenden oder Praktiken der Profession.

Im Folgenden soll zunächst in aller Kürze den Hintergründen für das zunehmende Verschwinden der ethischen Grundhaltungen in unserer Profession nachgegangen werden. Im Anschluss möchte ich die Frage aufwerfen, wie es um die heutigen Sozialarbeitenden bestellt ist: bestehen überhaupt noch Ansätze und Chancen für ein Verständnis der Sozialen Arbeit, bei dem Parteilichkeit und Solidarität unverzichtbare Grundhaltungen darstellen?

Der Aspekt der berufs- und fachpolitischen Solidarität innerhalb der Profession Soziale Arbeit wird in den weiteren Überlegungen dabei im Vordergrund stehen.

Parteilichkeit und Solidarität sind keine Nächstenliebe

Der Berufsgruppe der Sozialarbeitenden wird als Berufsmotivation immer wieder so etwas wie „Nächstenliebe“ unterstellt. Die Vorstellung von Sozialer Arbeit als selbstlose Nächstenliebe steckt tatsächlich auch heute noch in vielen Köpfen, auch in denen der Sozialarbeitenden selber.

Parteilichkeit ist jedoch etwas ganz anderes als Nächstenliebe. Sie bedeutet das Partei-Ergreifen für Schwächere, und zwar aus der ethischen Überzeugung heraus, dass diesen Schwächeren Unrecht geschehen ist oder geschieht. Ihr Mangel an Ressourcen ist keine individuelle Eigenschaft und schon gar kein individuelles Versagen, sondern stellt eine soziale Benachteiligung dar, die nicht zu akzeptieren ist.

Die Vorstellung, Soziale Arbeit sei letztlich professionell ausgeübte Nächstenliebe, ist aber vor allem auch dafür mitverantwortlich, dass sich die Sozialarbeitenden seit jeher scheuen, für ihre eigenen Rechte und Bedarfe aktiv einzutreten. Wer anderen selbstlos helfen will, so wird offenbar immer wieder gefolgert, der sollte dabei keine Absichten für sich selber verfolgen. Die Befreiung der Sozialen Arbeit von der hartnäckigen Ideologie der selbstlosen Nächstenliebe, die Herleitung der ethischen Prinzipien Parteilichkeit und Solidarität aus ihrer sozialpolitischen Tradition und aus den Werten der Aufklärung würden eine bessere Basis für die Berufsgruppe darstellen, wenn es darum geht, ihre ethischen Werte gegen die heutigen neoliberalen Forderungen und Vorstellungen zu verteidigen und abzugrenzen.

Der Verlust des professionellen Kerns der Sozialen Arbeit

Ein weiterer wichtiger Hintergrund für die mangelnde Solidarität innerhalb der Berufsgruppe ist die Tatsache, dass sich die Einheitlichkeit, das Gemeinsame, das Verbindende in der Sozialen Arbeit immer mehr

aufzulösen scheint in der unübersichtlichen Fülle verschiedenster Arbeitsfelder, Organisationsformen, Produktionsformen, Anstellungsträger usw. Bestimmte Methoden und Techniken, vorgegebene konkrete Zielvorgaben oder Wirkungsmodelle, Programme und Zielgruppenaufträge stehen im Vordergrund und verweisen die Profession mit ihren fachlichen Kompetenzen und ethischen Werten in den Hintergrund.

Der fachlich-ethische Kern der Sozialen Arbeit, ihr Charakter als kommunikativer, interaktiver Prozess, der Menschen bei der Bewältigung ihres Alltags unterstützen soll, verschwindet so immer mehr (vgl. z. B. Galuske 2003). Ein gemeinsames Verständnis Sozialer Arbeit, das als Grundlage für eine mögliche Berufsidentität dienen kann, ist für viele nicht mehr nachvollziehbar und greifbar. Sozialarbeitende in der Praxis haben deshalb große Schwierigkeiten, in der Kollegln, die vielleicht in der gleichen Stadt, aber in einem ganz anderen Arbeitsfeld, bei einem anderen Träger, in einem völlig anderen Aufgabenfeld und unter anderen Zielvorgaben tätig ist, die Berufskollegln zu erkennen und eine Ziel-, Haltung und Interessengleichheit mit ihr auszumachen.

Es wäre vor allem die Aufgabe der Hochschulen, diesen allen sozialarbeiterischen Aufgaben und Tätigkeiten innewohnenden Kern der Profession wieder verstärkt zu vermitteln, die spezifischen Kompetenzen der Sozialen Arbeit zu vermitteln und bewusst zu machen sowie deren Verteidigung gegen nichtprofessionelle Absichten und Vorstellungen konkret und aktiv zu erarbeiten. Wenn die Soziale Arbeit sich als Ganzes mit gemeinsamen Interessen wahrnehmen könnte, hätte sie eine wichtige Voraussetzung geschaffen für ein politisches Selbstverständnis und auch für die Entstehung und Ausübung von Solidarität untereinander.

Die neoliberale Umkremplung und ihre Folgen für das Verständnis von Parteilichkeit und Solidarität

Inzwischen hat der Neoliberalismus als die derzeit herrschende und gesellschaftlich verordnete Ideologie die Soziale Arbeit, wie ja auch die Gesellschaft insgesamt, mehr verändert, als wir es uns mitunter eingestehen wollen.

Ein Verständnis von Parteilichkeit für sozial Benachteiligte und Schwächere liegt dieser Ideologie und diesem Staat grundsätzlich fern, denn diese setzt die Annahme voraus, dass bestimmte individuelle Probleme gesellschaftliche Ursachen haben (können) und somit eine gesellschaftliche Verantwortung für deren Lösung besteht. Die je individuelle Schuldzuweisung des aktivierenden Staates macht Parteilichkeit nicht nur scheinbar überflüssig, sondern auch „gefährlich“, weil sie angeblich die Eigeninitiative der Einzelnen schwächt (vgl. z. B. Nolte 2004).

Der „alten Parteilichkeit“ wird zudem der Geruch von Irrationalität und Unprofessionalität angehängt. Sie ist angeblich heute der Dienstleistung gewichen (Lutz

Es wäre vor allem die Aufgabe der Hochschulen, diesen allen sozialarbeiterischen Aufgaben und Tätigkeiten innewohnenden Kern der Profession wieder verstärkt zu vermitteln.

2008). Soziale Arbeit wird zudem zunehmend zu einem technischen, angeblich personenneutralen Verfahren der Verhaltensänderung.

Die alte Vorstellung von einer Liebestätigkeit Sozialer Arbeit aber hat der aktivierende Staat von der professionellen Sozialen Arbeit abgetrennt und der privaten, persönlich motivierten Barmherzigkeit anempfohlen und überlassen (vgl. Bütow/Chassé/Hirt 2008, S. 231; Spindler 2007, S. 31; Böhnisch et al. 2005, S. 238).

Mit der Solidarität macht der Neoliberalismus erst recht kurzen Prozess

Dort, wo jeder für sich alleine zu sorgen hat, wo jeder für die Risiken seines Lebens alleine eintreten muss und wo Versagen und Not allein die Schuld des Einzelnen ist und bleibt, da sind Solidarität und politisches Engagement geradezu kontraindiziert.

Nur die heimelige und für den Staat kostenfreie Wärme des sozialen Nahraumes darf das Gesicht der Menschlichkeit und Solidarität zeigen. Die Nutzung der Bürgerbewegungen und die Aktivierung der sozialen Nahräume bedeuten – ähnlich wie die Barmherzigkeit, die die Parteilichkeit ersetzen soll – das Ab-

Solidarität wird offenbar von vielen auch als unnütz angesehen oder der alten Selbstlosigkeitsideologie verdächtigt: „Was nutzt mir das dann?“



schieben der Solidarität ins Private, Zufällige und vor allem Unpolitische (vgl. z. B. Heite 2008, S. 113, 114). Der Solidarität innerhalb der Berufsgruppe schließlich verabreicht der Neoliberalismus scheinbar den letzten Dolchstoß: Aus Solidarität wird Konkurrenz und Wettbewerb, aus Netzwerkarbeit ist längst eine Modernisierungsmethapher für mehr Effizienz geworden, aus Solidarität unter Gleichen, z.B. gegenüber dem Arbeitgeber, wird die Solidarität mit dessen Unternehmen und seinem wirtschaftlichen Wohlergehen, von dem ja die eigene Existenz abzuhängen scheint. Auch unter BerufskollegInnen steht – und so soll es auch sein – jeder und jede für sich alleine und damit auch gegen alle anderen.

Gewerkschaftliche oder berufspolitische Organisation – wozu soll das gut sein?

Es ist eine bekannte, wenn auch angesichts der konkreten Berufssituation schwer zu begreifende Tatsache, dass Sozialarbeitende heute mehr denn je berufspolitische oder gewerkschaftliche Organisation für sich nicht in Betracht ziehen. Der durchschnittliche Organisationsgrad der Sozialarbeitenden in Deutschland bei Gewerkschaften und Berufsverbänden überschreitet nicht einmal die 10-Prozent-Marke. Warum?

Bei unseren Veranstaltungen im Fachbereich im vergangenen Sommersemester, bei denen Studierende mit Gewerkschaftlern und DBSH-VertreterInnen über aktuelle Fragen ins Gespräch kamen, zeigte sich eine unglaubliche Unwissenheit über zentrale Zusammenhänge solidarischen Handelns.

Die Studierenden waren nicht nur erstaunt über die ihnen offensichtlich völlig neuen Informationen in Bezug auf berufspolitische und gewerkschaftliche Organisationen: „Das hatten wir nicht in der Schule“ (ja warum eigentlich nicht!?!). Sie hatten vor allem große Schwierigkeiten, den Sinn einer Organisation zu verstehen: „Warum sollte ich denn da beitreten? Ich trete doch auch sonst nicht in jeden Verein ein.“ Solidarität wird offenbar von vielen auch als unnütz angesehen oder der alten Selbstlosigkeitsideologie verdächtigt: „Was nutzt mir das dann? Was gehen mich die anderen an. Ich muss mich um mich und meine Familie kümmern!“

Groß aber war immerhin das Staunen darüber, dass sich z. B. mit dem DBSH jemand wirklich für ihre Interessen einsetzte und den Wert ihrer Arbeit angemessen einschätzte. Am Abend vorher hatte bei einer anderen Veranstaltung eine Vertreterin der Arbeitsagentur die im Osten derzeit üblichen Bruttogehälter von 1500,00 Euro für SozialarbeiterInnen verteidigt: „Mehr können sie heute eben nicht erwarten.“ Und hier, beim DBSH, war nun tatsächlich jemand, der diese unmöglichen Verhältnisse offen und deutlich anprangerte und als unerträglich geißelte. Das war eine neue, wichtige Erfahrung für viele Anwesende. Aber kurz darauf folgte die reichlich blauäugige Frage



LITERATUR

Böhnisch, L./Schröder, W./Thiersch, H. (2005): Sozialpädagogisches Denken. Wege zu einer Neubestimmung. Weinheim 2005

Bütow, B./Chassé, K.A./Maurer, S. (2006): Soziale Arbeit zwischen Aufbau und Abbau. Transformationsprozesse im Osten Deutschlands und die Kinder- und Jugendhilfe. Wiesbaden 2006

Galuske, M. (2008): Fürsorgliche Aktivierung – Anmerkungen zu Gegenwart und Zukunft Sozialer Arbeit im aktivierenden Staat. In: Bütow, B./Chassé, K.-A./Hirt, R. (Hrsg.): Soziale Arbeit nach dem Sozialpädagogischen Jahrhundert. Positionsbestimmungen Sozialer Arbeit im Post-Wohlfahrtsstaat. Opladen 2008, S. 9 ff.

Heite, C. (2008): Soziale Arbeit im Kampf um Anerkennung. Professionstheoretische Perspektiven. Weinheim 2008

Lange, D./Thiersch, H. (2006): Die Solidarität des Sozialen Staates – Die Solidarität des reformierten Sozialstaates. In: Böllert, K./Hansbauer, P./Hansenjürgen, B./Langenohl, S. (Hrsg.): Die Produktivität des Sozialen – den sozialen Staat aktivieren. Sechster Bundeskongress Soziale Arbeit. Wiesbaden 2006, S. 211 ff.

Lutz, Roland: Perspektiven der Sozialen Arbeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 12–13/2008.

Nolte, P. (2004): Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2004

Spindler, H. (2007): Sozialarbeit und der Umgang mit der Armut. Eine alte Aufgabe im neuen Gewand. In: FORUM sozial 3/2007, S. 29 ff.

Thiersch, H. (1993): Strukturierte Offenheit. In: Th. Rauschenbach u.a. (Hrsg.): Der sozialpädagogische Blick. Weinheim 1993, S. 11 ff.

„Können Sie denn – gesetzt den Fall ich trete ein – dafür sorgen, dass ich an meiner jetzigen Arbeitsstelle mehr Geld bekomme?“ Und als das verneint wurde, kam der enttäuschte Kommentar: „Aber was bringt es mir denn dann?“ Dass es bei der gewerkschaftlichen oder berufspolitischen Organisation nicht darum geht, eine Dienstleistung zur Durchsetzung der eigenen Interessen zu kaufen, dass es vielmehr darum geht, selber für die eigenen Rechte einzutreten, schien für die Studierenden keineswegs klar zu sein. Ein DBSH-Mitglied stellte aber schließlich richtig: „Ich weiß, dass die Organisation nicht von heute auf morgen meine Situation verändern kann. Aber wenn man jetzt nicht anfängt, was dagegen zu tun, wird es doch immer schlimmer. Und mir persönlich geht es besser, seitdem ich weiß, ich tue was, ich lasse mir nicht mehr alles gefallen. Und ich weiß jetzt auch, dass ich dabei nicht alleine bin. Und wenn wir noch mehr werden, dann werden wir auch irgendwann Veränderungen erreichen!“

Ich bin mir nicht sicher, aber ich hatte den Eindruck, dass diese Aussagen bei vielen der Anwesenden zwar auf blankes Staunen, bei einigen aber auf großes Interesse stieß und dort der Beginn einer neuen Erkenntnis gewesen sein kann.

Wie steht es um das aktuelle politische Selbstverständnis der Sozialarbeitenden?

Als ich 1993 an einer ostdeutschen Hochschule meine Arbeit aufnahm, sagte ein Student, der im Seminar soeben eine Kommilitonin hemmungslos vor allen anderen bloßgestellt hatte, zu seiner Verteidigung: „Aber das ist doch jetzt so! Jetzt heißt es doch: jeder

gegen alle. Wir leben doch jetzt in einer Ellenbogen-gesellschaft, oder etwa nicht?“ Ich war schockiert. Aber er hatte völlig Recht.

Vor einigen Wochen fragte ich eine Studentin, ob sie sich für eine Prüfung in einer Lerngruppe vorbereitet und ob ihr das etwas gebracht hätte. Ich erhielt zur Antwort: „Eigentlich nicht. Die anderen haben ja nur versucht von meinem Wissen zu schmarotzen. Da habe ich gesagt: Leute lest doch selber die Bücher!“ Und sie hatte der Gruppe den Rücken zugekehrt. Es herrscht unter den Studierenden wie wohl unter den PraktikerInnen der Sozialen Arbeit eine zunehmende Tendenz zur Entsolidarisierung.

Außerdem herrscht eine große Bereitschaft, sich an unprofessionelle und prekäre Arbeitsbedingungen anzupassen.

Hintergrund hierfür ist zum einen eine große Angst schon bei unseren StudentInnen, bei Nichtanpassung den eigenen Arbeitsplatz zu verlieren. In der Praxis sind die Erfahrungen ja auch entsprechend: Wer den Mund aufmacht, steht in Gefahr rausgeworfen zu werden.

Ein anderer Hintergrund ist sicherlich auch die gesamtgesellschaftlich induzierte Bereitschaft zur passiven Hinnahme von prekären Lagen und die Nichtwahrnehmung und Nichtreflexion der gesellschaftlichen Ursachen für diese Entwicklungen.

Vor diesem Hintergrund muss es wohl gesehen werden, dass die in unserer Hochschule gezielt und intensiv geforderte Auseinandersetzung mit den aktuellen problematischen Entwicklungen in unserer Profession von vielen Studierenden zunächst als sehr belastend, als deprimierend erlebt wird. Sie verstehen oft nicht,

Die Idee, sich zusammen zu tun, liegt auch für die eher Kritischen und Sensibilisierten in weiter Ferne. Die Vorstellung vom Individuum, das selber und alleine für sich kämpfen muss, steckt in allen Köpfen und Poren.



Autorin

PROF. DR. MECHTHILD SEITHE ist seit 1983 Hochschullehrerin an der FH Jena. Davor arbeitete sie 18 Jahre in der Praxis, u. a. im Bereich Erziehungsberatung und im Jugendamt (Krefeld, Remscheid, Wiesbaden). Von Haus aus ist sie Psychologin, hat während ihrer Praxiszeit im Rahmen einer Externenprüfung in Frankfurt a. M. das Diplom als Sozialarbeiterin abgelegt.

Schwerpunkte der Lehr- tätigkeit und Forschung sind u. a.:

Hilfen zur Erziehung, Ökonomisierung und aktivierender Staat, Beratung mit nicht-motivierter Klientel.

warum wir sie als HochschullehrerInnen in ein solches Dilemma verwickeln wollen: „Wenn die Praxis doch heute anders tickt, wenn die lebensweltorientierte Soziale Arbeit gegenwärtig nicht gewünscht und nicht bezahlt wird, wozu soll man sie dann noch lernen oder gar verteidigen?“

Dennoch ist es uns gelungen, vielen Studierenden die Augen zu öffnen, sie für die Probleme zu sensibilisieren und den Wunsch bei ihnen zu wecken, sich den neoliberalen Anforderungen nicht kampflos zu ergeben. Aber selbst solche Studierende, die verstanden haben, mit welchen Problemen sie demnächst in der Praxis konfrontiert werden, die die gesellschaftlichen Hintergründe begriffen haben und die nicht mehr bereit sind, sich einfach anzupassen, selbst die entwickeln keine Vorstellungen und Ideen für eine gemeinsame Gegenwehr. Die Idee, sich zusammen zu tun, liegt auch für die eher Kritischen und Sensibilisierten in weiter Ferne. Die Vorstellung vom Individuum, das selber und alleine für sich kämpfen muss, steckt in allen Köpfen und Poren.

Und dennoch bin ich inzwischen davon überzeugt, dass ein elementares Bedürfnis nach Solidarität besteht, und rudimentäre, vielleicht auch erst einmal naive Vorstellungen über mögliche Solidaritätsschritte innerhalb der Berufsgruppe vorhanden sind. Es gibt durchaus das Bedürfnis bei Studierenden wie PraktikerInnen, einen Weg für sich zu finden, der es ihnen ermöglicht, den beruflichen Zumutungen und neoliberalen Herausforderungen nicht mehr hilflos ausgeliefert zu sein. Sie suchen nach Möglichkeiten, nicht ganz alleine zu sein bei ihrem Versuch, der Anpassung im Berufsleben zu entgehen. Was sie sich denn wünschen würden für die Anfangszeit im Beruf, in der neuen Stelle, in einer fremden Stadt, habe ich unsere frisch gebackenen SozialarbeiterInnen gefragt. Die Antwort war eigentlich viel versprechend: „Wir hoffen, dass wir an unserem neuen Arbeits- und Lebensort ein paar Leute finden werden, die genau wie wir diese Probleme sehen. Mit denen möchten wir uns dann zusammensetzen, austauschen und uns irgendwie gegenseitig unterstützen.“

Solche Vorstellungen sind ein Anfang. Man sollte sie ernst nehmen. Sie sind die Chance, die ergriffen und weiterentwickelt werden könnte.

Was wäre zu tun? Was könnte das solidarische Bewusstsein in der Berufsgruppe wecken?

Voraussetzungen für eine (Re-)Politisierung und (Re-)Solidarisierung der sozialarbeiterischen Zunft sind

1. die Erkenntnis, dass die gegenwärtigen Probleme der Klientel sowie die der Profession von Menschen gemacht und keine unabwendbaren Naturgewalten sind,
2. die Bereitschaft sich zu wehren, für die eigenen Interessen und Rechte einzusetzen und sich nicht anzupassen, sich nicht treiben zu lassen, sei es aus Pragmatismus, aus Faulheit oder aus Angst,

3. die Bereitschaft und Fähigkeit, sich mit Menschen gleicher Interessenlage und gleicher Gesinnung zusammen zu tun und gemeinsam gegen die bestehenden Missstände anzugehen.

All diese Voraussetzungen sind heute bei den meisten Studierenden und PraktikerInnen nicht oder nur sehr begrenzt gegeben. Solche Erkenntnisse, solches Wissen, solche Erfahrungen sind in unserer gegenwärtigen Gesellschaft offenbar weitgehend verschüttet, ausgelöscht oder sie werden auch gezielt verheimlicht und verhindert.

Es gilt, sie neu zu schaffen und zu vermitteln. Dies sind die aktuell anstehenden Aufgaben für die Gewerkschaften, den Berufsverband und für die Bildungseinrichtungen. Für die Studierenden liegt eine große Chance und damit auch eine große Verantwortung bei den Hochschulen.

Dabei geht es um folgende Vermittlungsinhalte:

- Informationen über Möglichkeiten der Organisation und über Interessenvertretungen,
- Sensibilisierung für die aktuellen gesellschaftlichen Problemlagen und ihre Hintergründe, Aufklärung über und Reflexion der politischen Zusammenhänge,
- Anregung zur Auseinandersetzung mit der Frage, ob man sich diesen Entwicklungen wehrlos unterordnen will oder ob man bereit ist, diese Anpassung zu verweigern.

Darüber hinaus aber ist es unbedingt notwendig, den Betroffenen Erfahrungen mit Solidarität und mit gemeinsamem politischen Handeln zu ermöglichen. Es sollte versucht werden, an den konkreten Bedürfnissen nach Solidarität anzusetzen, an dem Wunsch, sich mit Gleichgesinnten und gleich Betroffenen zusammenzusetzen und austauschen sowie stützen zu können.

Viele Studierende wie PraktikerInnen müssen ganz elementar erst einmal wieder erfahren, was solidarisches Handeln ist, was ihnen das bringt, wie es geht und funktioniert. Das kann innerhalb einer (berufs-) politischen Organisation geschehen, solch eine Gruppe kann aber zunächst auch ganz spontan und persönlich zustande kommen. Entscheidend ist, dass es für die Sozialarbeitenden einen Ort gibt, an dem die Probleme ausgesprochen, nach ihren Ursachen gefragt und Strategien für Lösungen entwickelt werden können. Ein Ergebnis dieser gemeinsamen Überlegungen könnte sicher auch der Entschluss sein, sich durch den Beitritt zu einer Gewerkschaft oder zum Berufsverband weitere Ressourcen zu sichern und mehr Schlagkraft und Stärke zu verschaffen. So verstanden wäre der Beitritt zur Organisation dann nicht der vermeintliche Einkauf einer Interessenvertretungsdienstleistung, sondern er wäre der Erkenntnis geschuldet, dass so ein Zusammenschluss die Kräfte bündelt, Ressourcen stärkt und im Sinne einer großen, starken Selbsthilfegruppe die eigene Durchsetzungskraft um ein Vielfaches erhöht. ■



KMK-Demo

Bildungsstreik 2009: Studierende Sozialer Arbeit solidarisieren sich

„Menschen bilden bedeutet nicht, ein Gefäß zu füllen, sondern ein Feuer zu entfachen.“¹

SABRINA SLAWINSKI

Die Diskrepanz zwischen den Lippenbekenntnissen der PolitikerInnen und der an den Hochschulen gegebenen Bildungsmisere brachte das Fass zum Überlaufen und entlud sich im November 2009 zum Bildungsstreik.

Nach der zehnjährigen Erprobungsphase des Bologna-Prozesses und der damit verbundenen Einführung des Bachelor-/Master-Systems häuften sich im Jahr 2009 an den Hochschulen die Anzeichen von Überforderung und Stress. Ein großer Teil der Überlastung resultierte daraus, dass eine Vielzahl an Prüfungen in den Studiengängen eingeführt wurde. Es entstand immer mehr die Gewissheit, dass die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge auf rein wirtschaftliche Kriterien (schneller, kontrollierter Studienabschluss) reduziert wurden, statt einer umfassenden Bildung Genüge zu tun. Der Wegfall praxisorientierter Studienanteile führte darüber hinaus zu einem geringerwertigen berufsqualifizierenden Abschluss.

Diese Wahrnehmung der Studierenden stand in deutlichem Gegensatz zu den Äußerungen der damaligen Bundesbildungsministerin Annette Schavan: „Wir wollen in ganz Europa eine attraktive

und wettbewerbsfähige Hochschulbildung, die sich an den Bedürfnissen der Studierenden orientiert. Wir wollen eine hohe Qualität des Angebots, und wir wollen die Mobilität unserer Studierenden steigern.“

(URL: <http://www.bmbf.de/press/2811.php> [24.6.2010])

Die Diskrepanz zwischen den Lippenbekenntnissen der PolitikerInnen und der an den Hochschulen gegebenen Bildungsmisere brachte das Fass zum Überlaufen und entlud sich im November 2009 zum Bildungsstreik.

Der Streik erreichte im selben Monat auch die Braunschweiger Hochschulen. Braunschweig ist mit der Technischen Universität Braunschweig (TU), der Hochschule für Bildende Künste Braunschweig (HBK) und der Ostfalia-Hochschule für angewandte Wissenschaften eine der großen Hochschulstädte in den nördlichen Bundesländern. An der Fakultät Soziale Arbeit der Ostfalia waren

Ende 2009 rund 820 Studierende in Bachelor-, Master- und weiterbildenden Studiengängen immatrikuliert.

Der Bildungsstreik wurde in Braunschweig maßgeblich von Studierenden Sozialer Arbeit mitgestaltet. Eine Gruppe Studierenden der Fakultät fand sich im „Arbeitskreis Solidarisierung & Besetzung“ zusammen und dokumentierte ihre Streikerlebnisse in einem Tagebuch. Der nachfolgende Auszug aus diesem Tagebuch ermöglicht Einblicke in Erfahrungen und erlebte Solidarität der Studierenden.

Streikerlebnisse – in einem Tagebuch dokumentiert

■ **Montag, 16.11.2009:** Der Bildungsstreik nimmt in Braunschweig an der Technischen Universität seinen Anfang: Über 100 – nach ihrer Meinung zu Unrechtmäßigkeiten – exmatrikulierte Maschinenbau-

FUSSNOTE

¹ Aristophanes 445–385 v. u. Z.

Studenten der Technischen Universität Braunschweig besetzen das Audimax. Grund hierfür ist die bürokratische Umstrukturierung vom Diplom zum Bachelor-/Master-System mit gravierenden Veränderungen für die Diplom-Studierenden. Sie werden vor die Wahl gestellt: entweder Annahme des aus ihrer Sicht geringer wertigen Bachelor oder Exmatrikulation.

■ **Donnerstag, 19. 11. 2009:** Bereits kurze Zeit später solidarisieren sich die Studierenden der drei Hochschulen zu gemeinsamen Protestaktionen, um gegen das diskriminierende Bachelor-System zu kämpfen.

■ **Montag, 23. 11. 2009:** Eine Woche nach der TU Braunschweig gründen wir, Studierende der Fakultät Soziale Arbeit der Ostfalia, den „AK (Arbeitskreis) Solidarisierung & Besetzung“ und rufen nach einer Infoveranstaltung für unsere Kommilitonen die Besetzung der Fakultät aus. Wir fordern Veränderungen an unserer Hochschule: Von Freiveranstaltungen, die Raum für Interessen und Ideen der Studierenden bieten sollen, einer geringeren Anzahl an Prüfungen, über angemessenes Mobiliar und ausreichend



Aktion Bildungstod

Platz für alle Studierende in den Lehrveranstaltungen, bis hin zur Abschaffung der Studiengebühren, die die Studierenden der Fakultät als unsozial erachten. Diese Punkte stellen wir in einem mehrseitigen Forderungskatalog zusammen, den wir dem Dekanat unserer Fakultät im Anschluss an die ausgerichtete Besetzung überreichen. Wir fordern eine Stellungnahme bis Mittwoch, 25. November.

■ **Montag, 23. 11. 2009:** Einzelne Dozenten der Fakultät Soziale Arbeit solidarisieren sich mit uns und vermitteln interessante Hintergrundinformationen („Bologna-Prozess – Ökonomisierung der Bildung“) zum aktuellen Thema in öffentlichen, alternativen Veranstaltungen. Schnell merken wir, dass ein Streik der Organisation bedarf: wir drohen den Überblick zu verlieren! Es werden daher offene Plenen als Ort des Austauschs eingerichtet.



Streiksingen auf dem Braunschweiger Weihnachtsmarkt

Dekanin Prof. Dipl.-Psych. Roswitha Bender: „Ich finde es gut, dass Sie streiken. Die Studierenden der Sozialen Arbeit waren mir viel zu lange zu unpolitisch“.

■ **Dienstag, 24. 11. 2009:** Es haben sich bereits 400 „Anhänger“ auf Unterschriftenlisten mit uns „Streikenden“ solidarisch erklärt (bei einer Fakultät mit rund 820 immatrikulierten Studentinnen und Studenten schon knapp die Hälfte am zweiten Tag des offiziellen Bildungstreiks 2009). Wir planen Aktionen, um den Bildungstreik 2009 auch ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen.

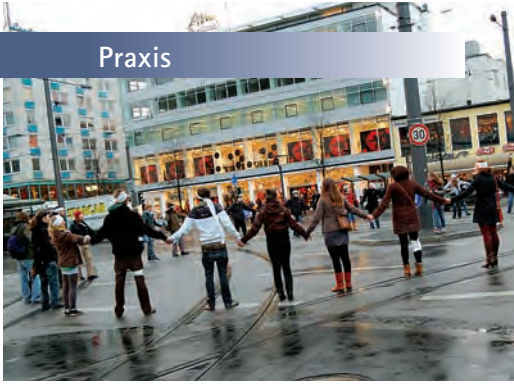
■ **Dienstag, 24. 11. 2009:** Unter dem Motto „Bildungstod – Wir tragen die Bildung zu Grabe“ demonstrieren ca. 200 Studierende auf dem Braunschweiger Schlossplatz.

■ **Mittwoch, 25. 11. 2009:** Das Ultimatum ist abgelaufen: das Dekanat hat die gewünschte schriftliche Stellungnahme zu unserem Forderungskatalog von Montag, 23. November, nicht abgegeben; die Konsequenz: Zwei weitere Hörsäle werden von uns verbarriadiert und damit im offiziellen Lehrbetrieb lahmgelegt. Drei der vier größten Vorlesungsräume sind zu der Zeit besetzt. Zahlreiche Vorlesungen können somit nicht stattfinden.

■ **Donnerstag, 26. 11. 2009:** Immer noch keine Reaktion auf den Forderungskatalog. Das Dekanat trifft sich mit einigen unserer Streikvertreter zu Verhandlungen. Erster Satz der Dekanin Prof. Dipl.-Psych. Roswitha Bender: „Ich finde es gut, dass Sie streiken. Die Studierenden der Sozialen Arbeit waren mir viel zu lange zu unpolitisch“.

Wir erfahren also auch von höchster, offizieller Stelle der Fakultät Zustimmung. Und noch wichtiger: Solidarität, indem die Dekanin uns „den Rücken freihält“.





Flashmob – arme, kranke Bildung



Kundgebung Hannover – AG Bologna-Aktion „Wir wollen mit ins Boot“

Samstag, 28. 11. 2009: Deutsche Welle TV berichtet von den Protesten in Braunschweig und trägt so dazu bei, dass eine noch breitere Öffentlichkeit über den Streik informiert wird. Der Bildungsstreik weitet sich immer weiter aus; nicht nur in Deutschland sind die Studierenden unzufrieden mit der aktuellen Situation an ihren Hochschulen: weite Teile Europas und die USA werden von der Welle des Streiks mitgerissen. Hochschulen werden bestreikt, Hörsäle besetzt und der sonst so routinierte Ablauf gestört.

■ **Sonntag, 29. 11. 2009:** Wir haben nicht nur freundlich gesinnte Anhänger: Transparente („Diese Hochschule ist besetzt“) werden von Unbekannten zerstört. Aber wir lassen uns durch solche Aktionen nicht entmutigen und machen weiter auf die Situation an deutschen Hochschulen aufmerksam. Initiiert durch die Uni Gießen wird am Montag, den 30. November, die bundesweite Aktion „Streiksingen“ gestartet. Wir singen mit.

■ **Dienstag, 1. 12. 2009:** Wir wollen auch die passiven Studierenden auf dem Laufenden halten. Erste offene Infoveranstaltung: „Warum streiken wir?“

■ **Donnerstag, 3. 12. 2009:** Die Luft wird dünner. Auf den Fluren merken wir, dass die Stimmung immer angespannter wird. Wir fragen uns, ob wir noch die nötige Unterstützung der übrigen Studierenden haben, um die Besetzung weiter legitimieren zu können!

■ **Mittwoch, 9. 12. 2009:** Endlich! Die lang ersehnte Stellungnahme unseres Dekanats zu unserem Forderungskatalog ist da, jedoch zu unserem Bedauern recht

unkonkret geblieben. Basierend auf dieser Stellungnahme werden neue Forderungen konzipiert.

■ **Donnerstag, 10. 12. 2009:** Der bis dato größte öffentliche Auftritt der streikenden Studierenden in ganz Deutschland bei der Kultusministerkonferenz (KMK) in Bonn: Schon frühmorgens machen wir uns mit Kommilitonen der anderen Braunschweiger Hochschulen auf den Weg nach Göttingen. In Göttingen werden wir von den dortigen Studierenden in einem Reisebus nach Bonn mitgenommen. Und in Bonn werden aus streikenden Studierenden Demonstranten, die sich einem Großaufgebot der Polizei gegenüber sehen.

■ **Freitag, 11. 12. 2009:** Es findet immer mehr – auch bundesweite – Solidarisierung statt, am heutigen Tag in Form des Niedersächsischen Vernetzungstreffens in Hannover. Wir tauschen uns mit Studierenden aus anderen besetzten Hochschulen aus und beraten über das weitere Vorgehen.

■ **Mittwoch, 16. 12. 2009:** Der Allgemeine Studierendenausschuss (AstA) unserer Hochschule hat in Zusammenarbeit mit dem Fachschaftsrat (FaRa) der Fakultät eine Generalvollversammlung (GVV) einberufen, um über den Streik zu „informieren“, so heißt es. Leider bekommen wir von Seiten des Asta keine Unterstützung.

Am gleichen Tag ist Fakultätsratsitzung, in der über unsere Forderungen abgestimmt werden soll, so denken zumindest die meisten von uns. Der Sitzungsraum ist überfüllt mit Studierenden, die erfahren wollen, was zu ihren Forderungen gesagt wird. Als die Diskussion über die studentischen

Wünsche den zeitlichen Rahmen zu sprengen droht, wird diese kurzerhand durch einen Antrag eines Dozenten beendet und somit die Entscheidung vertagt. Wir müssen die bittere Erfahrung machen, dass legitime Entscheidungen einen langen bürokratischen Weg erfordern.

Wir beschließen, den aktiv besetzten Veranstaltungsraum als dauerhaften Freiraum und Arbeits- und Austauschplattform der Hochschule einzufordern.

■ **Dienstag, 5. 1. 2010:** Der von uns besetzte Veranstaltungsraum wird offiziell von der Dekanin als frei nutzbarer Raum für alle Studierenden freigegeben.

Weitere Entscheidungen des Fakultätsrates ermöglichen außerdem Veränderungen der Prüfungsordnung, so dass die Anzahl der Prüfungen je Modul im Bachelorstudiengang reduziert wird. Außerdem soll ein Praxismodul eingerichtet werden, das im zweiten Studienabschnitt der Vertiefung der Praxiserfahrung dient.

Gleichzeitig haben wir als Teil des bundesweiten Streiks die Bildung an unseren Hochschulen auf die politische Tagesordnung gebracht.

Was bleibt nach dieser turbulenten Zeit des Bildungsstreiks? Wir haben über zwei Monate viele Stunden zusammen organisiert, Diskussionen und Verhandlungen geführt. Wir haben erfahren, dass es möglich ist, sich ganz auf ein politisches Projekt einzulassen und für dieses zu leben.

Über die zählbaren Ergebnisse hinaus sind für uns die Freundschaften, die Erfahrung des politischen Streits und das Erlebnis, gemeinsam etwas zu bewegen, das wirklich Wichtige aus dieser spannenden Zeit.

Gleichzeitig haben wir als Teil des bundesweiten Streiks die Bildung an unseren Hochschulen auf die politische Tagesordnung gebracht.



Autorin

SABRINA SLAWINSKI, geb. 18. August 1986 in Hamm/Westf., Studentin an der Ostfalia-Hochschule für angewandte Wissenschaften, Fakultät Soziale Arbeit in Braunschweig, 3. Semester

Die Redaktion dieses Beitrags übernahm Frank Eger.



die Gestaltung des Arbeitsfeldes bzw. um die Möglichkeiten zum professionellen Arbeiten kämpfen. Doch inzwischen dürften sie eines Besseren belehrt sein. Immer mehr Anstellungsträger, darunter auch die großen Wohlfahrtsverbände, wie z. B. die Caritas und die Diakonie, müssen sich auf dem Markt der Dienstleistungen behaupten. Beim Kampf um Marktanteile werden zunehmend schlechtere Rahmenbedingungen in Kauf genommen. Die Bezahlung der Fachkräfte der Sozialen Arbeit wird sich wahrscheinlich weiter verschlechtern. Die Qualität der Sozialarbeit wird noch stärker bestimmt werden über die Kosten, also über die Gehälter der Beschäftigten in der Sozialen Arbeit. Dies zieht natürlich auch Auswirkungen auf die Motivation von Sozialarbeiterinnen und die Einstellung zum Beruf nach sich. Der gesetzliche Schutz des Berufes, dringend benötigt, ist nur möglich, wenn die Berufsgruppe begreift, dass sie ihre Interessen gebündelt und gemeinsam vertreten muss. Dabei geht es beiße nicht nur um die Entlohnung, sondern um die Möglichkeit, professionell zu arbeiten und selbst zu bestimmen, was professionelle Sozialarbeit ist und was nicht.

Die Umgestaltung des Sozialen bringt viele Probleme mit sich

Der Beruf wird wieder verstärkt Assistenzfunktionen übernehmen und sich wieder – auch in der Praxis – stärker den Bezugswissen-

Soziale Arbeit braucht Solidarität

Der Beruf Sozialarbeiterin¹ als eigenständig nach klarem professionellem Standard Handelnde hat wenig Zukunft, wenn die Berufsgruppe es nicht schnell schafft, sich zu vereinigen. Viele Interessengruppen wirken zurzeit auf die zukünftige Gestaltung des Berufes ein. Am wenigsten Interesse an der zukünftigen Ausrichtung des Berufes und an der Sicherung der Ar-

beitsfelder Soziale Arbeit scheinen die Sozialarbeiterinnen in der Praxis zu haben. Sie überlassen diese den Anstellungsträgern, den Hochschulen und wenigen Aktiven der Berufspolitik.

Immer noch sind die meisten Praktikerinnen der Meinung, dass es genüge, wenn sie vor Ort als Einzelkämpfer oder Arbeitsteams jeweils mit ihren Arbeitgebern um

FRIEDRICH MAUS

schaften unterwerfen. Die Praktikerinnen hatten und haben heute kaum Einfluss auf die Gestaltung des Berufes. Ein weiteres Problem wird sein, dass Studiengänge sich immer mehr entfernen von der generalistischen hin zu einer fachspezifischen Ausbildung. In der Praxis erleben wir eine zunehmende Orientierung an den Tätigkeitsfeldern der Sozialen Arbeit, und

FUSSNOTE

1 Ich gebrauche in diesem Aufsatz durchgehend die weibliche Form. Die Mehrzahl der in der Sozialen Arbeit Tätigen sind weiblich.

bereits im Bachelor-Studium versuchen die Hochschulen, die Kompetenzen zu vermitteln, deren Notwendigkeit sie in den jeweiligen Praxisfeldern vermuten. Die Forderung des DBSH nach einem generalistischen Studium im Bachelorstudiengang und der Vermittlung von Schlüssel- bzw. Kernkompetenzen (s. Schlüsselkompetenzen für die Soziale Arbeit, Maus, Nodes Röh, Schwalbach/Ts. 2008) und einer Spezialisierung erst in den Masterstudiengängen wird ignoriert.

Die berufliche Identifikation der Kolleginnen als Sozialarbeiterin wird allgemein als gering erlebt. Man könnte fast meinen, dass Sozialarbeiterinnen Probleme haben, sich als solche zu definieren. Sozialarbeiterin zu sein scheint nichts, auf das man stolz sein könnte.

Nach wie vor lassen es die Kolleginnen in der Praxis zu, dass berufspolitische Fragen von den Ausbildungsstätten bzw. den Verantwortlichen in der Lehre bestimmt werden. Denn auch die großen Anstellungsträger wie Caritas, Diakonie und Kommunen befassen sich kaum mit berufspolitischen Professionsfragen.

Seit 100 Jahren werden Sozialarbeiterinnen für einen Beruf befähigt, ohne dass die Berufsträger wesentlich an der Ausbildung beteiligt sind. Nach wie vor sind es die „Bezugswissenschaftler“, die die Ausbildungslandschaft in der Sozialen Arbeit prägen. Nur ein Beispiel: Die Alice-Salomon-Hochschule vermerkt in der Ausgabe 19/2010 ihrer Zeitschrift stolz die Neuberufung von fünf ProfessorInnen, davon hat nur einer eine Ausbildung als Sozialarbeiter. Konkrete Praxiserfahrung „vor Ort“ wird aus den veröffentlichten Biographien bei keinem der Berufenen deutlich. Für andere Berufe in Deutschland sind es vor allem die Berufsträger, die Standards für den Beruf bestimmen, sei es durch Kammern (wie bei z.B. bei den Ärzten, Psychotherapeuten und Anwälten) oder im handwerklichen Bereich die Innungen und auch Handwerkskammern.

In den letzten Jahren ist festzustellen, dass Arbeitsplätze, die früher als für Sozialarbeiterinnen sicher galten, mehr und mehr von Berufsfremden besetzt werden. Bei Stellenausschreibungen ist meist zu lesen: Gesucht wird eine Sozialarbeiterin mit staatlicher Anerkennung oder gleicher Berufsqualifikation. Was ist gleiche Berufsqualifikation – Theologie, Pädagogik, Psychologie, Jura? Kann man sich vorstellen, dass eine Ausschreibung auch für Ärzte, Juristen, Lehrer etc. eine solche Formulierung beinhaltet?

Die staatliche Anerkennung – ein weiterer Punkt, der hier anzuführen ist – wird in vielen Ländern nur noch formal erteilt, zusammen mit der Bachelor-Urkunde, und evtl. in den nächsten Jahren ganz wegfallen. Verbunden war, und in einigen Bundesländern ist dies (noch) mit einem Anerkennungs-jahr in der Praxis. Hier hatte die Berufspraxis Einfluss, den sie mehr oder weniger aktiv genutzt hat. Umgekehrt gab es zumindest über die Studierenden eine Rückkopplung der Lehre mit der beruflichen Praxis.

Im Übrigen bietet der Zusatz „staatlich anerkannt“ den einzigen rechtlichen Schutz der Berufsbezeichnung. Der Begriff Sozialarbeiterin selbst ist rechtlich nicht geschützt.

Nach wie vor liegen die Sozialarbeiterinnen gehaltsmäßig im Vergleich mit ähnlichen Studienabschlüssen ganz hinten. Die Einsparungen im Zusammenhang mit den Bemühungen der Politik, die öffentliche Verschuldung herunterzufahren, wird, aller Voraussicht nach, vor allem den sozialen Bereich treffen. Die Konkurrenz der Berufskolleginnen untereinander wird zwangsläufig zunehmen. Die Anzahl der Spezialisten mit teuren Zusatzqualifikationen, weil in der Regel besser bezahlt, wird wachsen und so auch zu einer weiteren Segmentierung der Sozialen Arbeit führen. Die Klienten werden dann noch mehr eingeteilt werden in solche, die noch der Mühe wert sind, und Klienten, die

aufgegeben und nur noch (vielleicht dann nur noch von „Assistentinnen“, also Hilfskräften) verwaltet werden. Schon heute ist abzusehen, dass es bei der Beteiligung von freiwillig Engagierten (Ehrenamt) nicht nur um die Stärkung des bürgerschaftlichen Elements geht, sondern auch um Ersatz von professioneller, beruflicher Sozialarbeit.

Dies sind nur einige Punkte, die Fragen aufwerfen, für die schnell Antworten gefunden werden müssen. Nur muss klar sein, dass bei all den Antworten eben auch Interessen im Spiel sind. Und ob die Interessen der Hochschulen, der Lehrenden an den Hochschulen und der Anstellungsträger die Interessen der in der Praxis Tätigen sind, ist da zu bezweifeln.

Wir brauchen eine bessere berufliche Solidarisierung

Der Berufsverband kämpft seit Jahren um professionelle Standards, um eine stärkere berufliche Identität der Praktikerinnen und um bessere Bezahlung der Fachkräfte in der Sozialen Arbeit. In zahllosen Gesprächen, bei Vorträgen, Gastvorlesungen und bei Tagungen müssen wir immer wieder erfahren, dass die Bereitschaft der Kolleginnen, sich zu organisieren, sehr gering ist (dies gilt auch für die gewerkschaftliche Organisation in ver.di und GEW). Zuweilen sind es auch Einzelkämpferinnen, die sich begrenzt in ihrem Arbeitsbereich berufspolitisch engagieren. Aber der Großteil der Kolleginnen schaut zu und scheint erst einmal die großen Erfolge abzuwarten. Es scheint so zu sein, dass die Mehrheit der Sozialarbeiterinnen in Deutschland kein Interesse an der Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Berufsausübung über ihre tägliche Arbeit hinaus hat.

Die Diskussionen um die berufspolitische Richtung, um professionelle Standards oder um die Art und Weise des politischen Vorgehens ist nicht jedermanns Sache. Das ist verständlich. Nicht zu ver-

Im Übrigen bietet der Zusatz „staatlich anerkannt“ den einzigen rechtlichen Schutz der Berufsbezeichnung. Der Begriff Sozialarbeiterin selbst ist rechtlich nicht geschützt.

Das Ziel aber müsste eine einheitliche berufspolitische Vertretung sein. ... Dazu gibt es bereits entsprechende Positionen und Arbeitspapiere des DBSH, die in der Fachwelt Anerkennung gefunden haben.



Autor

FRIEDRICH MAUS, Diplom-Sozialarbeiter (FH), seit 1972 in verschiedenen sozialen Arbeitsfelder als Diplom-Sozialarbeiter tätig, Mitglied im Geschäftsführenden Vorstand des DBSH, berufstätig als Referent im Caritasverband für die Diözese Mainz e.V. für die Arbeitsfelder Allgemeine Lebensberatung, Schuldnerberatung, Rechtliche Betreuung. Geschäftsführer der Caritas-Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Sicherung in der Hessen-Caritas. Mitglied der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbands – Regionalkommission Mitte, Mitglied in der Mitarbeitervertretung.

stehen aber sind die Anklagen, dass die Verbände zu wenig tun, also die Kolleginnen und Kollegen, die sich in ihrer Freizeit engagieren. Als jemand, der seit 40 Jahren engagiert für seinen Beruf und die Anerkennung der Sozialarbeit gekämpft hat und sich eingebracht hat, stelle ich fest, dass das ehrenamtliche Engagement schnell an Grenzen kommt, zumal die Nachfolgegenerationen immer weniger Interesse aufbringen, Verantwortung für berufspolitische Aktivitäten zu übernehmen. Dass Berufspolitik ein zähes und oft langwieriges Geschäft ist, das viel Geduld und Frustrationstoleranz erfordert und oft mit Verletzung (vorwiegend aus den eigenen Reihen) zu tun hat, macht es nicht leichter.

Die berufspolitische Arbeit muss in Zukunft stärker von Hauptberuflichen getan werden. Diese müssen ordentlich bezahlt werden, und dazu muss ein Verband auch entsprechend finanziell ausgestattet werden. Es ist auch nicht viel geholfen, wenn der Berufsstand sich aufteilt in Gruppierungen und Grüppchen.

Ein Anfang wäre, dass sich diese zu einem runden Tisch treffen und versuchen, Gemeinsamkeiten festzustellen, um dann gemeinsam gegen berufsfremde Interessen vorzugehen. Das Ziel aber müsste eine einheitliche berufspolitische Vertretung sein. Ob diese dann noch DBSH heißt, sei mal dahingestellt und ist auch nicht so wichtig. Ich denke, dass der DBSH sich in ein solches Gesamtbündnis einbringen würde und die Mehrheit seiner Mitglieder damit auf seiner Seite hätte. Letztlich hätte ein Berufsverband, der auch als Gewerkschaft anerkannt ist, mit 50 000 oder 100 000 Mitgliedern (das wäre in etwa die Hälfte der berufstätigen Sozialarbeiterinnen) mehr Gewicht, sowohl in der Politik, als auch bei den Anstellungsträgern und in der Ausbildung.

Die Fachhochschulen stehen in der Konkurrenz zu den Universitäten. Das bedeutet, dass Theorie und Wissensvermittlung in der Ausbildung zunehmen werden. Dies ist

nicht schlimm, wenn dafür gesorgt wird, dass die Hinführung zur beruflichen Praxis einen festen Platz hat – außerhalb der Hochschulen. Die Überlegungen großer Anstellungsträger, für Anfängerinnen „Trainee“ anzubieten, sind im Gange. Ob dies der richtige Weg ist, wage ich zu bezweifeln. Man könnte ja auch wieder an eine Renaissance der staatlichen Anerkennung denken. Warum sollte man nicht die Berufsbezeichnung und Anerkennung als Sozialarbeiterin in die Hände eines Berufsverbandes legen, das vom Berufsverband verantwortet wird? Von Kolleginnen in den großen kirchlichen Wohlfahrtsverbänden höre ich immer wieder, dass die berufspolitischen Standards von der Caritas und der Diakonie gut entwickelt und vertreten würden und somit eine andere, außerhalb der Verbände liegende Berufsvertretung nicht gebraucht würde.

Hierzu sei gesagt, dass die Verbände zunehmend als Dienstleister auf dem „Markt“ des Sozialen tätig sein müssen und ihre „Produkte“ so gestalten müssen, dass sie gekauft werden. Wie bereits in einigen Bereichen festzustellen ist, geht es da nicht so sehr um die wirkliche professionelle Qualität, sondern eher um die Kosten. Einer damit verbundenen zunehmenden Deprofessionalisierung kann nur begegnet werden, wenn der Beruf sich außerhalb von Markt und damit verbundener Konkurrenz auf professionelle Standards einigt und sie durchsetzt.

Es gibt viel zu tun?

Für die Zukunft des Berufes ist ein rechtlicher Schutz des Berufes wichtig. Dazu gibt es drei Wege:

1. Der Beruf wird verkammert. Dies wurde vor Jahren vom DBSH für das Land Bayern versucht. Es scheint so, dass eine Verkammerung auch im Blick auf ein stärkeres gemeinsames Europa politisch nicht durchsetzungsfähig ist.
2. Ein Berufsgesetz könnte sowohl Standards als auch Arbeitsfelder bzw. Tätigkeiten in der

Sozialen Arbeit schützen. Dazu ist es aber unabdingbar, dass feststeht, was Sozialarbeit ist, und in welchen Tätigkeiten ausschließlich Sozialarbeiterinnen tätig sein müssen. Da werden im Berufsfeld Sozialarbeit noch einige Fragen zu beantworten sein. Dieser Weg wird zurzeit verstärkt vom DBSH verfolgt.

3. Die Benennung des Berufes in entsprechenden gesetzlichen Regelungen, z.B. SGB II, SGB VIII, also nicht mehr das unverbindliche Wort „Fachkräfte oder Fachkraft“, sondern Sozialarbeiterin, wobei natürlich diese Bezeichnung rechtlich geschützt werden muss.

Dazu gibt es bereits entsprechende Positionen und Arbeitspapiere des DBSH, die in der Fachwelt Anerkennung gefunden haben und finden. Zu nennen sind hier diverse Positionen aus dem Fachbereich Jugendhilfe, die Qualitätsstandards für professionelle Sozialarbeit, die Schlüsselkompetenzen für Sozialarbeit und nicht zuletzt die Saarbrücker Erklärung für die Sicherung des Sozialen Friedens in unserem Land. In diesem Zusammenhang steht auch das Berufsregister für Soziale Arbeit.

Gerade im Zusammenhang mit einem rechtlichen Schutz des Berufes (Berufsgesetz) oder einer Benennung des Berufes in diversen Sozialgesetzen ist es notwendig, bestimmte Qualitätsstandards zu benennen und auf Dauer zu sichern. Und dazu brauchen wir mehr Berufstätige, die dies unterstützen. Also: Wir solidarisieren nicht nur Klienten, sondern auch uns. Es gibt vieles zu tun – packen wir's an? ■



Eigenverantwortung statt Solidarität

Thesen zur Entwicklung einer bürgerschaftlichen Sozialpolitik und ihren Folgen für die Soziale Arbeit

HANS-JÜRGEN DAHME, NORBERT WOHLFAHRT

Armut gilt als ein Problem, das wegen seiner ordnungspolitischen Folgen der staatlichen und gesellschaftlichen Bearbeitung bedarf.

1.

Bilanziert man die Sozialpolitik der letzten Jahre, muss man feststellen, dass die ausgleichende Wirkung des Sozialstaates weiter abnimmt. Wurden im Jahr 1999 soziale Ungleichheiten durch Steuersystem und Sozialversicherungen noch um 25 Prozent gemildert, so waren es 2006 nur noch 23 Prozent – der scheinbar kleine Unterschied wirkt sich in der Praxis erheblich aus. Die relative Einkommensarmut ist von 10,7 Prozent in 1999 auf 14,9 Prozent in 2006 gestiegen, 1990 hatte das einkommensstärkste Zehnte der Bevölkerung das 5,4-fache Einkommen des einkommensschwächsten Zehntels. 2006 hatte es bereits das 7,3-fache des Einkommens.

Der Trend zur Verfestigung von Armut und Ausgrenzung ist Gegenstand einer intensiv geführten gesellschaftlichen Debatte, die unter dem Stichwort Exklusion geführt wird. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung weist Arbeitslosigkeit als einen der wesentlichen Armutsgründe aus. Armut gilt als ein Problem, das wegen seiner ordnungspolitischen Folgen der staatlichen und gesellschaftlichen Bearbeitung bedarf. Die arbeitsmarktpolitischen, sozialrechtlichen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen müssen sich in zweifacher Hinsicht legitimieren: zum einen müssen sie geeignet sein, die gewünschten sozialpolitischen Wirkungen zu erzeugen und zum anderen müssen sie auch Zustimmung bei den Betroffenen (bspw. bei Bürgern wie bei Unternehmen) finden.

Die politische Selbstkritik umgeht dabei aber immer die eigentlich naheliegende Frage, warum die Marktwirtschaft regelmäßig und dauerhaft Populationen erzeugt, die vom Arbeitsleben ausgegrenzt und von Armut betroffen sind. Stattdessen wird die Frage in den Vordergrund gerückt, warum die von Exklusion Betroffenen die staatlich organisierten Inklusionsangebote nicht annehmen („spätromische Dekadenz“). Die Frage schließt gewöhnlich schon die Antwort mit ein: die Zahlung von „zu hohen Sozialtransfers“ ermöglicht es, sich in einer Art von „Nebenexistenz“ einzurichten, und deshalb muss man Arme mehr fördern als fördern, lautet die Schlussfolgerung. Ziel der staatlich verordneten Aktivierung ist die Stärkung von „Eigenverantwortung“ – und damit gerät die Zivilgesellschaft und die Soziale Arbeit in den Fokus der sozialstaatlichen Umbaudebatte, weil sie darauf verpflichtet werden soll, die Stärkung dieser Eigenverantwortung aus der Bürgerschaft selbst heraus zu organisieren und durchzusetzen.

2.

Mit dem Schlagwort von Governance bzw. Good Governance werden Anforderungen an die Zivilgesellschaft beschrieben, in denen dieser ein eigener Beitrag zum Gemeinwohl abverlangt wird, der sowohl staatskonform als auch staatsentlastend sein soll. Die aktuelle Zivilgesellschaftsdebatte mit ihren politischen Forderungen und Schlussfolgerungen ist (entgegen ihren eigenen Ansprüchen) im Grunde un-

LITERATUR

Literatur bei den Verfassern.

kritisch, da hier Hoffnungen verhandelt werden, z.B. der vermeintliche Wunsch des Bürgers nach wahrer Gemeinschaftlichkeit und klassenloser Harmonie, die sich politisch-praktisch wunderbar zur Legitimation einer Politik instrumentalisieren lassen, die Eigenverantwortung und Selbstführungsfähigkeit wieder in den Vordergrund stellt. Der deutsche Diskurs über Zivilgesellschaft ähnelt der vor Jahren geführten amerikanischen Kommunitarismusdebatte, da beide Diskurse um die moralische Erziehung des Bürgers kreisen und eine der Moral entspringende Gemeinschaftlichkeit zum Ziel haben.

Gemeinsam ist beiden auch, dass im Theoriedesign eine Kritik am Kapitalismus und seinen sozialen Folgen nicht vorgesehen ist und die Antwort ausbleibt, wie Gemeinschaft in einer Konkurrenzgesellschaft überhaupt möglich ist. Der offen oder versteckt ausgesprochene Hinweis darauf, dass in der Gesellschaft weitaus mehr Potenzial zur Betreuung und Pflege derjenigen vorhanden ist, um die sich der Sozialstaat kümmern muss, wird einerseits kritisch gegenüber den zivilgesellschaftlichen Organisationen geäußert (denen es scheinbar nicht gelungen sei, diese Ressource zu heben), andererseits wird aber auch deren zivilgesellschaftliche Funktion als Katalysator von Freiwilligenarbeit gefordert und normativ aufgewertet. Damit findet eine Neuinterpretation des Sozialstaatsgebots statt: sozial ist, wenn die Gesellschaft sich selbst – ohne staatliche Vorschriften – um diejenigen kümmert, die in der Konkurrenz gescheitert sind und damit einen Beitrag zur Steigerung der Wohlfahrt liefert.

Durch bürgerschaftliches Engagement sollen nicht nur die Sozialstaatskosten gesenkt werden, sondern eine neue Kultur des Helfens entstehen (ein Volk kümmert sich um seine Sozialfälle), die allerdings mit der Realität (Herausbildung von „Hartz IV-Kulturen“; Anwachsen der sog. „Unterschicht“) wenig zu tun hat.

3.

Ziel der aktuellen Sozialstaatsagenda ist es, allen Bürgern zu verdeutlichen, dass sie im neuen, nur noch Gewährleistungsfunktionen ausübenden Wohlfahrtsstaat, der zur Wohlfahrtsgesellschaft umgebaut wird, nicht nur mehr Eigenverantwortung für sich, sondern auch mehr Engagement für sozial benachteiligte Gruppen entwickeln müssen. Die Bürgergesellschaft kümmert sich in der Lesart der aktuellen Politik um Benachteiligte und Bedürftige, was bislang vor allem der Wohlfahrtsstaat organisiert und erledigt hat. Aktivierungspolitik gegenüber sozial Benachteiligten und Bedürftigen bedeutet aber auch, dass der Staat ihnen gegenüber, bei Pflichtverletzung, einen Erziehungsanspruch geltend macht, sich als „people changer“ positioniert, und mit Strafe und Exklusion droht, wenn sie die neue Arbeitsethik nicht internalisieren.

Die Soziale Arbeit, die bislang in den Sozialverbänden und kommunalen Einrichtungen der Daseinsvorsorge weitgehend als personenbezogene Hilfeleistung organisiert war, bekommt dadurch eine erweiterte Aufgaben-

Sozial ist, wenn die Gesellschaft sich selbst – ohne staatliche Vorschriften – um diejenigen kümmert, die in der Konkurrenz gescheitert sind und damit einen Beitrag zur Steigerung der Wohlfahrt liefert.

stellung: Soziale Arbeit soll sich von der einseitigen Fokussierung auf personenbezogene Hilfeprozesse und individualisierte Dienstleistungen wegbewegen hin zu einer aktivierenden Funktion in der lokalen Bürgergesellschaft, der auch punitive Funktionen zufallen. Diese bürgerschaftliche Soziale Arbeit, die Ehrenamtliche mobilisiert, fortbildet und bei der Stange hält, die Netzwerke bildet und in diesen Vertrauen stiftet, die Gelder akquiriert und Projektmanagement betreibt usw., ist das Produkt einer staatlichen Selbstkritik, die das erreichte Niveau sozialer Infrastrukturpolitik für nicht mehr finanzierbar hält und die Privatisierungsanstrengungen der letzten Jahre als nur bedingt erfolgreich beurteilt. Zunehmend zeigt sich nämlich, dass die Folgen der sozialstaatlichen Entwicklung auch eine ordnungspolitische Herausforderung darstellen und kleinräumige Lösungen verlangen.

Das „Projekt Bürgergesellschaft“ und das „Projekt Ökonomisierung“ sollen zusammenfinden und der Ort ihrer Zusammenführung ist der Sozialraum, in dem sich effiziente Leistungsketten mit engagementbereiten Bürgern kombinieren und auf diese Weise für eine Good Governance sorgen. Unterstützt und gefördert wird diese Entwicklung durch eine sozialstaatlich forcierte Dezentralisierungspolitik. Nicht nur in der Jugendhilfe wird die Sozialraumorientierung schon seit einigen Jahren groß geschrieben, die gesamte Sozialpolitik zeichnet sich mittlerweile dadurch aus, kommunalisiert und dezentralisiert zu werden. Insbesondere das Konzept der Sozialraumorientierung hat im Zuge der Dezentralisierung in den letzten Jahren Verbreitung gefunden und ist zu einem immer wichtiger werdenden Instrument der sozialen Dienstleistungserstellung geworden. Die Kommunalpolitik, die immer Berührungsängste gegenüber der klassischen Gemeinwesenarbeit (GWA) hatte, entdeckt die Sozialraumorientierung für sich (mit unterschiedlicher Begründung):

Im Rahmen des Quartiersmanagements kann die Sozialraumorientierung auch als ordnungspolitisches Instrument zur Kontrolle sozialer Räume vereinnahmt werden; manche Kommunen sehen in der Sozialraumorientierung die Möglichkeit zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements, zur Förderung der lokalen Demokratie und zur „Vergesellschaftung des Sozialstaates von unten“; für andere ist die „Aktivierung von Ressourcen im Sozialraum“ die letzte Möglichkeit angesichts einer „Reduzierung sozialstaatlicher Leistungen auf ein Mindestmaß“, soziale Hilfen überhaupt noch aufrechtzuerhalten, sei es auch um den Preis, dass Helfen sich reduziert auf die „Befähigung zur eigenverantwortlichen Existenzsicherung in Anerkennung gesellschaftlicher Regeln“.

4.

Die Attraktivität der neuen Sozialraumkonzepte für Politik und Verwaltung liegt offensichtlich in ihrer Anschlussfähigkeit an den aktuellen Effizienz- und Modernisierungsdiskurs wie auch an die in der Sozialpolitik allen Orten diskutierten Selbstregulierungserwartungen des aktivierenden Staates an den Bür-



ger; die Sozialraumdebatte – im Unterschied zum Lebensweltkonzept oder zum Konzept der Integrierten Hilfen – kreist also „hauptsächlich um Finanzierungs- und Planungsfragen“ wie um die sozialpolitisch geforderte stärkere Verknüpfung professionellen und ehrenamtlichen Handelns.

Eine so gewendete Sozialraumorientierung ist anschlussfähig an die beobachtbaren Kommunalisierungstendenzen. Sozialraumorientierte Ansätze müssen in diesem Kontext als deren lokale Anpassungsstrategie verstanden werden. Die neue „Raumorientierung der kommunalen Selbstverwaltung“ ist damit in erster Linie ein Steuerungsinstrument zur Restrukturierung des gewachsenen Systems sozialer Dienste im lokalen Sozialstaat. Sozialräumliches Arbeiten wird zur Effizienzsteuerung sozialer Dienste instrumentalisiert und dadurch auch entpolitisiert. Sozialräumliche Arbeitsansätze heute sind nur noch bedingt anschlussfähig an die Gemeinwesenarbeit älteren Typs. Sozialraumorientierte Soziale Arbeit ist Bestandteil einer sich auf Kostenmanagement reduzierenden Sozialpolitik.

Wenn sich sozialpolitisches Handeln insgesamt aufs Kappen, Umleiten und Manipulieren von Geldströmen bzw. Sozialtransfers reduziert, Effizienz letztlich wichtiger als Effektivität wird, dann darf es nicht verwundern, dass sich auch soziale Kommunalpolitik – trotz anderer Bekundungen – zu einer kostenzentrierten kommunalen Sozialpolitik entwickelt. Positiv ausgedrückt geht es um das intelligente Jonglieren mit der knapper werdenden Ressource Geld und damit um „technizistische Optimierung“. Die eigentlichen sozialen Probleme aber, die Sozialraumorientierung notwendig machen, verlieren in einer so fokussierten Debatte an Bedeutung oder geraten völlig aus dem Blick; dominant sind dann nur Fragen des Managens von Institutionen, institutionellen Kooperationen und Leistungserbringungsprozessen.

5.

Mit der (Wieder-)Belebung einer Gemeinwesenarbeit, die als methodisches Prinzip wesentlich darauf gerichtet war, die politischen und gesellschaftlichen Ursachen individueller Ausgrenztheit deutlich zu machen, hat das Programm einer bürgerschaftlichen Sozialarbeit wenig zu tun. Die scheinbar radikaldemokratische Semantik, in der Empowerment, Inklusion und Selbstverantwortung bemüht werden, ist ein Wortmas-

Wenn sich sozialpolitisches Handeln insgesamt aufs Kappen, Umleiten und Manipulieren von Geldströmen bzw.

Sozialtransfers reduziert, dann darf es nicht verwundern, dass sich auch soziale Kommunalpolitik – trotz anderer Bekundungen – zu einer kostenzentrierten kommunalen Sozialpolitik entwickelt.

kenspiel, um für eine klientenorientierte Sozialarbeit anschlussfähig zu erscheinen, praktisch formulieren diese Leitprinzipien aber eher die staatliche Zumutung an die Klienten des Sozialstaates, sich selbst dauerhaft um Integration bemühen zu müssen, auch wenn dafür immer weniger Mittel zur Verfügung stehen.

Die sozialpolitische Indienstnahme der Sozialen Arbeit wird von den Protagonisten der Zivilgesellschaft und den Vertretern der neuen Sozialraumorientierung genau anders herum gelesen: die bürgerschaftliche Sozialpolitik wird als Emanzipation von sozialstaatlichen Zumutungen und Beschränkungen der Vergangenheit und als eine neue Chance ausgewiesen, endlich eine partizipative Bürgergesellschaft verwirklichen zu können. Das Programm „Bürgergesellschaft“ wird als Chance gesehen, das Wohlfahrtsregime des aktivierenden Sozialstaat durch das Wohlfahrtsregime einer selbstaktiven Gesellschaft substituieren zu können, in dem der Bürger sich um seine sozialen Probleme selber kümmert und nebenbei den Staat auch noch mit allerlei Hinweisen befruchtet, was im Gemeinwesen alles noch kostengünstiger zu organisieren ginge. Bürgerschaftliche Sozialpolitik und Sozialarbeit dieser Art hat man früher mit dem Wort Armutsverwaltung beschrieben: heute wie vormals geht es vor allem darum, Armut ordnungspolitisch zu überwachen und die Kosten dafür überschaubar zu halten.

6.

Dieses Politikmodell ist kompatibel mit der beobachtbaren „Ökonomisierung des Leistungsempfängers“, der Verwandlung von Klienten in Kunden. Der Klient oder Hilfebedürftige soll im Zuge der Umwandlung der Geldtransfers in Sozialinvestitionen, gestützt durch soziale Dienstleistungen, weitergebildet oder qualifiziert werden.

Mittels Fallmanagement soll der Klient durch die Klippen eines versäulten Versorgungssystems gelotet und durch (Verhaltens-)Training auf die Wiedereingliederung in die Arbeitswelt vorbereitet werden. Dabei geht es zum einen darum seine Beschäftigungschancen zu erhöhen, zum anderen soll der Leistungsempfänger in sog. Arbeitsgelegenheiten selbst einen aktiven Beitrag zur Konsolidierung des von ihm in Anspruch genommenen und folglich strapazierten Sozialalets leisten. Das wird umso notwendiger, wie das wohlfahrtsstaatliche Arrangement „zu einem System strategischer Philanthropie“ umgebaut wird, das nur

Für die frei-gemeinnützigen Träger sozialer Dienste zeichnet sich dabei eine rasante Fahrt in eine immer ungewissere Zukunft ab.



Autoren

NORBERT WOHLFAHRT,
Jg. 1952, Dipl.-Sozialarbeiter,
Dr. rer. soc., Professor für Sozialmanagement an der Evangelischen Fachhochschule Rheinland-Westfalen-Lippe

Arbeitsschwerpunkte

Entwicklung Sozialer Dienste, Kommunale Sozialpolitik und Sozialverwaltung, Entwicklung von non-profit-Organisationen

Kontakt:

wohlfahrt@efh-bochum.de

E-Mail:

heinz-juergen.dahme@hs-magdeburg.de

noch den „wirklich Bedürftigen“ zur Verfügung stehen soll, also dem, der – behördlich festgestellt – keine sonstigen Alternativen mehr besitzt. Die Soziale Arbeit sieht sich dabei mit der Frage konfrontiert, was sie angesichts engagierter Bürger und bösartiger Dauerprobleme selbst zur Lösung sozialer Fragen beitragen kann. Vor dem Hintergrund des Sozialstaatsumbaus muss man diese Frage als Eröffnung einer Debatte sehen, die das methodische Instrumentarium sozialer Interventionen neu gewichtet und anzweifelt, ob Soziale Arbeit überhaupt in der Lage ist, sozialstaatlich gesetzte oder fachlich gewollte Zielsetzungen erfolgreich und wirkungsvoll umzusetzen. Charakteristisch für diese Debatte ist die Art und Weise, wie das Gelingen oder Scheitern methodischer Arbeit von den zur Verfügung stehenden Ressourcen und Integrationsmöglichkeiten abgetrennt wird und lediglich Fachlichkeit, Kompetenz und methodische Fertigkeiten der sozialen Profession zum Maßstab ihrer Wirkungsbeurteilung erhoben werden.

Die Herstellung einer „integrierten Versorgung bei Nutzung formeller und informeller Ressourcen“, die euphorisch als Ziel des Casemanagement angegeben wird, erweist sich in hohem Maße als abhängig von den politischen und administrativen Rahmenbedingungen, in die das methodische Handeln des Casemanagement eingebunden ist. Man könnte zugespitzt formulieren, dass die Anstrengung zu einer integrierten Versorgung in dem Maße zur Funktion einer personenbezogenen Methode gemacht wird, in dem die dafür zur Verfügung stehenden Mittel durch den Hilfeempfänger selbst erbracht werden sollen. Dieses Kunststück zu vollziehen, erweist sich dann als mehr oder weniger gelingende Professionalität.

7.

Das für das deutsche Sozialstaatsmodell fundamentale Subsidiaritätsprinzip mit seiner bedingten Vorrangigkeit frei-gemeinnütziger Träger verliert durch die neue Sozialstaatsagenda seine sozialpolitische Ordnungsfunktion, die sich vor allem auch darin äußerte, dass die Fortentwicklung der sozialen Infrastruktur nicht nur als partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und frei-gemeinnützigen Trägern vonstatten ging, sondern darüber hinaus dem Prinzip der bedarfsorientierten Planung sozialer Infrastruktur verpflichtet war. Subsidiarität, obwohl weiterhin im Sozialgesetzbuch verankert, wird dieser Bedeutung zunehmend entkleidet und in wachsendem Maße zu einer Folie für Privatisierungsprozesse und für die Deregulierung sozialer Dienste. Subsidiarität wird nur noch als Eigenverantwortung des Bürgers gelesen, und deshalb streicht die Sozialgesetzgebung zunehmend den Umfang unterstützender, beratender und begleitender sozialer Hilfen für den zum Fall gewordenen Bürger aus dem Leistungskatalog (wie z. B. jüngst im SGB III). Für die frei-gemeinnützigen Träger sozialer Dienste zeichnet sich dabei eine rasante Fahrt in eine immer ungewissere Zukunft ab. Die Planungsrisiken für Träger wie für Beschäftigte werden angesichts eines schrumpfenden staatlichen Leistungsspektrums sowie ange-

sichts vermehrter, europaweiter Ausschreibungsverfahren deutlich zunehmen.

Die wettbewerbszentrierte Modernisierung des sozialen Dienstleistungssektors ist für alle Beteiligten mit Risiken verbunden: Die freien Träger verlieren auf dem Weg in die sich immer dynamischer entwickelnde Sozialwirtschaft ihre ursprüngliche zivil gesellschaftliche Identität und tragen als Sozialwirtschaftsakteure das Risiko der Insolvenz; die Kommunen als Gewährleister sozialer Dienste und Hilfen vor Ort könnten sich – trotz aller Sparabsichten – künftig mit höheren Kosten für die Dienstleistungserstellung konfrontiert sehen, wenn die ehemaligen Sozialpartner aufgrund des verschärften Wettbewerbs vom Markt verschwinden und durch transnational agierende Sozialkonzerne ersetzt werden; für die Nutzer sozialer Dienste, den Bürger, ist noch völlig offen, wie sich die Qualität der zukünftig sozialwirtschaftlich erstellten sozialen Dienste entwickeln wird.

Lediglich für die Bediensteten ist der Weg in die Dienstleistungsgesellschaft mittlerweile einigermaßen klar: Der international zu beobachtende Trend von stetig steigenden Anforderungen an die soziale Dienstleistungserbringung (bis hin zur Akademisierung der sozialen Berufe) und kontinuierlich sinkendem Einkommen der Beschäftigten, kennzeichnet auch den deutschen Entwicklungspfad in die Sozialwirtschaft.

8.

Der Effizienzstaat, der sich vor allem durch Konsolidierungs- und Austeritätspolitik kennzeichnet, bedroht mehrfach die Zivilgesellschaft und die noch vorhandene Solidarität, die er lautstark fordert und einklagt. Durch den neuen Politikstil wird der Bürger (aber auch zivilgesellschaftliche Organisationen) in den demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten eingeschränkt bzw. durch den Zwang befristeter wie beschleunigter Entscheidungs- bzw. Zustimmungsprozeduren auf Konsens verpflichtet (daran ändert auch der Tatbestand nichts, dass viele zivilgesellschaftliche Organisationen die ihnen abverlangten Änderungen freiwillig nachvollziehen, weil sie auf Grund ihrer Staatsabhängigkeit in der „Sozialpartnerschaft“ die einzige Überlebenschance sehen).

Die Indiennahme zivilgesellschaftlicher Organisationen (wie z. B. die der Freien Wohlfahrtspflege im sozialen Dienstleistungssektor) zur Erfüllung staatlicher Konsolidierungsziele zwingt diesen nicht nur eine effizienzorientierte Organisations- und eine kostenfokussierte Qualitätspolitik auf, die die Arbeit der dort Beschäftigten letztlich deprofessionalisiert und prekär werden lässt; zivilgesellschaftliche Organisationen verlieren durch die ihnen aufgezwungene Effizienz- und Wettbewerbspolitik vor allem ihren zivilgesellschaftlichen Charakter, werden ebenfalls ökonomisiert und wandeln sich letztlich (wie das Beispiel der Wohlfahrtsverbände deutlich zeigt) zu Sozialbetrieben. Die gegenwärtig Politik zerstört eher das, was sie vorgibt zu befördern: die Zivilgesellschaft und die Solidarität! ■



Solidarität – Fordern statt Fördern

PETER HERRMANN

Solidarität scheint zumindest in vieler, wenn nicht gar in aller Munde – und dies ist natürlich vor allem ein Zeichen der üblichen Nachkrisen-Katerstimmung. Auch in dieser Ausgabe finden sich die Entwicklungen im Sozialwesen nachgezeichnet (s. d. Beitrag von Dahme und Wohlfahrt in FS 3/2010), und in der Tat ließen sich endlos Seiten füllen mit Details und Beispielen darüber, wie dieses Wesen, welches wir Gesellschaft nennen, den sozialen Charakter scheinbar verliert. Und wenn dann in der Saarbrücker Erklärung (siehe ebenfalls in FS 3/2010) der christliche Nachwuchspolitiker Mißfelder zitiert wird – „Die Erhöhung von Hartz IV war ein Anschlag für die Tabak- und Spirituosenindustrie“ –, so muss man zugleich freilich fragen: Ist es denn wirklich so, dass Solidarität heute eine so verbreitete Forderung und Orientierung ist? In dem folgenden Beitrag wird die These vertreten, dass ein ganz wesentliches Problem bei der Diskussion um Solidarität darin besteht, dass um etwas gestritten wird, was eigentlich nicht gemeint ist. Und wenngleich sicher provokativ und nur halb zutreffend, so mag doch zu bedenken sein, dass vielfach Klagen über den Abbau des Sozialstaates auch etwas Gefährliches haben, sofern solche Aussagen auch oft vom eigentlichen Problem ablenken – gerade auch von dem Problem, um das es bei der Diskussion um Solidarität geht. Daran anknüpfend wird vorgeschlagen, wie Solidarität in der Perspektive des Social Quality Approaches (s. www.socialquality.eu) zu entwickeln ist.

Eigentlich müssen wir nicht die Krise erklären, sondern vielmehr die Nicht-Krisenzeiten.

Sozialstaat in der Krise

Auf den Sozialstaat in der Krise lässt sich auf unterschiedliche Weise blicken. Zum einen ist die Frage zu beantworten, wie der Sozialstaat in der Krise aufgestellt ist; zum anderen aber ist der Blick auch auf die Krise des Sozialstaates selbst zu richten. Letzteres ist wichtig, da wohl nur so möglich ist, nicht nur auf die Gründe der Krise zu blicken, sondern die Diskussion um sozialpolitische Fragen zu erweitern.

Einige Gedanken zur Kriseneinschätzung

Es soll hier nicht wirklich eine weitere Einschätzung der gegenwärtigen Krise angeführt werden noch soll auf die Tatsache eingegangen werden, dass diese Krise zwar einen außergewöhnlichen heftigen Ausschlag darstellt, aber insgesamt doch nur in einer Reihe sich stets wiederholender Normalität kapitalistischen Alltags darstellt. Wie Paul Sweezy kurz und treffend bemerkt: „Die Normalität des reifen kapitalistischen Systems ist Stagnation. In dem Maß, in dem sich entwickelte kapitalistische Gesellschaften nicht in einer Staginationsphase befinden, muss die Erklärung in äußeren, nicht-wirtschaftlichen Kräften gesucht werden.“¹

Lassen wir einmal dahingestellt, wie genau dieses Außen zu verstehen ist, so ist der zentrale Punkt doch, dass wir eigentlich nicht die Krise erklären müssen, sondern vielmehr die Nicht-Krisenzeiten. Lassen wir ebenso die tatsächlichen komplexen i. e. S. ökonomischen

FUSSNOTE

1 Sweezy, Paul M., 1994: The Triumph of Finance Capital; in: Monthly Review: June; www.monthlyreview.org/940600sweezy.php – 18. Juli 2010 – Übersetzung P.H.



mischen Aspekte beiseite, so soll hier betont sein, dass sich ja ökonomische Verhältnisse immer nur als eine spezifische Art der Materialisierung, Formalisierung und Institutionalisierung sozialer Verhältnisse ergeben. Dies bedeutet umgekehrt auch, dass die Betrachtung sozial(politischer) Realitäten immer davon ausgehen muss, dass es sich eben um solche Widerspiegelungen handelt. Der Punkt, der sich daraus ergibt, ist oft übersehen: von gesellschaftlicher Solidarität zu sprechen, ist kaum sinnvoll, denn den Sozial- oder Wohlfahrtsstaat als Ausdruck von Solidarität vorzustellen, führt nur zu leicht in die Irre.

Der offensichtliche Grund ist, dass Solidarität im Sinne des Abgebens sehr schnell an die Grenzen stößt. Der Wohlfahrtsstaat – und gleiches gilt cum grano salis für den Sozialstaat – findet seine Akzeptanz durch die Herrschenden nur in der Tatsache, dass er gleichsam außerhalb des Wirtschaftsgeschehens angesiedelt ist. Beveridge, der allgemein als Gründer anerkannt ist,² wollte damit eine Antwort auf die „five giants“ geben, namentlich: „want, disease, ignorance, squalor and idleness.“ Dies bedeutet, dass das Konzept eben in moralischen oder normativen Prinzipien gedacht war und auf eine „gesamtgesellschaftliche Solidarität“ aufgebaut war, anstatt an die tatsächliche gesellschaftliche Realität anzuknüpfen. In diesem Sinn können wir ebenso gut von einem modernisierten Konzept der alten Charity-Ideale sprechen, die das viktorianische Zeitalter prägten und als komplementär für den wirtschaftlichen Liberalismus gelten müssen.³ – Freilich muss man sich dafür hüten, das Kind mit dem

Eines der wichtigen Probleme ist, dass der Sozialstaat längst das Soziale aus den Augen verloren hat bzw. es eigentlich im eigenen Blickfeld immer nur in verschwommener Weise mitgetragen hat.

FUSSNOTEN

2 Wie gesagt, es geht primär um den Wohlfahrts- nicht um den Sozialstaat, der eher auf Bismarck zurückgeht.

3 Siehe in diesem Zusammenhang Herrmann, Peter (i.V.): *Encore Citizenship – Revisiting or Redefining?*; in: *New Princeloms – Critical Remarks on Claimed Alternatives by New Life Worlds*; Amsterdam: Rozenberg

4 Herrmann, Peter, 2010: *Maßlosigkeit Internationaler Sozialer Arbeit*; in: *Maßlosigkeit Internationaler Sozialer Arbeit*; in: *Forum Sozial*; Hrsg.: *Deutscher Berufsverband Soziale Arbeit e.V.*; Ausgabe 2/2010 [April]: 9–13

Bade auszuschütten. Nur sollte man sich ebenso davor hüten, eine Kinderbadewanne mit einem Trainingsbecken für Olympiawettbewerbe zu verwechseln.

Dies geht über in das zweite Argument – und berührt damit auch den tiefer liegenden Punkt. Eine gesamtgesellschaftliche Solidarität zu sprechen, muss natürlich zweifelhaft sein, solange man sich in einer Gesellschaft bewegt, die eben durch widersprüchliche Interessen gekennzeichnet ist. Und die Widersprüche sind eben nicht in moralischen Unstimmigkeiten und Neid oder individuell übertriebenem Konkurrenzverhalten begründet, sondern in einer bestimmten Funktionsweise des Wirtschaftens und damit eben auch dieses Wohlfahrtsstaates.

Sozialpolitische Realitäten

Die sozialen und sozialpolitischen Wirklichkeiten müssen hier nicht wiederholt werden. Allerdings soll kritisch bemerkt werden, dass die Verteidigungshaltung gegenüber dem Abbau des Sozialstaates leicht etwas vom Vergießen von Krokodilstränen hat. Es kann eben nicht vornehmlich darum gehen, einem Sozialstaat nachzutruern. Eines der wichtigen Probleme ist, dass der Sozialstaat längst das Soziale aus den Augen verloren hat bzw. es eigentlich im eigenen Blickfeld immer nur in verschwommener Weise mitgetragen hat. Der Rahmen für eine solche Einschätzung wurde bereits an anderer Stelle in dieser Zeitschrift entwickelt.⁴ Weder der Sozial- noch der Wohlfahrtsstaat in traditionellem Verständnis kann hier eine Antwort bieten und vieles, was beispielsweise derzeit unter aktuellen Gesichtspunkten wichtiger- und richtigerweise problematisiert wird, wurde ja immer wieder vorgebracht. Eines der wesentlichen Ziele war es eben immer auch, Desintegration gleichsam abzufedern und (dadurch) Legitimation zu sichern. In diesem Rahmen macht eben auch die Forderung nach „gesamtgesellschaftlicher Solidarität“ Sinn. Mehr noch: in einer solchen Perspektive muss Solidarität gesamtgesellschaftliche gedacht werden und sie macht nur in einer solchen konfliktneutralen Interpretation Sinn. Und damit geht sie an der Forderung vorbei...

Solidarität – Förderung der Forderung

Solidarität muss gerade aber bei weitem nicht nur in Krisenzeiten wieder mehr provokativ gedacht werden. Sicher ist die moralische oder normative Seite dabei wichtig. Wenn man aber von der Perspektive sozialer Qualität her argumentiert, so ergibt sich die Notwendigkeit stärker konfliktorientiert zu argumentieren. Es handelt sich dabei um eine Diskussion, die bisher in den eigenen Reihen der Europäischen Stiftung für Soziale Qualität, auf die sich mein Ansatz bezieht (s.o.), nicht geführt wurde. Eher ist es umgekehrt, dass in vielerlei Hinsicht das Konzept soziale Qualität harmonistisch aufzutreten scheint und oft in einem Licht auftritt, welches eine Interpretation zulässt, die leicht als normativ geleitet missverstanden werden kann. Und dies ist auch zum Teil durchaus gewollt, wenn man

KONDITIONALE FAKTOREN <i>Prozesse</i>	KONSTITUTIONELLE FAKTOREN <i>Gelegenheiten und unterschiedliche Optionen</i>	NORMATIVE FAKTOREN <i>Orientierung</i>
Personale (menschliche) Sicherheit	Sozialwirtschaftliche Sicherheit	Soziale Gerechtigkeit
Soziale Wahrnehmung	Soziale Kohäsion	Solidarität ¹
Soziale Ansprechbarkeit	Soziale Inklusion	Gleichwertigkeit
Personale (menschliche) Kapazitäten	Soziale Ermächtigung	Menschenwürde
Profile	Indikatoren	Kriteriengeleitete Beurteilung

1 Dies kann hier durchaus stehen bleiben und gewinnt dann an dieser Stelle eine spezifischere Bedeutung

einmal davon ausgeht, dass es eben vor allem darum gehen soll, die zwei Achsen der dialektischen Spannung, namentlich

- zwischen biographischer und gesellschaftlicher Entwicklung sowie
- zwischen „Gemeinschaft“ und „Gesellschaft“,

in eine produktive Spannung zu übersetzen, die Soziales dann als verwirklichte Relationalität versteht. Brent Slife entwickelt die Bedeutung, in dem er schwache und starke Relationalität gegenüberstellt. Auf der einen Seite stehen „Beziehungen und Praktiken mit gegenseitigem Austausch von Informationen zwischen im wesentlichen selbst-orientierten Organismen, ... letztlich bleiben es Individualismen oder Atomismen“.⁵

Dem stehen starke Beziehungsverhältnisse gegenüber. Dort geht es um „eine ontologische Beziehungshaftigkeit. Beziehungen sind nicht einfach Interaktionen zwischen ursprünglich unverbundenem; Beziehungen sind ‚durch und durch‘ beziehungshaftig. Dinge sind nicht zunächst selbstbezogen und treten dann in Beziehung zueinander. Jedes Ding, und ebenso jede Person, ist von Beginn an und durchgehend ein Geflecht von Beziehungen.“⁶

Eine solche Sicht kann leicht in Harmonismus übersetzt werden, weil es ja im Grunde um Verhältnisse zwischen Menschen geht, die sich selbst, unabhängig von ihrer eigenen Lage, positionieren. In Ahnlehnung an die E. Bernstein'sche Formulierung könnte man hier sagen: Die Beziehung ist Alles, ihre Art ist Nichts.

Aber genau dies ist ein anderer Punkt, der auch im SQ-Ansatz angelegt ist: Die Beziehung ist nichts, solange sie nicht auch ein bestimmtes Resultat zeitigt. Und dieses Resultat muss qualitativ bestimmt werden und nicht nach formalen und qualitative bestimmbaren einfachen Kriterien. In diesem Sinne gelangt man dann schnell zu dem Punkt, wo sich soziale Qualität eben letztlich nur durch die Abarbeitung von

Solidarität bestimmt sich nicht nach „gutem Willen für die Gemeinschaft“, sondern danach, wie in dem Konfliktfeld unterschiedlicher Interessen die Positionierung von Gruppen in Beziehungen zueinander gesetzt werden.

FUSSNOTEN

5 Slife, Brent F., 2004: Taking Practice Seriously: Toward a Relational Ontology; in: Journal of Theoretical and Philosophical Psychology; 24.2; 157-178; here: 158; Übersetzung P.H.)

6 ebd., S. 159

7 s. Herrmann, Peter, in Vorbereitung: Making Sense of (Personal) History by Experiencing the Presence. Notes in Preparation of a Presentation on Occasion of the Symposium Migrant Security 2010; University of Southern Queensland, July 2010; Cork/Aghabullogue



Konflikten erlangen lässt. Beziehungen sind dann noch weiter zu bestimmen und ergeben sich nicht nur als starke Relationalität im beschriebenen Sinne, sondern als mehrfache ausgeprägte Relationalität oder starke beziehungsmäßige Integrität, wie ich es kürzlich während eines Symposiums in Twoowoomba zu Migrationsfragen entwickelt habe.⁷

Von hier lassen sich mit Blick auf Solidarität zwei wichtige Schlussfolgerungen ziehen:

- Zum einen: Solidarität bestimmt sich nicht nach „gutem Willen für die Gemeinschaft“, sondern danach, wie in dem Konfliktfeld unterschiedlicher Interessen die Positionierung von Gruppen in Beziehungen zueinander gesetzt werden. Dies bedeutet: es geht zum einen um die Bestimmung von konditionalen, konstitutionellen und normativen Faktoren.

Wichtig ist zu betonen, dass einer dieser Faktorenkomplexe unabhängig von den anderen bestimmt werden kann. Sie ergeben sich erst in dem gegenseitigen und multiplen Bestimmungsgeflecht, d.h. konditionale und konstitutionelle Faktoren in ihrem Zusammenwirken – und nur so – bestimmen die normativen Faktoren; konstitutionelle und normative Faktoren in ihrem Zusammenwirken – und nur so – bestimmen die konditionellen Faktoren etc.

- Zum anderen geht es in diesem Zusammen- und Gegeneinanderspiel immer auch um die Bestimmung der Ressourcenverteilung. Wenngleich die Bestimmung Sozialer Qualität als Idealtypus einerseits in gewisser Weise eine Idealverteilung aufweist, die relativ unabhängig von Umverteilungen besteht, so ist doch andererseits unabdingbar klar zu machen, dass die konkrete Verteilung sich nach Maßgabe der Position im gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozess ergibt.

Offenkundig geht es dabei um Verteilung und Umverteilung von materiellen Ressourcen – wenn man so



Autor

PETER HERRMANN, Dr. phil. Studium der Soziologie (Bielefeld, Deutschland), Wirtschaftswissenschaften (Hamburg, Deutschland), Politischen Wissenschaft (Berlin, Deutschland) und Philosophie (Bremen, Deutschland). Unterrichtet(e) an verschiedenen Hochschulen innerhalb der EU. Gegenwärtig Korrespondent des Max Planck-Instituts für Ausländisches und Internationales Sozialrecht (München, Deutschland); Senior-Berater der Europäischen Stiftung für Soziale Qualität (Den Haag, Niederlande), Direktor des unabhängigen Forschungs-instituts European Social, Organisational and Science Consultancy (Aghabullogue, Irland) und Lehre an der Universität Cork, Institut für angewandte Sozialwissenschaften, wo er die Position eines adjunct senior lecturers des Departments hält. Er ist ebenfalls adjunct professor an der Universität von Ostfinland, Fachbereich für Sozialwissenschaften, Kuopio, Finnland. Zudem hatte er verschiedene Gastprofessuren, ist in dieser Funktion derzeit an der Corvinus Universität, Budapest. Bis Ende 2009 Mitglied des Vorstandes des European Social Action Networks (ESAN, Brüssel, Belgien/Lille, Frankreich), dieses Netzwerk vertretend in der Plattform der EU-Sozial-Nichtregierungsorganisationen. Mitglied in verschiedenen Zeitschriften-Beiräten; Herausgeber der Buchreihe Applied Social Studies – Recent Developments, International and Comparative Perspectives (New York, USA); peer-reviewing für verschiedene Zeitschriften des Sozialwesens und Buchserien. Gegenwärtig ist er Gastwissenschaftler am Cairns Institute der James Cook University, Australien.

will: die „alte soziale Frage“. Hier sind natürlich auch die alten Solidaritätslinien relevant. Zugleich aber geht es auch darum, dass es – bei der Forderung nach sozialer Qualität mehr noch als schon bei den alten Umverteilungsfragen – nicht nur um Umverteilung des Produzierten geht, sondern um weitaus mehr, wobei zwei Momente zusammenkommen:

Erstens, gefordert ist eine Strukturorientierung, die auf die Produktion des Sozialen gerichtet ist. Bezugspunkt sind hier nicht nur und in gewisser Weise nicht primär Verteilungsfragen, sondern Machtfragen. Und Bezugspunkt dieser Machtfragen ist die soziale Machtstellung. Dies kann an die Definition des Sozialen im Rahmen des Social Quality Approach angeknüpft werden, wonach es sich um das Ergebnis der Interaktion zwischen Menschen mit ihrer Handlungskapazität und zwischen den Menschen und ihrer natürlichen und erbauten Umwelt. – Die Stellung im Produktionsprozess i. e. S. ist dabei nur ein – wenngleich ungemein – wichtiger Aspekt. Ein Anknüpfungspunkt, der kritisch in die Analyse einzubeziehen ist, kann sicher trotz aller Vorbehalte auch im Capability-Ansatz gesehen werden.

Zweitens, die Produktion des Sozialen kann sich dabei zumindest in heuristischer Weise auch an Bourdieu und dessen Reflektionen zu den drei Formen des Kapitals orientieren. Bekanntermaßen geht es ihm dabei darum, die Produktion des Selbst, der sozialen Persönlichkeiten, nicht zu letzt als Teil des Wirtschaftsprozesses zu begreifen und dabei nicht nur materielle Versorgung zu betrachten, sondern eben die Bedeutung für die Persönlichkeitsentwicklung insgesamt zu sehen. Dies ist hilfreich auch für die Entwicklung eines Verständnisses für Solidarität, welches den heutigen Bedingungen globalen und sich globalisierenden Kapitalismus angemessen ist, anstatt sich auf traditionelle Unternehmens-, Sektor- und Nationalstaatsstrukturen zu beziehen. Allerdings ist es zugleich wichtig, Bourdieus Ansatz auf die Füße zu stellen und klar zu machen, dass bei einer solchen Sicht auch einzubeziehen ist, dass der Produktionsprozess selbst inhärent bestimmte Hierarchien und i. w. S. Persönlichkeitsmuster hervorbringt. Konkret bedeutet dies, tatsächlich die Orientierung umzusetzen, die er am Anfang seines seinerzeitigen Aufsatzes nennt, in dem er 1983 dieses Konzept erstmals ausführlich diskutiert.⁸

Vom Blick auf beide Bereiche wird auch deutlich, dass solidaritätsgerichtete Sozialgesetzgebung tatsächlich, will sie diesen Namen halbwegs zu Recht, tragen, sich nicht darauf kaprizieren kann, dem positiven Recht zu folgen und sich auf eine Schutzfunktion beschränken. Bekanntlich bezieht sich eine solche positivistische Perspektive auf ein imaginiertes Mängelwesen Mensch (Herder, später Gehlen) und weist dem Recht dann die Funktion zu, Instrumente zu liefern, die sich dann notwendig ergebenden Unsicherheiten zu bewältigen (s. etwa den Rechtspositivismus bei H. L. A. Hart).

Vielmehr muss Sozialrecht sich in hohem Maß einerseits als aktives Eingriffsrecht verstehen und andererseits einen Raum zu Kollektivrecht bieten. Letzteres verlangt kollektive Bedeutung, und zugleich geht es darum, sich um kollektive Rechtssetzungsprozesse zu bemühen. Ob und in welcher Weise common law als solches eine Perspektive bieten kann, muss hier un-

diskutiert bleiben. Anerkannt werden muss die Forderung, dass Rechtssetzungsprozess wie Rechtsanwendungsprozesse in besonderem Masse davon abhängen, dass in ihnen Recht gesprochen wird und nicht schlicht Gesetze angewendet werden.

Als wichtiger Bereich sind die sozialen Dienste zu nennen, die leider zu wenig Beachtung in der Solidaritätsdiskussion finden. Einerseits bleiben sie oft außerhalb der vor allem verteilungs-orientierten Solidaritätsdiskussion; andererseits werden bei ihrer Beachtung oft Gruppen gegeneinander ausgespielt: verschiedene Dienste-Nutzer, Nutzer – Beschäftigte, Nutzer – ‚allgemeine Öffentlichkeit‘ Solidarität vom Ansatz Sozialer Qualität her zu sehen bedeutet aber, dies zu vermeiden: erstens sind sie dann zentrales Moment eines „solidarischen Gesamtpaketes“, bei dem es um weit mehr geht als nur um Umverteilung. Zweitens sollten sie umdefiniert werden als POSSGIs, zu deutsch ‚Personen-Orientierte Sozialdienste im Allgemeininteresse (so genannt in einem Projekt von Eurodiaconia)‘.⁹

Schlussfolgerung

Der Gedanke an gesamtgesellschaftliche Solidarität ist sicherlich ein schöner – nur: über einen Traumstatus kommt er kaum hinaus, solange die Gesellschaft, in der er geträumt wird, vielleicht durch Verbundenheit zu zumindest verbal allgemein anerkannten Werten gekennzeichnet, zugleich aber unterschiedliche Interessen, und vor allem durch einen Funktionsmechanismus, der systematisch die Produktion des Sozialen untergräbt, gekennzeichnet ist. Solidarität muss daher wieder dem alten Gedanken der Klassen- und Gruppensolidarität nahe gebracht werden. Aus der Perspektive sozialer Qualität ergeben sich dabei Änderungsüberlegungen vor allem mit der Orientierung auf ein neues Verständnis des Wirtschaftens: Die Forderung, die Produktion des Sozialen i. S. eines nachhaltigen sozialökologischen Verhältnisses in den Mittelpunkt zu stellen. ■

FUSSNOTEN

⁸ s. Bourdieu, Pierre, 1983: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital; in: Soziale Ungleichheiten [Soziale Welt, Sonderheft 2], Hrsg.: Reinhard Kreckel. Göttingen: Otto Schartz & Co. 1983. pp. 183–98

⁹ http://www.eurodiaconia.org/files/Publications/General_Report_-_Final.pdf



Die Brücke der Solidarität, Duisburg

Soziale Arbeit als beruflich geleistete Solidarität

THOMAS SCHUMACHER

GESELLSCHAFTLICHE UND ETHISCHE IMPLIKATIONEN

Das Selbstbild der beruflich geleisteten Solidarität gibt der Sozialen Arbeit eine starke Handlungsperspektive. Auch wer es als eine Setzung des DBSH betrachtet, der dieses Bild seinen berufsethischen Prinzipien voranstellt, kommt nicht umhin zu sehen, dass es den Beruf an einem Ideal ausgerichtet hat, das zu den Grundwerten der Gesellschaft gehört. Die Botschaft, die es verkündet, ist klar und einleuchtend: Soziale Arbeit kümmert sich, und sie tut dies im Rahmen einer Verantwortung der Starken für die Schwachen. Warum sollte sich Soziale Arbeit mit ihrem öffentlichen Fürsorgeauftrag in einer anderen Rolle sehen als der, gesellschaftlich getragene Hilfe an Bedürftige weiterzureichen?

Solidarität als Markenzeichen des Sozialarbeitsberufs anzusehen, ist plausibel, birgt aber auch eine Irritation und eine Gefahr. Die Irritation besteht darin, dass die angesprochene Hilfe außer über das Merkmal, dass sie aus Steuermitteln finanziert ist, als Solidarleistung nicht leicht erkennbar ist. Es geht um komplexe Bedarfslagen mit individuellen Zuschnitten ebenso wie um strukturelle Fragen, die Kritik an den gesellschaft-

Soziale Arbeit kümmert sich, und sie tut dies im Rahmen einer Verantwortung der Starken für die Schwachen.

lichen Verhältnissen impliziert. Soziale Arbeit nimmt für sich in Anspruch, die angeforderte Hilfe nach eigenem Ermessen auszurichten und auszugestalten. Damit schafft sie ihren beruflichen Handlungsrahmen. Der subsidiäre Charakter ihrer Hilfe ist ein weiterer Hinweis darauf, dass die in der Sozialen Arbeit abgebildete Solidarität auch Ansprüche gegen die Schwachen formuliert.

Als Gefahr ist zu sehen, dass eine sich am Solidaritätsideal orientierende sozialarbeiterische Selbstsicht zu einem Klischee verkommt, wenn die Entsolidarisierungstendenzen in der Gesellschaft weiter voranschreiten. Eine Kluft wird deutlich, sofern Solidarität Anliegen Sozialer Arbeit, aber nicht länger von Gesellschaft ist. In doppelter Hinsicht also sollte sich die Soziale Arbeit um Klärung ihres Solidaritätsmotivs bemühen: zum einen, weil vielfältige Aufgabenstellungen im beruflich-professionellen Handlungskontext eine Diversifizierung bedeuten, die sich gegen Simplifizierung sperrt; zum andern, weil, wenn gesellschaftliche Prozesse sozialarbeiterische Ideale unterlaufen, das Gesellschaftsverständnis auf den Prüfstand gehört.

Solidarität als Symbol für Gesellschaft

Von welchem Gesellschaftsverständnis ist auszugehen? Grundsätzlich gibt es zwei Zugänge, die zu unterscheiden sind: Auf der einen Seite steht das Verständnis, dass Gesellschaft als ein Produkt menschlichen Willens sieht, gesetzt durch einen Vertrag, gestaltbar durch formale Machtstrukturen, geprägt und orientiert über normative Bezugspunkte (Werte).

Auf der anderen Seite gibt es die dynamische Sicht, die Gesellschaft als ein sich systemisch verhaltendes, autopoietisches Gebilde begreift, als einen Organismus, in dem menschlicher Wille und Wertebezüge nicht Gestaltungselemente, sondern Deutungen sind. Dem Bild des sich sozialen Leben autonom durch Regeln organisierenden, modernen Menschen tritt auf diese Weise das der postmodernen Gesellschaft gegenüber, die ihrerseits dazu neigt, die Vorstellung vom Menschen in systemische „Vielschichtigkeit“ (Kleve, 2008, S. 141) aufzulösen.

Die Diskussion, die sich andeutet, braucht nicht geführt zu werden. Solidarität als Merkmal von Gesellschaft zu verorten, gelingt beiden „Modellen“: In der postmodernen Sicht auf das menschliche Zusammenleben ist Solidarität ein funktionales Kriterium, das im besten Wortsinn systemrelevante Bedeutung hat. Versteht man Solidarität als Ausdruck für die Notwendigkeit, soziale Ungleichheit zu verringern und auf ein erträgliches Maß zu reduzieren, wird sich das System Gesellschaft nur erhalten können, wenn durch solidarische Strukturen sichergestellt ist, dass Spannungen im sozialen Gefüge abgebaut werden können. Fehlen solche Strukturen, droht dem System eine Störung, weil davon auszugehen ist, dass sich ohne sozialen Ausgleich Ungleichheiten verschärfen. Diese verstärken sich über Anreize, erreichte Privilegien festzuhalten, weiter oder provozieren die Rebellion derer, die sich im System nicht als Profiteure sehen. So oder so führt ein Fehlen von Solidarität in der Gesellschaft zu einer Dysfunktionalität, vorausgesetzt, die Funktionalität des Systems Gesellschaft kann darin bestimmt werden, soziales Zusammenleben in friedlicher Weise zu ermöglichen.

Eine Schwäche allerdings ist in der postmodernen Deutung erkennbar: Offene Systeme sind anpassungsfähig und regulieren Störungen auch durch eine Veränderung in der Funktionalität. So ist nicht auszuschließen, dass eine Gesellschaft auch ohne oder mit wenig Solidarität funktional bleibt. Wenn sie dabei von großem sozialen Gefälle geprägt ist und Machtstrukturen entwickelt hat, die Privilegierte begünstigen und Aufbegehren dagegen unterdrücken, ist das vielleicht zu bedauern, in der systemischen Interpretation aber nicht zu tadeln. Der Schwachpunkt liegt also darin, dass ein eindeutiges Verständnis dessen, was Gesellschaft sein soll, nicht möglich ist. Wird es in der systemisch-postmodernen Deutung dennoch angestrebt, ist das

So oder so führt ein Fehlen von Solidarität in der Gesellschaft zu einer Dysfunktionalität, vorausgesetzt, die Funktionalität des Systems Gesellschaft kann darin bestimmt werden, soziales Zusammenleben in friedlicher Weise zu ermöglichen.

im Grunde bereits ein Hinweis auf den Gegenentwurf eines Ideals, gemäß dem Gesellschaft nach klaren Vorstellungen gestaltet und dem menschlichen Willen unterstellt werden soll. Das angesprochene Bedauern ist bereits von solcher Vorstellung getragen.

Ob daher Gesellschaft postmodern als Wechselwirkungsdynamik systemischer Variablen gesehen oder als sinn- und wertorientierte Setzung einer Ordnung für das Zusammenleben aufgenommen wird, ist für das Verständnis von Solidarität als Symbol für Gesellschaft gleichgültig. Zwar läuft ein postmodern zu Ende gedachtes Gesellschaftsverständnis Gefahr, letztlich keines mehr zu sein und Solidarität als Haltepunkt zu verlieren; aber auf der anderen Seite geht jedes an einem Grundverständnis ausgerichtete Bild von Gesellschaft vom Ansatz der Beteiligung aller aus, in dem Solidarität zu einem Prinzip – zu einem Sozialprinzip wird (vgl. Schumacher, 2007, S. 71).

Das Prinzip der Solidarität setzt ein Bild vom Menschen voraus, das diesen in jeder Lebenslage von einem identischen Wesenskern her begreift. Das Wesen aber stellt den Wert dar, der daher allen Menschen – in Deutschland ist das gutes Recht – in gleicher Weise zukommt. Personalität, als Kennzeichen solchen Menschenwerts verstanden, geht auf diese Weise der Pflicht zur Solidarität voraus und wird etwa in der katholischen Soziallehre entsprechend ebenfalls als Sozialprinzip angesehen (vgl. Päpstlicher Rat, 2006, S. 131). Vom Menschen als Person auszugehen, bedeutet also immer auch die Pflicht, den Anderen als gleichwertig – und das heißt immer ausgestattet mit identischen Bedürfnissen – anzusehen. Es liegt auf der Hand, daraus die Forderung nach gleichen Verwirklichungschancen abzuleiten (vgl. Sen, 2002, S. 110). Sie begegnet uns zunächst als Forderung auf der zwischenmenschlichen Ebene. Aber sie begründet ebenso eine entsprechende Aufgabe und Pflicht für jedes Mitglied der Gesellschaft. Weiter gedacht, leitet sich daraus auch die Perspektive einer global dimensionierten Solidarität ab, wenn man sieht, wie Armut und Elend in Entwicklungsländern weltweit der Preis für den Wohlstand in den Industrieländern sind. Für diese „furchterlichen Zustände“ tragen Menschen gemeinsam Verantwortung und sind gemeinsam zur Lösung aufgerufen (vgl. Sen, 2002, S. 355).

Der Blick auf das große Ganze zeigt die Bedeutung der Solidaritätsthematik für den Menschen. Wir wissen längst, dass Raubbau an der Natur, Misswirtschaft, Korruption, Unterdrückung und Kriegstreiberei im heutigen Ausmaß das Überleben der Menschheit gefährden. Nicht anders – weil es zur Belastung der globalen Verhältnisse mit beiträgt – muss Sorge bereiten, wenn im nationalen Rahmen einer Gesellschaft Lebensverhältnisse aus dem Lot geraten und soziale Gräben entstehen. Ganz so, wie die Menschheit nur dann Zukunftsperspektive hat, wenn sie gleiche Verwirklichungschancen für alle bietet, braucht eine Gesellschaft den sozialen Ausgleich, durch den sie erst lebenswert wird. Eine lebenswerte Gesellschaft ist

FUSSNOTE

1 In diesem Zusammenhang ist auch zu sehen, dass Gemeinschaft nicht nur im Rahmen persönlicher Beziehung möglich wird; vielmehr ist überall dort von Gemeinschaft auszugehen, wo ein gemeinsamer Identifikationspunkt eine Beziehung auch gegenüber Fremden stiftet, die demselben Lebensprinzip folgen. Große Gemeinschaften sind die Weltreligionen, die über Begriffe wie Kirche im Christentum oder umma im Islam dieses Selbstverständnis auch anzeigen.



Straßenaktion „Stillleben Ruhrschnellweg“ auf der A 40 – Die längste Tafel der Welt

Baustein einer Lebensqualität bietenden Welt. So betrachtet ist Solidarität auf jeder Ebene nicht nur sozialer, sondern gleichsam existentieller Haltepunkt für den Menschen: auf der Mikroebene in der Beziehung zum Mitmenschen, auf der Mesoebene für die Inklusion in die Gesellschaft und auf der Makroebene zur Identifikation mit der Menschheit insgesamt.

Dennoch kann nicht davon ausgegangen werden, dass eine Gesellschaft von selbst solidarisch ist. Das ist ein wichtiger Unterschied zu allen Formen von Gemeinschaft, wo über ein Beziehungsgefüge solidarisches Handeln stets mit angelegt ist.¹ Demgegenüber ist Gesellschaft die Form für das Zusammenleben von Menschen, deren einziger gemeinsamer Bezugspunkt darin besteht, individuelle Interessen durchsetzen zu wollen. Zwei Grundfunktionen ergeben sich daraus für die Gesellschaft: einerseits die der Ermöglichung individueller Freiheit, damit solche Interessen verfolgt werden können; andererseits die der Begrenzung dieser Freiheit durch Regeln, die Schwächeren für die Verfolgung ihrer Interessen Schutz gewähren und damit zu tragfähigen Umgangsweisen miteinander führen. Beide Grundfunktionen finden in der Aufgabe zusammen, für tragfähige Solidarstrukturen zu sorgen. Erst eine entschieden realisierte, gesellschaftliche Solidarität verschafft auch den Starken Legitimation, ihre Ansprüche durchzusetzen.

Solidarität als Bezugspunkt professioneller Sozialarbeitspraxis

Gelebte gesellschaftliche Solidarität schließt niemanden aus. Sie zu wollen, trägt einem modernen Menschenverständnis Rechnung, hinter das heute niemand mehr zurück will. Solidarität wahrt die Interessen des Individuums und beschränkt sie nicht. Das ist die eine Seite; doch eine zweite tritt auch in den Blick: Solidarität kann für die Individualisierungskultur der Moderne auch als eine gegenläufige Bewegung gesehen werden. Wohl geht, wie gezeigt, beides zusammen, doch wenn der Individualisierungsprozess politisch als Privatisierungsprozess forciert wird, ignoriert er offenkundig das Solidaritätsanliegen (vgl. Geller, 2003). Vor allem zeigt das: Gesellschaften bleiben dynamische Gebilde, die durch Akzentsetzungen jeweils unterschiedlich ausgeformt werden. Entscheidend ist die Frage, ob jeder Akzent und jede Tendenz hinzunehmen ist.

Die Antwort ist eindeutig nein. Zu verweisen ist auf das Bekenntnis zur Personalität des Menschen. Es hat deutlich zwei Implikationen: zum einen die des Rechts auf Selbstverwirklichung; zum andern die der Pflicht, solches Recht Jedem zu gewähren. Erstere ist leicht zu akzeptieren; letztere sieht sich bisweilen dem Einwand gegenüber, dass soziale Rücksicht einem Streben

LITERATUR

Geller, H., (2003): Staatlich geregelte Solidarität oder Privatisierung der Lebensrisiken? Anmerkungen zur Diskussion um die Sozialversicherungen, in: *Solidarität institutionalisieren. Arenen, Aufgaben und Akteure christlicher Sozialethik*, hg. v. H.-J. Große Kracht, Münster, S. 145–159.

Hilpert, K./Bohrmann, T. (Hg.) (2006): *Solidarische Gesellschaft. Christliche Sozialethik als Auftrag zur Weltgestaltung im Konkreten*, Regensburg 2006.

Holzer, B. (2008): Das Leiden der Anderen: Episodische Solidarität in der Weltgesellschaft, in: *Soziale Welt* 59, S. 141–156.

Kleve, H. (2008): Der Mensch der Sozialarbeit. Zur Unbestimmtheit eines Platzhalters – eine systemtheoretische Reflexion, in: *Soziale Arbeit* 57, S. 140–145.

Lob-Hüdepohl, A. (2010): Vielfältige Teilhabe als Menschenrecht – ethische Grundlage inklusiver Praxis, in: *Teilhabe in Zeiten verschärfter Ausgrenzung? Kritische Beiträge zur Inklusionsdebatte*, hg. v. H. Wittig-Koppe u.a., Neumünster, S.13–21.

Mührel, E./Röh, D. (2007): Soziale Arbeit und die Menschenrechte. Perspektiven für eine soziale Weltgesellschaft, in: *Neue Praxis* 37, S. 293–307.

Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden (2006): *Kompendium der Soziallehre der Kirche*, 2. Aufl. Freiburg i. Br.

Oik, T. (2005): Soziale Arbeit und die Krise der Zivilgesellschaft, in: *Neue Praxis* 35, S. 223–230.

Oik, T./Otto, H.-U. (Hg.) (2003): *Soziale Arbeit als Dienstleistung. Grundlagen, Entwürfe und Modelle*, München.

Richter, H. E. (1974): *Lernziel Solidarität*, Reinbek b. Hamburg.

Schumacher, T. (2007): *Soziale Arbeit als ethische Wissenschaft. Topologie einer Profession*, Stuttgart.

Sen, A. (2002): *Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*, München.

Zink, D. (1988): *Personalität und Solidarität: Grundlagen einer sozialpädagogischen Berufsethik*, in: *Sozial* 39, Heft 2, S. 3–8.



Straßenaktion „Stillleben Ruhrschnellweg“ auf der A 40 – Die längste Tafel der Welt

nach Selbstverwirklichung hinderlich sei. Dieser Einwand ist schwach, gehört es doch zur Erfahrung jedes Menschen, eigene Ziele mit der Unterstützung durch Andere erreicht zu haben²; er löst sich gänzlich auf, wenn man das Konzept der Persönlichkeit auf den Punkt bringt. Das geschieht etwa in Kants kategorischem Imperativ, der darauf verweist, dass eine Haltung, die eigene Ansprüche setzt, zugleich aber Anderen dieselben Ansprüche nicht zugesteht, in den Selbstwiderspruch führt.³ Persönlichkeit als Grundverständnis im Menschenbild schließt die soziale Dimension mit ein. Kein Mensch könnte sich zur Person hin entwickeln, der nicht anderen dieselbe Entwicklung zugestehen würde.

Dem Ideal einer solidarischen Gesellschaft steht eine gesellschaftliche Wirklichkeit gegenüber, die Akteure immer wieder zu Kompromissen drängt, in der Entscheidungen an monetären Gesichtspunkten ausgerichtet werden, die vom politischen Streit verschiedener Interessengruppen bestimmt ist und in der – vorsichtig gesagt – der Persönlichkeitsansatz nicht immer konsequent gedacht wird. Hinzu kommt, dass es eben keine gleichen Verwirklichungschancen gibt, dass menschliches Fehlverhalten immer wieder auch wichtige Entscheidungen prägt⁴ und dass Menschen leicht der Verführung populistischer Agitation erliegen. Erweist sich das Ideal vor solchem Hintergrund nicht als kraftlos, ja geradezu als falsch, weil andere Kräfte die Wirklichkeit bestimmen?

Auch hier ist die Antwort entschieden nein. Kein Ideal wird an der Wirklichkeit gemessen, wohl aber die Wirklichkeit am Ideal: Es bildet den Maßstab und den

Bezugspunkt dafür, dass die realen Zustände bewertet werden können.⁵ Das Ideal der solidarischen Gesellschaft hat das starke Argument eines allgemein geteilten Zugangs zum Menschen – festzumachen: Menschenwürdegedanken in Art. 1 des Grundgesetzes – auf seiner Seite und muss dadurch zum Maßstab werden, die gesellschaftlichen Zustände einzuordnen und, wenn nötig, zu korrigieren. Klar ist, dass dieser Imperativ am entsprechenden Menschenverständnis hängt. Menschenbild und Gesellschaftsbild korrespondieren. Aber es wäre falsch, den Gestaltungswillen gegenüber einer komplex dynamisch bestimmten Gesellschaft aufzugeben und stattdessen auf ein verändertes Menschenbild zu setzen. Das wäre das sprichwörtliche Sägen an dem Ast, auf dem man sitzt. Wenn im Alltag einer Gesellschaft, aus welchen Gründen auch immer, Solidarität als Qualitätsmerkmal in den Hintergrund tritt, ist Wachsamkeit geboten.

Hier nun kann die Aufgabe und die Reichweite beruflich geleisteter Sozialer Arbeit eingeordnet werden: Es wäre zu kurz gegriffen, wollte man das unterstützende und problemlösende berufliche Handeln in den verschiedenen Arbeitsfeldern bereits als Ausdruck geleisteter Solidarität verstehen. Die Tatsache, dass die Leistungen öffentlich finanziert sind, deutet so etwas zwar an; aber solange der Handlungsbedarf in der Sozialen Arbeit allein an der Not und dem Bedarf von Klienten bemessen wird, geht es mehr um die passend zugeschnittene Dienstleistung, als um das Ideal gesellschaftlicher Solidarität. Der Finanzierungsaspekt ist auch insofern kein Kriterium, als die dafür eingestellten staatlichen Mittel oft nicht ausreichen und durch

Kein Ideal wird an der Wirklichkeit gemessen, wohl aber die Wirklichkeit am Ideal.

FUSSNOTEN (Forts.)

2 Solche Erfahrung bestätigt zugleich den Ansatz von H.E. Richter, nach dem das Individuum lernen muss, „die anderen primär mitzudenken, wenn es sich in der modernen Massengesellschaft überhaupt noch verwirklichen will“ (Richter, 1974, S. 69).

3 Vgl. dazu den Wortlaut dieses „Grundgesetzes der reinen praktischen Vernunft“ bei Kant, Kritik der praktischen Vernunft, 1. Aufl. 1788, S. 54: „Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.“

4 Die Banken- und Finanzkrise, die seit 2008 politisches Handeln im Griff hat, bildet eine traurige Spitze in dieser Kategorie.

5 Die Marx'sche Formel, nach der das Sein das Bewusstsein bestimmt, ist hier kein Gegenargument, da auch ein Ideal stets im Kontext eines subjektiven Erkenntniszugangs und damit seinerseits bereits als Ausdruck grundlegender Wirklichkeitserfahrung zu sehen ist.

6 Es geht dabei nicht nur darum, einem „Menschenrecht“ zu entsprechen (Lob-Hüdepohl, 2010), sondern um die Perspektive, in der Sozialen Arbeit ein tragfähiges Gesellschaftsverständnis abzubilden.

7 Den Anspruch markiert Oik (2005, S. 229) mit der Feststellung, dass Sozialer Arbeit bei den „Verteilungskämpfen und Auseinandersetzungen um knappe gesellschaftliche Güter eine wichtige Aufgabe“ zuwächst.

Spendenmittel ergänzt werden. So wird über die Soziale Arbeit bisweilen eben auch das Ausmaß nicht geleisteter Solidarität deutlich.

Die Aufgabe zu Hilfe und Unterstützung Bedürftiger bleibt, aber sie wird im Rahmen einer professionell verstandenen Sozialarbeitspraxis als eine Dienstleistung an der Gesellschaft verstanden (Olk/Otto, 2003). Individuelles Helfen ist das Eine; das Interesse der Gesellschaft, durch solche Unterstützungsarbeit Lebensqualität zu verbessern, ist das Andere. Wenn Soziale Arbeit also vor allem diesem gesellschaftlichen Interesse entspricht, d.h. für eine Gesellschaft agiert, die will, dass sich Wohlbefinden und Teilhabechancen für Menschen vergrößern, wird ihr Tun als beruflich geleistete Solidarität sichtbar. Genau das ist der Rahmen, in dem die Leistungsfähigkeit und das Selbstverständnis des Sozialarbeitsberufes greifbar werden. Es wird nämlich auch deutlich, dass genau dann, wenn ein gesellschaftlicher Wille zur Verbesserung von Wohlbefinden und Teilhabechancen zweifelhaft erscheint, sich die Aufgabenstellung in der Sozialen Arbeit auch darauf erstreckt, solchen Willen einzufordern.⁶

So tritt der Sozialarbeitsberuf in Wahrheit als eines der Instrumente hervor, den oben angesprochenen Gestaltungswillen gegenüber einer komplex dynamisch bestimmten Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Soziale Arbeit ist beruflich geleistete Solidarität insofern, als sie der Gesellschaft dient, indem sie den Menschen dient, und in dem sie dabei über eine in Theorie und Praxis gewonnene ethische Kompetenz verfügt, gesellschaftliche Missstände und Fehlentwicklungen zu erkennen und aufzuzeigen.⁷

Die Zukunft der Gesellschaft

Entsolidarisierungsprozesse in der Gesellschaft sind ein Ärgernis für alle, die auf die Unterstützung eben dieser Gesellschaft angewiesen sind. Sie sind es auch für den Beruf, der solche Unterstützungsarbeit leistet und sieht, dass häufig Strukturen mit verantwortlich dafür sind, dass Hilfe nötig wird. Dazu gehört die Schieflage bei den Verwirklichungschancen; aber dazu gehört auch die in jeder Reduzierung der Solidaritätsbereitschaft vollzogene Entwertung derer, die auf diese Bereitschaft ethisch einen Anspruch haben.

Dennoch: Tendenzen der Entsolidarisierung sind auch ein Indiz für und nicht nur gegen das soziale Gewissen der Gesellschaft. Dass diese sich vom Solidaritätsprinzip gänzlich verabschiedet, ist nicht zu befürchten. Vielmehr werden jene Tendenzen und Prozesse, so weit zu sehen ist, als „Korrekturen“ gerechtfertigt, um das Konzept einer Sozialen Marktwirtschaft weiter leistungsfähig zu halten. Dies folgt im Grundsatz einer Orientierung Ludwig Erhards, der auf eine soziale Wirkung der Marktwirtschaft selbst gesetzt hat. Das ist legitim, da, wie gesehen, Gesellschaft nicht per se ein solidarisches Gebilde ist, sondern Solidarität als Bezugspunkt eigenständig setzt. Solidarität als Wert in der Gesellschaft hat vor allem mit deren Selbstverständnis zu tun. Doch genau hier liegt das Problem:



lem: Das Argument der Notwendigkeit, das Verhältnis von sozialem und wirtschaftlichem Gesellschaftshandeln neu auszutarieren, verfängt so lange nicht, wie Letzteres ganz auf den sich selbst regulierenden Markt gerichtet ist. Dann nämlich steht ein rein nutzenorientiertes Denken unvereinbar gegen ein Verständnis vom Menschen, dessen Wert von keinem Nutzen abhängt, und das bedeutet: Die Logiken des Sozialen und der Ökonomie gehen nicht zusammen. Wenn dagegen wirtschaftliches Denken seinerseits den Menschen in den Blick rückt und den Nutzenaspekt über ethische Kriterien wie Nachhaltigkeit, Sozialverträglichkeit und Gerechtigkeit neu fasst, kann das Argument greifen. In diesem Fall folgen Soziales und Ökonomie derselben Logik und sind kompatibel. Ein wirtschaftliches Denken vom Menschen her würde so Ökonomen die Möglichkeit eröffnen, kritisch über Solidarstrukturen in der Gesellschaft nachzudenken. Dann aber wäre auch klar, dass unternehmerisches Handeln die sozialen Belange der Gesellschaft nicht ignorieren kann.

Es geht also auch um einen Prozess des Umdenkens in der Gesellschaft. Einseitig, mit marktwirtschaftlichen Argumenten, gegen „spätromische Dekadenz“ (Guido Westerwelle) im Sozialbereich zu wettern, blockiert diesen Prozess. Es bleibt wichtig, den Ansatz, soziale Verantwortung auch bei den Wirtschaftsunternehmen zu sehen, voranzubringen. Es muss das Ziel sein, in allen Bereichen der Gesellschaft und besonders dort, wo Betriebe im Globalisierungssog stehen, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Nichts anderes will die Soziale Arbeit, und nichts anderes sollte Standard in einer modernen Gesellschaft sein. ■



Autor

THOMAS SCHUMACHER, Jahrgang 1959, Dr. phil., M.A., Dipl.-Sozialpäd. (FH) Seit 2000 Professor für Philosophie in der Sozialen Arbeit an der Katholischen Stiftungshochschule München.

Arbeitsschwerpunkte:

Ethik der Sozialen Arbeit; Theorie und Wissenschaft der Sozialen Arbeit; Interkulturelle Soziale Arbeit

Damit nicht die durchs soziale Netz *fallen*, die es knüpfen sollen.

Gewerkschaftliche Vertretung und jede Menge Fach-Service

Der DBSH ist der Fachverband für die sozialen Berufe in Deutschland und gleichzeitig die tariffähige Gewerkschaft für die Angehörigen unserer Professionen. Treffen Sie im DBSH Ihre engagierten Kolleginnen und Kollegen!

- Die Kommunikationsplattform für Ihren fachlichen und beruflichen Austausch
- Ihre arbeitsrechtliche Vertretung und Ihre tariffähige Gewerkschaft
- Die berufsspezifische Infobörse zu Stellen, Trends und Nachrichten aus der Branche
- Ihr Service-Fachverband mit zahlreichen Vorteilen und Vergünstigungen

10 gute Gründe: Jetzt zusteigen!

Mehr als 6000 angestellte, verbeamtete, freiberufliche und studierende KollegInnen engagieren sich schon heute bundesweit im DBSH. Haben Sie ab sofort Anteil an den zahlreichen Vorteilen der Mitgliedschaft in Ihrem Berufsverband:

- Stärken Sie Ihren Einfluss auf die Berufspolitik im Sozialbereich.
- Gewinnen Sie wertvolle Kontakte zu engagierten KollegInnen.
- Profitieren Sie von der starken Kollegen-Gemeinschaft DBSH (Streikkasse, arbeitsrechtliche Vertretung, kollegiale Beratung, Fachinformationen etc.).
- Seien Sie über den DBSH mit dem dbb bei den Tarifverhandlungen vertreten.
- Einfluss auf Ausbildungsgänge und die Zukunft sozialer Berufe
- Erhalten Sie 4 x jährlich FORUM sozial, die Fachzeitschrift Nr. 1 im Sozialbereich.
- Publikationen und Mitgliederforen
- Internationale Kontakte und Projekte
- Die Mitgliedschaft im DBSH als Berufsverband und Gewerkschaft ist wesentlich günstiger als in einer DGB-Gewerkschaft.
- Als Willkommensdankeschön erhalten Sie eine aktuelle Buchveröffentlichung des DBSH.

DBSH-Beitragstabelle

Stufe	Brutto-einkommen bis	Beitrag pro Monat
01*	500,00	3,00
02*	750,00	4,00
03*	1.000,00	5,00
04*	1.250,00	6,00
05*	1.500,00	7,00
06	1.750,00	8,00
07	2.000,00	10,00
08	2.250,00	11,00
09	2.500,00	12,00
10	2.750,00	13,00
11	3.000,00	15,00
12	3.250,00	16,00
13	3.500,00	17,00
14	3.750,00	18,00
15	4.000,00	20,00

* nur nach entsprechendem jährlich zu führenden Nachweis.

☒ **Ja, ich werde Mitglied im DBSH!**

ANMELDUNG ABSCHICKEN UND AB SOFORT DABEI SEIN!

Ja, ich werde Mitglied im DBSH!

Ich bin Mitglied ab dem Tag meiner Benachrichtigung zur Aufnahme. Die Satzung und die Berufsethischen Prinzipien des DBSH (www.dbsh.de) erkenne ich an. Änderungen meiner hier gemachten Angaben werde ich dem DBSH mitteilen. Mit einer EDV-Erfassung dieser Daten bin ich einverstanden.

Datum, Unterschrift

Antwort – Porto trägt Empfänger

DBSH

Deutscher Berufsverband für
Soziale Arbeit e. V.
– Mitgliederservice –
Friedrich-Ebert-Straße 30
D-45127 Essen

FAMILIENNAME, VORNAME

STRASSE

PLZ/ORT

GEBURTSDATUM

TEL. PRIVAT

TEL. DIENSTLICH

E-MAIL

Ich gehöre zur Mitgliedsbeitrags-Gruppe (siehe Tabelle):

Nach Erhalt Ihrer Anmeldung zur Mitgliedschaft erhalten Sie einen gesonderten Erhebungsbogen zugesandt. Dieser dient der Verbesserung unserer gewerkschaftlichen und berufspolitischen Arbeit. Sie können Ihre Mitgliedschaftsanmeldung auch direkt und vollständig im Internet ausfüllen: <http://www.dbsh.de/html/beitrittserkl.html>

Einzugsermächtigung

Buchen Sie obigen Mitgliedsbeitrag ☐ jährlich ☐ halbjährl. ☐ vierteljährl. ab

bei

Konto-Nr. BLZ

KontoinhaberIn

Datum, Unterschrift



Eröffnungsdemonstration des Weltsozialforums 2005 in Porto Alegre



SozialarbeiterInnen bei der Organisation eines Bezirkssozialforums

Solidarität als berufsethische Verpflichtung – ein Blick nach Brasilien

TOBIAS ZINSER

Bereits in der letzten Ausgabe von FORUM sozial wurde das Thema der Solidarität in der Sozialen Arbeit thematisiert. Den Titel der vorletzten Ausgabe aufgreifend (Aspekte internationaler Sozialer Arbeit), befasst sich der folgende Artikel mit dem Selbstverständnis und der Organisation Sozialer Arbeit in Brasilien. Es fließen theoretische und praktische Erfahrungen aus drei Auslandssemestern (08/2007–01/2009) an einer Universität im brasilianischen Süden, sowie Recherchen im Rahmen meiner Diplomarbeit¹ ein. Sicher kann an dieser Stelle keine umfassende Darstellung und Interpretation der Sozialen Arbeit Brasiliens stattfinden. Der Artikel soll daher vielmehr als Anregung dienen, unser eigenes Selbstverständnis und den Umgang mit dem Begriff professioneller Solidarität in Deutschland zu reflektieren.

Herausbildung des professionellen Selbstverständnisses

Die systematische Soziale Arbeit begann in Brasilien Anfang des vorigen Jahrhunderts durch Privatinstitutionen aus dem Umfeld der katholischen Kirche. Der brasilianische Sozialarbeiter und Autor Vasconcelos² beschreibt, dass sie zu Beginn von zwei Ideologiesträngen geprägt war: zum einen durch eine starke Verbindung zur katholischen Soziallehre, zum anderen durch die Bewegung der *higiene mental* (Seelische/Geistige Hygiene).

Die Bewegung der *reconceituação* (in etwa: Rückbesinnung, wieder bewusst werden) prägt das Selbstverständnis der Profession in Brasilien bis heute.

FUSSNOTEN

1 Zinser T: Das interdisziplinäre Arbeitsmodell der Zentren für psychosoziale Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Brasilien – Perspektiven für Soziale Arbeit in Deutschland und Brasilien? [Diplomarbeit]. Ludwigsburg 2009.

2 Vasconcelos EM (Hrsg.): *Saúde Mental e Serviço Social: O desafio da subjetividade e da interdisciplinaridade*. São Paulo 2000.

3 Sobottka EA und Faustini MSA: Politisches Engagement für die Freiheit – Wahlverwandtschaften zwischen Paulo Freire und der Sozialen Arbeit in Brasilien. In: Rehklaus C. und Lutz R. (Hrsg.): *Internationale Sozialarbeit – Sozialarbeit des Südens*. Bd.1, Oldenburg 2007.

Soziale Fragen wurden als moralische Fragen verstanden, soziale Problemlagen als „Funktionsstörung“ Einzelner im gesellschaftlichen System interpretiert. Die Schuld, beispielsweise für Armut oder für mangelnde Bildung, wurde individualisiert, gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge wurden ausgeblendet. In dieser Pionierzeit bildete sich ein Verständnis Sozialer Arbeit als Kontrollinstanz des Staates heraus, den verarmten Bevölkerungsgruppen assistenzialistisch (katholische *caritas*) und erzieherisch (*higiene mental*) zu helfen, ihre Probleme zu überwinden.

Einen institutionellen Charakter erhielt die Soziale Arbeit erst in den 1930er Jahren. Sobottka und Faustini³ berichten über erste Bildungseinrichtungen ab 1936, die zwar noch stark von der katholischen Soziallehre beeinflusst waren, jedoch schließlich dazu führten, dass Soziale Arbeit sich in Brasilien zum Universitätsstudiengang entwickelte. Die Disziplin blieb jedoch zunächst von einem konservativen Ethos geprägt und ihr Handeln nach einer Logik politischer Neutralität ausgerichtet, ein Verständnis Sozialer Arbeit, das sich bis heute als Bild in Teilen der brasilianischen Gesellschaft festgesetzt hat.

Ihren Charakter als „systemerhaltende“ Soziale Arbeit verlor die Disziplin Ende der 1970er Jahre,

als die bis dahin herrschende Militärdiktatur (1964–1985) eine wirtschaftliche und politische Krise durchlief. SozialarbeiterInnen beteiligten sich landesweit an politischen Reformbewegungen, setzten sich für demokratischen Wandel und eine gerechtere Gesellschaft ein.

Auch intern organisierte sich die Soziale Arbeit neu und löste sich in Grundsatzdokumenten von ihrem bisherigen Berufsverständnis. Diese Bewegung der *reconceituação* (in etwa: Rückbesinnung, wieder bewusst werden) prägt das Selbstverständnis der Profession in Brasilien bis heute. Die Disziplin erfuhr eine linksorientierte Reform. Soziale Probleme wurden nun als Ausdruck der Sozialen Frage im Sinne von Marx verstanden. Exklusion, Armut und ungerechte gesellschaftliche Verhältnisse wurden nicht mehr als individuell verantwortet, sondern als vom Kapitalismus aufgezwungen erklärt. Der historische und gesellschaftliche Kontext, in dem die „Soziale Frage“ seitdem betrachtet wird, führt dazu, dass SozialarbeiterInnen nun aktiv für Veränderungen des politischen und gesellschaftlichen Systems eintreten. So waren und sind viele SozialarbeiterInnen aktiv an Sozialen Bewegungen beteiligt, deren Ideen und Vorschläge beispielsweise in der Verfassung von 1988 mit zahlreichen garantierten sozialen Grundrechten Eingang fanden.

Aktive Parteinahme und Solidarität durchzieht bis heute das Handeln zahlreicher KollegInnen in der Sozialen Arbeit Brasiliens. Ganz bewusst wird solidarisches Handeln nicht lediglich als fürsorgliche Begleitung eines individuellen Falles begriffen. Vielmehr sollen die gesellschaftlichen Hintergründe problematisiert und gemeinsam mit der Klientel aufgearbeitet werden, um schlussendlich aktiv auf eine Veränderung und den Abbau ungerechter Lebens- und Produktionsbedingungen hinzuwirken.

„Für die Soziale Arbeit in Brasilien sind [...] der bewusste Einbezug der politischen Dimension ihres Handelns und die Eigenverpflichtung mit den Anliegen jener Bevölkerungsgruppen, die von dem Genuss des sozial erzeugten Reichtums der Gesellschaft ausgeschlossen werden, die beiden wichtigsten Verpflichtungen, die das alltägliche Handeln beeinflussen“ (Sobottka und Faustini 2007:279)3.

Der Ethik-Kodex – Verpflichtung zu aktiver Solidarität

Eine aktive Parteinahme für und die Solidarität mit den Leidtragenden wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Aussonderungsprozesse stellt hohe Herausforderungen an die Soziale Arbeit und die VertreterInnen des Berufsstandes. Unter der linken Regierung des aktuellen Präsidenten Lula da Silva wurde der Ausbau der sozialen Versorgung stark vorangetrieben. In der öffentlichen Verwaltung entstanden in den letzten Jahren zahlreiche neue Arbeitsplätze für SozialarbeiterInnen, die angestellt oder sogar verbeamtet wurden.

Die positive Entwicklung führt jedoch nach und nach zur Hinterfragung des eigenen Selbstverständnisses. Ein Mitarbeiter im psychiatrischen Bereich äußerte sich mir gegenüber wie folgt: „Weißt Du, vor zehn Jahren haben wir darum gekämpft, das System zu verändern. Jetzt sind wir das System.“ Nur allzu leicht kommt es zu Loyalitätskonflikten, wenn sich



Kulturelle Sozialarbeit während der Veranstaltung in einem Armutsviertel



Gesundheitspräventionsarbeit eines privaten Krankenhauses in einem Armutsviertel

beispielsweise Angestellte im öffentlichen Dienst gegen die eigene Stadtverwaltung stellen müssten, um ihrem Anspruch parteilicher Berufssolidarität gerecht zu werden. In einem Land, in dem noch heute selbst gesetzlich garantierte soziale Rechte zum Teil aktiv erkämpft werden müssen, scheinen für SozialarbeiterInnen Konflikte mit Gesetz- und Arbeitgebern vorprogrammiert.

Was also bestärkt viele brasilianische KollegInnen, ihren kritischen, parteiischen und konfrontativen Kurs fortzuführen?

Flickinger schreibt hierzu: „Das Prinzip begrenzter Regelverletzung ist für die Praxis der Sozialen Arbeit unverzichtbar, wo die Verpflichtung zur Parteinahme für die vom System Abgedrängten und Ausgegrenzten zum berufsethischen Kriterium gemacht wird“ (Flickinger 2006:8)4. Er betont die Bedeutung der Existenz eines rechtlich verbindlichen Ethik-Kodex' (gültig seit 1993) für die Soziale Arbeit in Brasilien.

„Weißt Du, vor zehn Jahren haben wir darum gekämpft, das System zu verändern. Jetzt sind wir das System.“

Zentrale Grundlagen für berufsethisches Handeln sind laut diesem Dokument zum einen die Anerkennung von Freiheit als zentralem Wert, der es allen Bevölkerungsgruppen möglich machen soll, die Realität kritisch zu hinterfragen und über deren Veränderung neue Perspektiven zu entwickeln, zum anderen die Verpflichtung, aktiv für die Konsolidierung von Bürgerrechten, Demokratie und die Verteidigung von Menschen- und Bürgerrechten einzutreten. Diese juristisch bindende Verpflichtung der SozialarbeiterInnen für eine parteiliche Solidarität mit den von sozialer Teilhabe ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen ist Basis des so genannten ethisch-politischen Projekts der Profession.

Teil desselben ist ebenfalls ein Berufsgesetz (aus 1993), in dem Aufgaben der Sozialen Arbeit definiert werden und die Einführung eines Kammersystems festgeschrieben wird. Sozialarbeiter dürfen ihren Beruf in Brasilien nur ausüben, wenn sie der Berufskammer ihres jeweiligen Bundesstaates angehören und dort registriert sind. Diese haben darüber hinaus ein Sanktionsrecht bei Missachtung des Ethik-Kodexes, das bis zur Aussprechung von Berufsverboten reicht.

Was zunächst als Bürokratisierung, Bevormundung oder Kontrolle der Profession erscheint, muss jedoch im Kontext einer politisierten Sozialen Arbeit betrachtet werden. Das Kammersystem wirkt als Rückversicherung für SozialarbeiterInnen, die aufgrund ihrer Parteinahme in Schwierigkeiten geraten. In der brasilianischen Realität können professionelle ethische Grundsätze oftmals nur umgesetzt werden, wenn sich die KollegInnen einer starken Organisation in ihrem Rücken sicher sein können. Das Bewusstsein, gemeinsam mit tausenden KollegInnen an einem gemeinsamen Projekt zur Veränderung der Gesellschaft zu arbeiten, führt zu einer größeren Selbstsicherheit der Profession. Ein aktueller Erfolg dieser innerprofessionellen Solidarität war die Unterzeichnung einer Ge-

FUSSNOTE

4 Flickinger HG: Vom Fremden lernen: Soziale Arbeit in Brasilien. In: Sozial Extra. Soziale Arbeit in Brasilien. 30. Jahrgang, September 2006. S. 8–9.

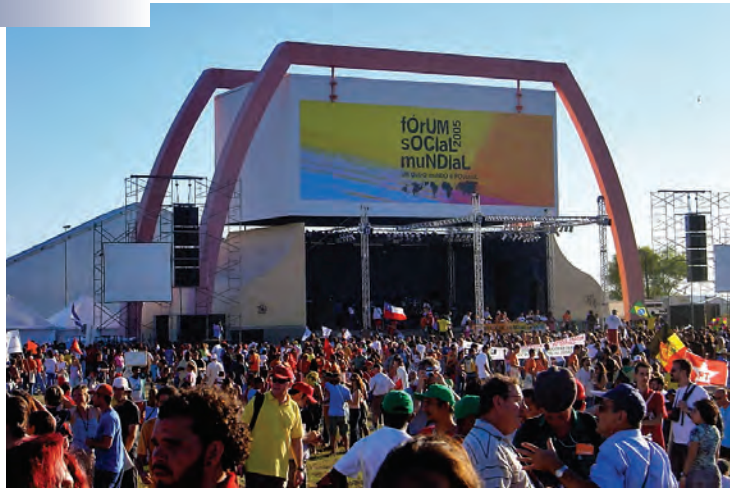
setzesänderung über die Arbeitszeit von SozialarbeiterInnen durch Präsident Lula da Silva am 26. August 2010. Die Wochenarbeitszeit für die brasilianischen KollegInnen wurde auf 30 Stunden bei gleichzeitiger Lohngarantie begrenzt. Unabhängig von einer inhaltlichen Bewertung dieser Veränderung zeigt der Vorgang klar, was über eine aus innerprofessioneller Solidarität wachsende organisierte Lobbyarbeit erreicht werden kann.

Kritische Haltung als Studieninhalt

Ein weiterer Aspekt des Kammer-systems ist die Einflussnahme auf die Inhalte der Lehre in Sozialer Arbeit. Seit 2004 sind nationale Richtlinien in Kraft, welche einen Rahmen für die Lehre im Rahmen der Studiengänge bilden. Bereits bei der Herausbildung professioneller Identität wird Wert auf eine kritische Haltung der Studierenden und auf sozial- und gesellschaftspolitische Analyse sozialer Phänomene gelegt. Der Aufbau als Universitätsstudiengang führte zudem dazu, dass ein Großteil der Dozierenden aus dem eigenen Fachgebiet kommt und größtenteils die Umbruchsituation der späten 1970er Jahre selbst mit begleitet hat.

In der Konsequenz wird den Studierenden von Beginn an eine kritische Sicht auf die gesellschaftlichen Verhältnisse vermittelt. Texte von Marx und an ihn angelehnte Autoren wie Gramsci, sowie die Behandlung volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Grundlagen gehören zum Standard der Ausbildung. Der Ethische Kodex und seine Bedeutung für das berufliche Selbstverständnis sind oftmals Inhalt eigener Seminare.

Der Schwerpunkt des Studiums liegt auf dem Gedanken der Solidarität mit den „Verlierern“ des aktuellen politischen und gesellschaftlichen Systems und der Frage, wie sich Soziale Arbeit aktiv einbringen kann und muss, um ihrem eigenen Selbstverständnis gerecht zu werden. Dieser Fokus der Ausbildung führt zu einer kritischen Grund-



Eröffnungskundgebung des Weltsozialforums in Porto Alegoo 2005



Vollversammlung von Angehörigen, Klienten und Mitarbeitenden einer Einrichtung

haltung der AbsolventInnen und zu starkem Engagement bei der Kontrolle staatlicher sozialpolitischer Maßnahmen, in sozialen Bewegungen und beim Versuch, eine gerechtere Gesellschaft aktiv herbeizuführen.

Der Fokus auf die Kontextualisierung sozialer Probleme führt dadurch leider zum Teil zu Schwächen in der methodischen Ausbildung von kommunikativen oder beraterischen Kompetenzen, wie sie beispielsweise in Deutschland aufgrund eines eher individualisierten Berufsverständnisses vermittelt werden.

Solidarität

Wie dargelegt, definiert die brasilianische Soziale Arbeit den Begriff der Solidarität als aktives und parteiliches professionelles Handeln beim Kampf um soziale Teilhabe der „Systemverlierer“. Bewusst versteht man sich als Gegenpol kapitalistischer und neoliberaler Ideologien, die verstärkt auf die individuelle Verantwor-

tung des Einzelnen hinweisen und die Schuld an sozialen Problemen tendenziell wieder den betroffenen Personen(gruppen) anlasten. Auch in Deutschland stellt sich immer mehr die Frage, wie Soziale Arbeit sich im Angesicht dieser Entwicklungen positionieren kann und muss.

Für die Frage, wie die Profession ihrem eigenen Selbstverständnis in Zeiten von Sozialabbau und wachsender sozialer Ungerechtigkeit gerecht werden kann, zeigen die brasilianischen KollegInnen meines Erachtens einige interessante Ansätze auf: Aktive Parteinahme für von sozialer Teilhabe ausgeschlossene Personen, Solidarität im Sinne politischer Aktivität, ein starker Berufsverband und ein bewusster Schwerpunkt auf gesellschaftskritische Fragestellungen in der Ausbildung scheinen mir unverzichtbar für eine Soziale Arbeit, die sich ihrem ureigensten Interesse verschreibt – einer gerechten, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft. ■

Der Schwerpunkt des Studiums liegt auf dem Gedanken der Solidarität mit den „Verlierern“ des aktuellen politischen und gesellschaftlichen Systems und der Frage, wie sich Soziale Arbeit aktiv einbringen kann und muss.



Autor

TOBIAS ZINSER, Diplom-Sozialpädagoge (FH), Abgänger der EH Ludwigsburg (2010)

Kontakt:

tobias.zinser@hotmail.de



Soziale Arbeit in Zeiten der „Neuerfindung des Sozialen“

FRANK BETTINGER

Die (sozial)politische Regulierung und herrschaftliche Formung sozialer Beziehungen ist das, worum es im modernen Sozialstaat geht (vgl. Lessenich 2008) und woran Soziale Arbeit maßgeblich beteiligt ist. Ein Sachverhalt, den es in Rechnung zu stellen gilt, insbesondere mit Blick auf einen seit den 1970er Jahren zu konstatierenden Wandel des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements, der einhergeht mit der Implementierung aktivierender Programmatiken sowie grundsätzlicher: mit der Etablierung einer neuen politischen Ordnung des Sozialen.

In diesem Zusammenhang ist zu kritisieren, dass Soziale Arbeit regelmäßig (sozial-)politische Vereinnahmungen bzw. grundsätzlicher: ihr Verhältnis zum (Sozial-)Politik-Bereich nicht nur nicht thematisiert und reflektiert, sondern erst gar nicht zur Kenntnis nimmt, vielmehr ihr vorgegebene „Wahrheiten“ – zumeist in vauseilendem Gehorsam – zu bearbeiten sucht.

Kam es nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen des Ausbaus des Sozialstaats zu einer Erweiterung und Ausdifferenzierung der bürokratisch-administrativen Apparate der sozialen Sicherung und in diesem Zusammenhang auch zu einer sukzessiven Expansion der Arbeitsfelder, aber auch zu einer Professionalisierung Sozialer Arbeit, so gingen mit diesen sozialstaatlichen Intentionen zur Egalisierung und Standardisierung der Lebensverhältnisse ein sicherheitsstaatlicher Kontroll- und Repressionsapparat einher, mit dem Normalisierungs- und Anpassungsleistungen erbracht wurden, die auf die Durchsetzung der verbindlichen Vorgaben einer „sozialstaatlichen“ Normalbiographie, d.h. insbesondere eines Normal(lohn)arbeitsverhaltens zielten (vgl. Anhorn/Bettinger 2002: 227). Diese wohlfahrtsstaatliche Regulationsweise geriet jedoch ab Mitte der 1970er Jahre mehr und mehr in Konflikt mit den Profitinteressen des Kapitals, wobei die sich anschließende neoliberale Transformation nahezu aller gesellschaftlichen Bereiche als ein politisch bewusst herbeigeführter Prozess gedeutet werden muss, in dessen Verlauf das bisherige Sozialstaatsmodell – zunehmend als „versorgend“ diskreditiert – in Frage gestellt und

letztlich bekämpft wurde. In der Folge konnte sich ein neuer Typus von Gesellschaft etablieren, der sich bis heute durch ein neues Maß und eine neue Qualität an Ungleichheitsverhältnissen und Ausschlussprozessen auszeichnet; ein Typus von Gesellschaft, in dem einerseits unsichere, prekäre Beschäftigungs- und Lebensverhältnisse, zunehmende Armut und (Dauer-) Arbeitslosigkeit, gravierende und zunehmende soziale Ungleichheiten und ökonomische Disparitäten zu einem notwendigen Bestandteil der ökonomisch-sozialen Restrukturierung erklärt, und dabei weniger unter Gesichtspunkten der sozialen Gerechtigkeit, sondern vielmehr einer möglichen Bedrohung der sozialen Ordnung und inneren Sicherheit thematisiert werden (vgl. Anhorn/Bettinger 2002: 232; Bettinger/Stehr 2009).

Im Kontext dieser ökonomisch-sozialen Restrukturierung und der mit dieser einhergehenden Neuausrichtung von Wirtschafts- und Sozialpolitik hat sich unter dem Label „Aktivierender (Sozial-)Staat“ ein neuartiger Komplex (sozial-)staatlicher Handlungsorientierung herausgebildet, der sich nahtlos in eine Politik des Sozialstaatsabbaus einfügt. An die Stelle der bisherigen Gewährleistung umfassender sozialer Rechte und des Bemühens um Abmilderung sozialer Ungleichheiten treten nun neue sozialpolitische Strategien und Konzepte zur Förderung wirtschaftlichen Wachstums durch (Re-) Aktivierung der produktiven Potenziale unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen (vgl. Olk 2009: 23).

Allerdings würde die Bedeutung dieser Entwicklungen mit der ausschließlichen Beschreibung dieser neuen Konzepte bzw. Strategien vollkommen unzureichend erfasst. Daher wird im weiteren Verlauf der vorliegenden Überlegungen im Wesentlichen den Analysen Lessenichs gefolgt, der im Zusammenhang der ökonomisch-sozialen Restrukturierung und der damit einhergehenden Konstituierung eines aktivierenden (Sozial-) Staates von einer neuen politischen Rationalität bzw. von einem – in Anlehnung an Michel Foucault – neuen Regierungsmodus spricht, dessen Ziel eben nicht einfach nur die Implementierung neuer sozialpolitischer Programme ist, sondern diese sozialpolitischen Pro-

Im Kontext dieser ökonomisch-sozialen Restrukturierung hat sich unter dem Label „Aktivierender (Sozial-)Staat“ ein neuartiger Komplex (sozial-)staatlicher Handlungsorientierung herausgebildet, der sich nahtlos in eine Politik des Sozialstaatsabbaus einfügt.

gramme vielmehr als Mittel zur sozialpolitischen Konstruktion doppelt verantwortungsbewusster, „ökonomischer“ und „moralischer“ Subjekte nutzt: verantwortungsbewusst sich selbst, wie auch der Gesellschaft gegenüber (vgl. Lessenich 2003: 86; Lessenich 2008: 82). „Regierung“ meint in diesem Zusammenhang einerseits die „Anleitung von Verhaltensweisen“ und umfasst sowohl die Fremdführung als „Regierung der Anderen“ sowie die Selbstführung als „Regierung des Selbst“; andererseits meint „Regierung“ eine (diskursive) Form der gedanklichen und kommunikativen Strukturierung von Realität als Bedingung der Anwendung von Führungstechniken. „Führung durch Selbstführung“ heißt demzufolge die neue politische Rationalität im Aktivierenden Sozialstaat: „Anleitung zur Selbststeuerung, ‚Führung zur Selbstführung‘ bzw. – in vollendeter Form – Regierung durch Selbstführung heißt nichts anderes, als dass die Subjekte frei sind, so zu handeln, wie es der liberalen Rationalität entspricht. (...) Entsprechend hilft der liberale Sozialstaat zur Selbsthilfe, aktiviert der ‚neoliberale‘ Sozialstaat zur Eigenaktivität“ (Lessenich 2008: 83).

Dass diese neue politische Rationalität ganz überwiegend mit der Arbeitsmarktpolitik assoziiert wird, darf nicht darüber hinweg täuschen, dass es sich hierbei um eine Programmatik handelt, die nicht auf einige wenige, sondern auf alle Subjekte und auf das Soziale zielt. Es geht dabei um nicht weniger als um eine neue diskursiv hergestellte Wissensordnung, um eine politische Ordnung des Sozialen, um ein alle Subjekte betreffendes sozialpolitisches Subjektivierungsprogramm, das auf die Transformation der Bürgerinnen und Bürger, ihrer (unser aller!) Verhaltensweisen und Denkweisen zielt (vgl. Lessenich 2008: 122ff.), und in das Soziale Arbeit zutiefst involviert ist. Denn ihre regelmäßig zu konstatierende Theorie- und Konzeptionslosigkeit; ein kaum identifizierbarer Gegenstandsbezug; eine damit einhergehende Politisierungsresistenz, und in der Konsequenz die Empfänglichkeit für Aufgaben- und Funktionszuweisungen durch andere Disziplinen oder durch (Sozial-)Politik: das sind die wesentlichen Bedingungen, die zu einer Indienstnahme und strategischen Neujustierung Sozialer Arbeit führen, an der Sozialarbeiter und Sozialpädagoginnen als aktivierte und aktivierende Akteure maßgeblich beteiligt sind. – So degeneriert Soziale Arbeit zur aktivierungspädagogischen Akteurin im Prozess der Deregulierung und Flexibilisierung (Kessl/Otto 2009), zum aktivierungspädagogischen Transformationsriemen neo-sozialer Anforderungen (Kessl 2005: 32), zur Reglementierungs- und Regierungstechnik, die ihre Adressaten zur Selbstverantwortung und Selbststeuerung verpflichtet (Dahme/Trube/Wohlfahrt 2008: 273) und wird somit Objekt und Subjekt einer neuen politischen Ordnung des Sozialen, in der es im Wesentlichen um wirtschaftliches Wachstum in einer globalisierten Ökonomie und nicht um die Bedürfnisse der Menschen geht.

So wird deutlich, dass (Sozial-)Politik – eben auch als Bedingung sozialarbeiterischer/sozialpädagogischer

Praxis – immer auch ein sozialer Prozess der wissensvermittelten Herstellung sozialer Realitäten, der diskursiven Konstruktion gesellschaftlich akzeptierter „Wahrheiten“ ist (Lessenich 2008: 54; vgl. Bettinger 2007: 75 ff.). Die Wissensbestände sämtlicher Politikfelder, also auch der Wirtschafts-, Sozial- und Kriminalpolitik, werden diskursiv hergestellt und finden so nicht nur als „Selbstverständlichkeiten“ Eingang in das gesellschaftliche Selbstverständnis, sondern werden von den gesellschaftlichen Akteuren – indem sie sich in diese Wissensordnungen einfügen und ihre Deutungen und ihr Handeln daran orientieren – reproduziert. Aber gerade dieses strukturelle Moment der Beteiligung der Subjekte an der (Re-)Produktion sozialer Ordnungen eröffnet eben auch Möglichkeitsräume gesellschaftlicher Veränderung: „Wenn sie (die neo-soziale Ordnung) noch aufzuhalten ist, dann folgerichtig nur durch die kulturelle Widerständigkeit der gesellschaftlichen Subjekte, nur durch diese (also uns) selbst“ (Lessenich 2008: 117).

Aufgefordert sind somit auch und insbesondere Sozialpädagogen und Sozialarbeiterinnen, Diskurse als herrschaftslegitimierende Techniken der Wirklichkeitsproduktion und somit von gesellschaftlichen Ordnungen in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu erkennen und zu analysieren und in die Arenen einzutreten, in denen um die Durchsetzung von Wirklichkeit gekämpft wird. Nur so ist es möglich, Macht-, Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse, sowie die Strategien und Prozesse, die diese Verhältnisse kontinuierlich reproduzieren, zu thematisieren und zu skandalisieren. Und nur so wird es Sozialer Arbeit gelingen, als politische Akteurin und Widersacherin an der (politischen) Gestaltung des Sozialen mitzuwirken, sowie Einmischung in Politik und Mitwirkung an der Gestaltung des Sozialen den Bürgern und Bürgerinnen zu ermöglichen (vgl. Bettinger 2008). ■



Autor

FRANK BETTINGER lehrt an der EFH Darmstadt, Sozialpädagoge und Sozialwissenschaftler, Professor für Sozialpädagogik an der EFH Darmstadt mit den Schwerpunkten Theorie der Sozialpädagogik, Kinder- und Jugendhilfe und Kriminologie; Lehrbeauftragter an der Hochschule Bremen; Vorstandsmitglied im Bremer Institut für Soziale Arbeit + Entwicklung (BISA+E), hier tätig in den Bereichen Fort- und Weiterbildung, Lehre, Politikberatung und Theorieentwicklung.

Kontakt:

bettinger@efh-darmstadt.de

LITERATUR

- Anhorn, R./Bettinger, F. (Hg.) (2002): Kritische Kriminologie und Soziale Arbeit. Impulse für professionelles Selbstverständnis und kritisch-reflexive Handlungskompetenz, Weinheim und München.
- Bettinger, F. (2007): Diskurse – Konstitutionsbedingung des Sozialen, in: Anhorn, R./Bettinger, F./Stehr, J. (Hg.), Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit, S. 75–90.
- Bettinger, F. (2008): Auftrag und Mandat, in: Bakic, J./Diebäcker, M./Hammer, E. (Hg.), Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit. Ein kritisches Handbuch, S. 25–39.
- Bettinger, F./Stehr, J. (2009): Zur neuen Kultur der Kontrolle in Städten. Soziale Arbeit als Akteurin lokaler Sicherheits- und Ordnungspolitiken, in: Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe (ZJJ), Heft 3, S. 252–257.
- Dahme, H.-J./Trube, A./Wohlfahrt, N. (2008): Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat, in: Bielefelder Arbeitsgruppe 8 (Hg.), Soziale Arbeit in Gesellschaft, S. 268–275, Wiesbaden.
- Kessl, F. (2005): Soziale Arbeit als aktivierungspädagogischer Transformationsriemen, in: Dahme, H.-J./Wohlfahrt, N. (Hg.), Aktivierende Soziale Arbeit. Theorie – Handlungsfelder – Praxis, S. 30–43.
- Kessl, F./Otto, H.-U. (Hg.) (2009): Soziale Arbeit ohne Wohlfahrtsstaat? – Zeitdiagnosen, Problematisierungen und Perspektiven, Weinheim und München.
- Lessenich, St. (2003): Soziale Subjektivität. Die neue Regierung der Gesellschaft, in: Mittelweg 36, Heft 4, S. 80–93.
- Lessenich, St. (2008): Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus, Bielefeld.
- Olk, Th. (2009): Transformationen im deutschen Sozialstaatsmodell. Der „Sozialinvestitionsstaat“ und seine Auswirkungen auf die Soziale Arbeit, in: Kessl, F./Otto, H.-U. (Hg.), Soziale Arbeit ohne Wohlfahrtsstaat? Zeitdiagnosen, Problematisierungen und Perspektiven, S. 23–35.



Community Organizing – ein Mittel zur Re-Politisierung der Sozialen Arbeit im aktivierenden Sozialstaat?!

CARSTEN MÜLLER

Die Ausgabe von FORUM sozial 2/2010 berichtete vor allem aus internationaler Sicht über Community Organizing (im Folgenden: CO). Der lesenswerte Artikel des derzeit in Deutschland und Europa tätigen Organizers Paul A. Cromwell stellt Projekte vor, in denen die in Deutschland noch wenig verbreitete Methode erfolgreich in die Praxis umgesetzt wird (vgl. Cromwell 2010; weitere Projekte siehe auch Penta 2007). Hierzu ergänzend reflektiert der vorliegende Beitrag CO eher politisch-theoretisch. Dazu wird CO in einen kritischen Abgleich zur Sozialen Arbeit, besonders ihrer Position im aktivierenden Sozialstaat gebracht. Der Beitrag folgt der These: CO kann zur Re-Politisierung Sozialer Arbeit beitragen und helfen, aus der Falle einer Indienstnahme für den aktivierenden Sozialstaat herauszukommen, ohne indes in „altes“ Denken jenseits von Partizipation und Empowerment zurückzufallen.

Von der Kraft der Assoziation

Im oben genannten Artikel werden Unterschiede zwischen Sozialer Arbeit und CO benannt (zu weiteren Unterschieden Mohrlok 1993; FOCO 1996). Denn ursprünglich stammt CO aus den USA und geht auf den radikaldemokratischen Bürgerrechtler Saul David Alinsky (1909–1972) zurück (vgl. Alinsky 1999; zur Biografie Szyntka 2005).

CO baut so stark wie wahrscheinlich kaum eine zweite zurzeit diskutierte Methode auf Aktivierung und Engagement von Bürgerinnen¹ auf, die ihre Lebensbedingungen beispielsweise in einem Stadtteil verändern wollen, dabei mutig Neues riskieren und ggf. auch Konflikte nicht scheuen. So gesehen vertraut CO einem eigenständigen Organisations- und Assoziationsgeist, der in Hinsicht auf die deutsche Mentalität – falls es so etwas überhaupt gibt – fremd wirken kann.

CO baut so stark wie wahrscheinlich kaum eine zweite zurzeit diskutierte Methode auf Aktivierung und Engagement von Bürgerinnen auf, die ihre Lebensbedingungen verändern wollen.

Diese eigentümliche Kraft hat bereits frühzeitig Alexis de Tocqueville in seinem epochalen Werk Über die Demokratie in Amerika von 1837 bewundert (vgl. Tocqueville 1967: 103ff). Tocqueville, der ansonsten Demokratie nüchtern analysiert und klar Schwächen herausarbeitet, bewundert am amerikanischen Volk die Bereitschaft, sich zu allen möglichen Zwecken zusammenzuschließen. Denn in der Kunst der Vereinigung liegt ein Kernstück demokratischer Lebensweise: Assoziationen schützen vor der Despotie, indem sie in der Bürgerschaft den Geist der Freiheit wach halten: „Das einzige Bollwerk gegen einen sanften Despotismus sind Vereinigungen. Freiwillige Assoziationen für alle möglichen Zwecke sind etwas Wertvolles. Doch beruht ihre besondere Bedeutung darin, dass sie uns den Geschmack und die Übung der Selbstregierung vermitteln. ... »In demokratischen Ländern ist die Wissenschaft der Vereinigung die Mutter aller Wissen-

FUSSNOTE

1 Weibliche und männliche Formen werden im willkürlichen Wechsel verwendet.

schaften“ (Taylor 1993: 143). Wie funktioniert diese Wissenschaft? Gemäß CO schließen sich Bürgerinnen vor allem aus zwei Gründen zusammen: aufgrund von Eigeninteressen sowie von Beziehungen. Beide Aspekte kommen bestenfalls zusammen und dürfen nicht verkürzt werden: Eigeninteressen sind immer auch von einer Gruppe geteilte, also kollektive Interessen, welche mittels CO in einem langen Zuhör-Prozess herausgefunden werden. Sie können durchaus mit allgemeinen Werten, etwa mit der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, einhergehen.

Beziehungen wiederum sind ebenfalls nicht partikular und abstrakt: Einerseits fußen Beziehungen auf Neugierde, echtem Interesse sowie erlebtem Vertrauen zwischen Menschen; was auch für die Beziehungsarbeit des Organizers gilt. Andererseits knüpft CO ein Beziehungsgeflecht, ein – wenn man so will – soziales Netzwerk vor allem zwischen Betroffenen. Eigeninteressen und Beziehungen machen, ergänzt um die in durchstandenen Konflikten mit- und aneinander gewonnenen Erfahrungen – seien dies Erfolge oder Niederlagen –, den „Spirit“ einer Organisation aus. So gesehen handelt es sich beim CO um eine Methode, die vom „Spirit“ der Demokratie lebt. Die politische Philosophin Hannah Arendt hat dies als Glückserfahrung beschrieben, die in keiner anderen Tätigkeit, etwa dem Geldverdienen, zu finden sei. Gemeint ist die Erfahrung, in öffentliche Erscheinung zu treten und die öffentlichen Angelegenheiten aktiv mitzubestimmen. Diese Erfahrung drückt sich nach Arendt in der berühmten Formel *pursuit of happiness* – zu deutsch: Streben nach Glückseligkeit – aus, die mutmaßlich Thomas Jefferson, ein Gründungsvater der amerikanischen Republik, 1776 in der Unabhängigkeitserklärung an genau diejenige Stelle gesetzt hat, die zuvor dem Eigentum im Kanon der bürgerlichen Rechte zugefallen ist (vgl. Arendt 2000: 162). Dies bedeutet: Durch öffentliches Handeln werden Menschen als Bürgerinnen

kenntlich und anerkannt, was diese glücklich macht. Denn die Menschen – zumal Benachteiligte und Ausgegrenzte – erfahren sich, oft entgegen ihren alltäglichen Erfahrungen, als kompetent und mächtig in ihren eigenen Belangen.

Die positive Seite der Macht

Der amtierende Präsident der Vereinigten Staaten, Barack Obama, der als junger Mann selbst als Organizer in Chicago gearbeitet hat (vgl. Goede 2009; Müller 2009), beschreibt diesen Punkt im Artikel *Warum organisieren?* so: „Eigentlich findet man die Antwort auf die ursprüngliche Frage – why organize? – bei diesen Leuten. Wenn man dabei hilft, dass eine Gruppe Hausfrauen dem Bürgermeister der drittgrößten amerikanischen Stadt am Verhandlungstisch gegenüber sitzt und sich behauptet, oder wenn ein Stahlarbeiter in Rente vor einer Fernsehkamera seinen Träumen über die Zukunft seines Enkelkinds eine Stimme verleiht, erkennt man den wichtigsten und befriedigendsten Beitrag des Organisierens. Im Gegenzug lehrt Organizing mehr als alles andere die Schönheit und Kraft alltäglicher Menschen“ (Obama 2009: 9–10).

Im Zitat wird darüber hinaus deutlich, dass CO ein spezielles Verständnis von Kraft bzw. Macht verfolgt: Macht ist hier nicht negativ besetzt, zumal der amerikanische Sprachgebrauch zwischen Macht und Gewalt unterscheidet. Im Gegenteil: Bürger und ihre Organisationen brauchen Macht, wollen sie nachhaltig etwas in ihrer Welt verändern. Deutlich kommt dieser positive Machtbegriff in einer Aussage des berühmten „schwarzen“ Bürgerrechtlers Martin Luther King aus dem Buch *Wohin führt unser Weg: Chaos oder Gemeinschaft?* zur Sprache: „Macht, richtig verstanden, ist die Möglichkeit, etwas zu erreichen. Es ist die Stärke, die man braucht, um soziale, politische oder wirtschaftliche Veränderungen herbeizuführen. In diesem Sinne ist Macht nicht nur erwünscht, sondern auch notwendig,

um die Forderungen von Liebe und Gerechtigkeit zu erfüllen. Eines der größten Probleme der Geschichte ist es, dass die Begriffe Liebe und Macht gewöhnlich als polare Gegensätze gegenüber gestellt werden. Liebe wird mit dem Verzicht auf Macht und Macht mit der Verneinung der Liebe identifiziert. ... Was wir brauchen, ist die Erkenntnis, dass Macht ohne Liebe rücksichtslos und schimpflich ist und dass Liebe ohne Macht sentimental und blutleer ist. Macht im besten Sinne ist Liebe, die die Forderung der Gerechtigkeit erfüllt.

... Das Problem liegt darin, dass die Macht in Amerika ungleich verteilt ist“ (King 1968: 51). Man merke auf: Macht wird hier nicht als das Gegenteil von Liebe und Gerechtigkeit begriffen, sondern vielmehr als deren notwendige Ergänzung. So gesehen gehören Macht und Moral zusammen; wobei nicht darüber hinweggetäuscht werden darf, dass Macht auch korrumpieren bzw. missbraucht werden kann. Wird Macht also nicht grundsätzlich abgelehnt, dann stellen sich wichtige Anschlussfragen: Wer hat Macht? Wie ist Macht verteilt? Auch darin spricht sich eine spezifisch demokratische Haltung aus: Demokratie lebt in diesem Sinne von konfliktreichen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen. Indes kann eine Auseinandersetzung nur fruchtbar sein, wenn gleichwertige Parteien streiten, denn nur so kommt ein Prozess des Aushandelns zum Wohle aller in Gang, der schließlich zu tragfähigen Balancen führt. Deshalb stellt sich die Aufgabe, besonders denjenigen Menschen, die keine Stärke haben, zu Macht zu verhelfen. Dies intendiert CO um der Demokratie willen.

Grundsätzlich werden dabei zwei Formen von Macht unterschieden. Eine Machtquelle ist Geld. Da besonders ausgeschlossene und ausgegrenzte Gruppen meist nicht über Geld, mithin über Einfluss und Lobby verfügen, müssen sie sich eine andere Machtquelle erschließen: die Macht des Volkes.

Da besonders ausgeschlossene und ausgegrenzte Gruppen meist nicht über Geld, mithin über Einfluss und Lobby verfügen, müssen sie sich eine andere Machtquelle erschließen: die Macht des Volkes.

Dementsprechend ist es ein Ziel, im CO möglichst viele Menschen zusammenzubringen, um gemeinsam stärker zu werden. Dabei setzt CO auf die Zivil- und Bürgergesellschaft, denn: „Bürgerliche Gesellschaft ist nicht so sehr eine Sphäre außerhalb der politischen Macht; sie dringt vielmehr tief in die Macht ein, fragmentiert und dezentralisiert sie“ (Taylor 1993: 146).

So betrachtet geht es im CO auch um das Verhältnis von Zivil- und Bürgergesellschaft zur politischen Macht im Staate. Jetzt lässt sich fragen, wie sich CO zum Wohlfahrtsstaat und zur Wohlfahrtsmentalität verhält? Dazu einige skizzenhafte Ideen.

»Welfare is hellfare« und die ambivalente Rolle der Sozialen Arbeit. Von Alinsky soll der Ausspruch „welfare is hellfare“ – frei übersetzt: Wohlfahrt ist eine Sache des Teufels – stammen. Richtig ist, dass der progressive Begründer des CO ein strikter Kritiker des Wohlfahrtskolonialismus war. Die Kritik stützt sich auf die Befürchtung, dass Wohlfahrt den Effekt haben kann, die Empfänger in Abhängigkeit von Fremdleistungen zu bringen. Von neoliberaler oder konservativer Seite wird diesbezüglich vorgebracht, dass Wohlfahrt zu Lethargie auf Seiten der Hilfsbedürftigen führe. Von eher „linker“ Seite wird indes eingewendet, dass der Wohlfahrtskolonialismus letztendlich dazu diene, die bestehenden „falschen“ Verhältnisse zu stabilisieren. Wie dem auch sei, im CO geht es darum, Bürgerinnen zu ermächtigen, ihre Angelegenheiten selbstbewusst in die eigenen Hände zu nehmen.

Indes darf daraus nicht der Rückschluss gezogen werden, dass der Sozialstaat durch CO aus seiner Verantwortung entlassen werden soll. Es geht nicht darum, dem Abbau des Sozialstaates durch die Aktivierung der Eigenverantwortung der Bürger Vorschub zu leisten. Vielmehr geht es um ein Verständnis, dass gemäß der o.g. Unterscheidung zwischen Zivil- bzw. Bürgergesellschaft und Staat – schließlich ist das Subsidiaritäts-

prinzip auch eine grundlegend freiheitliche Maxime –, die Betroffenen selbst in die Lage versetzt, ihre Rechte, auch ihre sozialen Rechte, zu vertreten. Dabei wird klar unterschieden zwischen dem, was Bürgerinnen selber leisten können, und dem, was von anderen verantwortlichen Zielpersonen, etwa aus Politik und Wirtschaft, ggf. auch mit scharfen Aktionen einzufordern ist.

Mit diesem Verständnis hängt auch eine kritische Betrachtung der Rolle der Sozialen Arbeit zusammen. Solange es professionelle Soziale Arbeit gibt, wird diese von der Kritik begleitet, gesellschaftliche Probleme und deren Ursachen in Probleme einzelner Individuen umzu- deuten. Soziale Arbeit trage mithin dazu bei, soziale Konflikte zu entschärfen und so die Chance auf Veränderung zu verspielen. Gewissermaßen verhindere Soziale Arbeit durch die fürsorgliche Belagerung von „Hilfsbedürftigen“, dass diese sich wirklich selber helfen. Polemisch überspitzt: Soziale Arbeit hält – auch aus Existenzgründen – ihre „Klientel“ in Abhängigkeit.

Demgegenüber handelt es sich beim CO um eine konsequente Form der Selbsthilfe, die vorhandene Konflikte nicht beschwichtigt, sondern katalytisch zur Veränderung nützt. Dies entspricht einer Haltung in der Sozialen Arbeit, die nicht länger an den Defiziten der Betroffenen, sondern vielmehr an deren Ressourcen ansetzen will. Damit verändert sich einerseits die Rolle des als hilfsbedürftig ausgemachten, und damit stigmatisierten Menschen. Andererseits ändert sich ebenfalls die Sichtweise von Professionellen: Im CO-Prozess treten möglicherweise Eigenschaften von Menschen zu Tage, die im Alltag sozialer Hilfsprozesse nicht gesehen werden. Indes kann ein solcher Perspektivenwechsel auch zu schweren Rollenkonflikten führen: Da mittels CO gewissermaßen von unten organisiert wird, kann dies mit Steuerungsprozessen in Konflikt geraten, die eher von oben angelegt sind,

Solange es professionelle Soziale Arbeit gibt, wird diese von der Kritik begleitet, gesellschaftliche Probleme und deren Ursachen in Probleme einzelner Individuen umzudeuten.

Folglich besteht auch mit einer neuerlichen Übernahme von CO-Strategien in die Soziale Arbeit die Chance, dass Soziale Arbeit ein an Demokratie orientiertes politisches Mandat wieder gewinnt.

wie dies in wohlfahrtsstaatlichen Arrangements oft der Fall ist. Mit CO stellt sich also die Frage: Wer beauftragt (und bezahlt) Soziale Arbeit eigentlich wofür?

In diesem Sinne verweist CO auf demokratiestarke politische Traditionen Sozialer Arbeit, wie diese etwa in der Settlement-Bewegung um die amerikanische Friedensnobelpreisträgerin Jane Addams in Chicago bereits um 1900 zum Ausdruck kommen (vgl. Eberhardt 1995). Die Settlement-Bewegung nimmt im Vergleich zur Einzelfallhilfe einen entschiedenen Perspektivenwechsel vor. Es geht darum, mit den Betroffenen solidarisch zunächst auf lokaler Ebene zu handeln, anstatt diese fürsorglich zu versorgen und gleichzeitig zu disziplinieren. Im Hintergrund hierzu steht in der Tradition des Pragmatismus (vgl. Oehler 2007) u.a. die Idee, Demokratie mit sozialem Leben zu füllen.

Folglich besteht auch mit einer neuerlichen Übernahme von CO-Strategien in die Soziale Arbeit die Chance, dass Soziale Arbeit ein an Demokratie orientiertes politisches Mandat wiedergewinnt. Der Vorteil wäre, dass Soziale Arbeit dabei nicht auf ein ihr fremdes oder spezifisches Ethos zurückgreifen muss, sondern vielmehr eine politische Maxime in Anschlag bringen kann, der sich ein großer Teil der Gesellschaft – noch?! – verpflichtet weiß. Es mag daran gezweifelt werden – ähnlich wie bei einer Orientierung an den Menschenrechten –, ob eine derartig generalistische Ausrichtung zur Professionalisierung hinreicht. Zumindest könnte Soziale Arbeit aber beitragen, politische Fragen in konkreten sozialen Lebensbezügen aufzuwerfen, etwa: Wie hängen Demokratie und Soziales zusammen?

Der aktivierende Sozialstaat

Denn diese Frage wird aktuell wieder brisant. Seit nahezu 30 Jahren soll sich der Wohlfahrtsstaat in der Krise befinden. Der Krisensemantik zufolge sei der Wohlfahrtsstaat zu teuer, zu bürokratisch, wie vor-

geblich ineffizient (vgl. Kaufmann 2009: 347ff). In der Folge wird der Wohlfahrtsstaat etwa zum aktivierenden Sozialstaat – Stichwort: „Hartz-Reformen“ – umgebaut, der u. a. auf die Stärkung von Eigenverantwortung der Bürgerinnen durch deren Aktivierung setzt (vgl. Galuske 2004). Dabei wird das ehemals kooperatistische Modell des deutschen Sozialstaates – an dem auch Kritik zu üben ist – Schritt um Schritt zu einem individualistischen Modell verformt. Der Trend geht vom „welfare“ zum „workfare“ Staat, der auf die Reaktivierung von Arbeitskraft abstellt. Dahinter steht eine neue Ordnungspolitik: Wurde der Wohlfahrtsstaat einstmals geschaffen, um die Lohnabhängigen und ihre Familien wenigstens zum Teil vor der Unbill des Kapitalismus zu schützen, so wird heute der Einzelne vom aktivierenden Sozialstaat gezwungen, sich im Kapitalismus zu jedem Preis, und sei dies der einer prekärer Beschäftigung, zu vermarkten.

Demgegenüber ist daran zu erinnern, dass die Bundesrepublik nach Artikel 20 GG ein demokratischer und sozialer Bundesstaat ist. Den Gründungsvätern der Republik stand auch aus historischer Lehre vor Augen, dass eine Demokratie nur dann Bestand haben kann, wenn sie für sozialen Ausgleich und für die Mindestsicherung eines Lebens in Würde sorgt. So gesehen besteht die Gefahr, dass die neue Ordnungspolitik auch die Demokratie in Gefahr bringt.

Von Gewerkschaften lernen?

Dem Umbau des Wohlfahrtsstaates zum aktivierenden Sozialstaat hat die Soziale Arbeit anscheinend nicht viel entgegenzusetzen. Dies liegt u. a. daran, dass Soziale Arbeit im Kern einer ähnlichen Aktivierungsideologie folgt. Ein markantes Beispiel hierfür ist der zur Floskel abgewertete Satz: Hilfe zur Selbsthilfe. Mehr noch: „Wir behaupten somit, dass Soziale Arbeit als Akteurin, d. h. auf der Basis ihrer eigenen Handlungslogiken,

im Prozess der aktuellen Neuprogrammierungsprozesse des Sozialen auftritt“ (Kessl/Otto 2003: 62).

Vielleicht kann Soziale Arbeit hier von Gewerkschaften lernen. In der Gewerkschaftsarbeit wird CO wieder verstärkt wahrgenommen (vgl. Bremme 2007; Birke 2010). Diese Wiederentdeckung setzt ein Umdenken in Gang: Während sich Gewerkschaften traditionellerweise als Interessensvertretung ihrer Mitglieder verstehen, geht es im CO darum, Arbeitnehmer auch jenseits formaler Mitgliedschaft zu unterstützen, besonders dort, wo diese von schlechten Arbeitsbedingungen betroffen und von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Gewissermaßen geht die Gewerkschaft mit CO dorthin, wo es besonders weh tut. Diese Strategie soll auch dazu führen, den Mitgliederschwund umzukehren.

Was bedeutet dies für Soziale Arbeit? Mittels CO könnte die Soziale Arbeit nicht nur der Anschluss an demokratisches Denken und Handeln wiedergewinnen, wie sich dies auch in anderen Partizipationsmethoden findet. Mittels CO könnte die Soziale Arbeit auch wieder Anschluss an die schwierigen Lebenswelten von Betroffenen, z. B. in benachteiligten Quartieren, finden. Und schließlich könnte mittels CO der Sozialen Arbeit auch der Anschluss an die Zivil- und Bürgergesellschaft und ihre Akteure, wie besonders Soziale Bewegungen, gelingen. Hier tut sich neben dem politischen Mandat auch Widerstandsgeist gegen den aktivierenden Sozialstaat auf: Selbst Alinsky steht im Verdacht, dem „unternehmerischen Selbst“ Vorschub zu leisten (vgl. Bröckling 2007: 186ff.). Demgegenüber ist im CO das Empowerment von Bürgerinnen unabdingbar an deren demokratische Mitbestimmung gekoppelt. Wer Selbstverantwortung übernimmt, muss gleichzeitig eine Stimme im Gang der Welt haben! Diese einfache Weisheit könnte die Soziale Arbeit einer einseitigen Aktivierungspolitik entgegenhalten. Wir werden sehen, ob sie dazu den „Spirit“ findet ... ■



Autor

CARSTEN MÜLLER, Dr. paed., Jg. 1968, ist Professor für gesellschafts- und sozialpolitische Aspekte der Sozialen Arbeit an der Hochschule Emden/Leer, Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit. Seine Arbeitsschwerpunkte sind u. a.: Theorie und Geschichte der Sozialen Arbeit, Sozialpädagogik und Demokratie, Armutsbekämpfung, Gemeinwesenarbeit.

E-Mail:

carsten.mueller@fh-oow.de

Wer Selbstverantwortung übernimmt, muss gleichzeitig eine Stimme im Gang der Welt haben!

LITERATUR

- Arendt, Hannah (2000):** Über die Revolution. München.
- Addams, Jane (1913):** Zwanzig Jahre sozialer Frauenarbeit in Chicago. München.
- Alinsky, Saul David (1999):** Anleitung zum Mächtigen. Ausgewählte Schriften. Göttingen.
- Birke, Peter (2010):** Die große Wut und die kleinen Schritte. Gewerkschaftliches Organizing zwischen Protest und Projekt. Berlin/Hamburg.
- Bremme, Peter (2007):** Never work alone. Organizing – ein Zukunftsmodell für Gewerkschaften. Hamburg.
- Bröckling, Ulrich (2007):** Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform. Frankfurt a. M.
- Cromwell, Paul A. (2005):** Nichts geht mehr? Blödsinn. Vieles lässt sich verändern ... In: Crismon, 12/2005, 60–62.
- Cromwell, Paul A. (2010):** Community Organizing in Deutschland und Europa. In: Forum SOZIAL, 2/2010, 19–22.
- Eberhart, Cathy (1995):** Jane Addams. Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Reformpolitik. Reinfelden und Berlin.
- FOCO e.V. (Hrsg.) (1996):** Forward to the roots ... Community Organizing in den USA – eine Perspektive für Deutschland? Bonn.
- Galuske, Michael (2004):** Der aktivierende Sozialstaat. Konsequenzen für die Soziale Arbeit. Text im Internet: http://www.ehs-dresden.de/fileadmin/uploads_hochschule/Forschung/Publikationen/Studententexte/Studententext_2004-04_Galuske.pdf (Abruf: 15. 3. 2010)
- Goede, Wolfgang (2009):** Obamas graue Eminenz: Saul Alinsky. In: P. M. History, Okt. 2009, 74–79.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2009):** Sozialpolitik und Sozialstaat. Soziologische Analysen. Wiesbaden.
- Kessl, Fabian/Otto, Hans-Uwe (2003):** Aktivierende Soziale Arbeit – Anmerkung zur neosozialen Programmierung Sozialer Arbeit. In: Dahme, Hans-Jürgen et al. (Hrsg.): Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat. Opladen, 57–73.
- King, Martin Luther (1968):** Wohin führt unser Weg? Chaos oder Gemeinschaft. Frankfurt a. M.
- Mohrlok, Marion et al. (1993):** Let's organize. Gemeinwesenarbeit und Community Organizing im Vergleich. München.
- Müller, Carsten (2009):** „Yes, we can!“ – Barack Obama und Community Organizing. In: Sozial Extra, 1/2 2009, 6–9.
- Obama, Barack (2009/1988):** Warum Organisieren? Probleme und Aussichten in den Innenstadtebenen. In: Verband für sozio-kulturelle Arbeit e.V. (Hrsg.). Rundbrief 2, 4–10.
- Oehler, Patrick (2007):** Pragmatismus und Gemeinwesenarbeit. Neu-Ulm.
- Penta, Leo (Hrsg.) (2007):** Community Organizing. Menschen verändern ihre Stadt. Hamburg.
- Taylor, Charles (1993):** Der Begriff der ‚bürgerlichen Gesellschaft‘ im politischen Denken des Westens. In: Brumlik, Micha/ Brunkhorst, Hauke (Hrsg.): Gemeinschaft und Gerechtigkeit. Frankfurt a. M., 117–148.
- Tocqueville, Alexis de (1967):** Über die Demokratie in Amerika. In: Ders.: Das Zeitalter der Gleichheit. Auswahl aus Werken und Briefen. Köln und Opladen, 1–116.
- Szynka, Peter (2005):** Theoretische und empirische Grundlagen des Community Organizing bei Saul D. Alinsky (1909–1972) – Eine Rekonstruktion. Bremen.

Die eingetragene Genossenschaft ARBEIT ZUERST, das solidarische Unternehmen für Zeitarbeit und Kooperation

WALTER HÄCKER

Besonders für ältere oft hoch qualifizierte Erwerbslose verengten sich in den letzten Jahren die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zunehmend auf Zeitarbeits-Angebote: Nicht selten zahlen Unternehmen an die Zeitarbeits-Firma mehr als sie an Personalkosten für ihr Stammpersonal ausgeben, die Zeitarbeiter bekommen jedoch erheblich weniger. Die Differenz bleibt bei den Zeitarbeits-Unternehmen und deren Inhaber verdienen gut daran.

Guido Lorenz, der katholische Betriebsseelsorger in Stuttgart, hatte vor Jahren die Idee, dieser Fehlentwicklung entgegen zu wirken: „Gründen wir doch eine Genossenschaft, in der Arbeit suchende Genossen sich selbst vermieten.“ Ziel der Genossenschaft ist es, faire Löhne zu bezahlen und einen Teil der Einnahmen z. B. in Qualifizierungen oder Umschulungen der Genossinnen und Genossen zu investieren. Damit würden deren Chancen auf einen Dauerarbeitsplatz steigen. Auch die Angebote der Agentur für Arbeit auf Einarbeitungszuschüsse sollen genutzt werden.

Grundsätze

Eine solch einleuchtende Idee haben und sie organisatorisch umsetzen, sind „zwei Paar Stiefel“. Guido Lorenz machte sich an die Arbeit. Er lud Menschen aus seinem beruflichen Umfeld in einen Genossenschafts-Aufbaukreis ein: Hauptberufliche aus der katholischen Kirche und der Caritas, Gewerkschafter und frühere Betriebsräte sowie Engagierte aus der Erwerbslosen-Selbsthilfe „myself“.

Deren Ideenentwicklung fasste er mit diesen Worten zusammen: „Unsere Genossenschaft ARBEIT ZUERST antwortet auf den gesellschaftlichen Skandal der Langzeit-



Mitglieder des Vereins „my-self e.V. zur gegenseitigen Förderung am Arbeitsmarkt“.

ARBEIT ZUERST eG ist nicht nur ein Unternehmen, sondern auch ein ständiger Bildungsprozess aller Beteiligten.

arbeitslosigkeit durch den Verbund der Genossen. ARBEIT ZUERST eG ist nicht nur ein Unternehmen, sondern auch ein ständiger Bildungsprozess aller Beteiligten.

Genosse zu sein bedeutet, dass wir an unserem Eigentum arbeiten. Und um erfolgreich zu sein, ist es nötig, gemeinsam zu handeln. Ein angemessenes Betriebsklima, Teamarbeit und unsere breite Weiterbildung zum Wohle der Genossenschaft sind dauerhafte Aufgaben.“ Die Gründungsgenossen kamen überein, sich an den sozialetischen Werten, konkret formuliert in der Christlichen Soziallehre, zu orientieren. Sie betonen deshalb

- den sittlichen Vorrang des Faktors Arbeit, also der Interessen der arbeitenden Menschen vor den Kapitalinteressen;
- den Subjektcharakter des Menschen in der Arbeit, sich als Mit-eigentümer zu verstehen;
- den instrumentellen Charakter des Kapitals zum Vollzug des Unternehmens;
- das Streben nach fairer Entlohnung.

Die daraufhin gegründete Genossenschaft dient dem Grundsatz

„Vorrang der Vergütung der Arbeit, Nachrang der Verzinsung des Eigenkapitals“ – nicht der Maximierung der eigenen Gewinne. In ihr sollen sich die Wesensprinzipien einer Genossenschaft in besonderer Weise zeigen: Selbsthilfe, Selbstbestimmung und Selbstverantwortung. Im internen Bereich der Genossenschaft sollte die Differenz der Vergütung zwischen arbeitenden Genossinnen und Genossen mit geringer Qualifikation und einer Führungskraft das Verhältnis von 1 zu 4 nicht übersteigen.

Name der Genossenschaft

bezieht sich auf das unternehmerische Ziel, ARBEIT ZUERST zu schaffen, indem ARBEIT für die berufliche und persönliche ZUKUNFT der Mitglieder, insbesondere mit ihrem beruflichen ERfahrungsschatz in der Region STUTTGART angeworben wird.

Community Organizing als Werkzeug – der myself e.V.

Viele Engagierte der ersten Stunde sind „myself“-Mitglieder. Vor sechs Jahren war der Verein „myself e.V. zur gegenseitigen Förderung am Arbeitsmarkt“ <www.myself-ev.de> gegründet worden. Er ist in Stuttgart eine wohl in ganz Deutschland einzigartige, mitgliederstarke und finanziell auf eigenen Füßen stehende Selbsthilfe-Organisation entstanden, in der gezielt von Anfang an mit „Community-Organizing“-Wissen gearbeitet wurde. Mit Leo Penta und Paul Cromwell stehen erfahrene, in Deutschland arbeitende US-Organizer als Mentoren zur Verfügung.

Der Verein „myself e.V. zur gegenseitigen Förderung am Arbeitsmarkt“ ist ausführlich an anderer Stelle beschrieben.¹ Community Organizing bezieht sich in der Regel

FUSSNOTE

1 Häcker, Walter: myself e.V. in Stuttgart. In: Leo Penta [Hrsg.]: Community Organizing – Menschen verändern ihre Stadt“. edition Körber-STIFTUNG Amerikanische Ideen in Deutschland VIII. Hamburg 2007. Seite 155 ff.

auf die Bewohner eines Stadtteils, die lernen im Selbstinteresse zu lokalen Problemlösungen beizutragen: lokales Community Organizing. In myself e.V. haben sich jedoch Menschen aus der Region Stuttgart zusammen geschlossen, die in einer besonderen Lebenssituation stehen: Entlassung und Erwerbslosigkeit. Es ist das ein Beispiel für kategoriales Community Organizing.

Insbesondere myself-Mitglieder im Alter 50+ gehören zu den wichtigen Akteuren beim Aufbau der Genossenschaft ARBEIT ZUERST. Das kraftvolle Vorbild der myself-Organisation mit inzwischen 420 Mitgliedern hat in Stuttgart andere Gruppen dazu ermutigt, sich ihres Potenzials (ihrer „power“) bewusst zu werden und wichtige Erfahrungen auch in andere Organisationen einzubringen, so bei der Gründung von ARBEIT ZUERST.

Mitglieder von myself haben im Sinne des von Saul Alinsky und Ed Chambers (IAF, Chicago) vertretenen Ansatzes „broad based organizing“ (Organisieren von Organisationen) die Kooperation mit allen einschlägigen Organisationen und Akteuren am Arbeitsmarkt gesucht, woraus sich von Fall zu Fall Aktionsbündnisse schmieden ließen. So wurde eine Reihe von öffentlich wirksamen Auftritten gestaltet, um „Erwerbslosen in der Region Stuttgart eine Stimme“ zu geben. Dieses Netzwerk konnte auch die protestantischen Akteure Diakonie und „Kirchlicher Dienst für die Arbeitswelt“ überzeugen, der Genossenschaft beizutreten. „Myselfer“ haben auch beim Aufbau der gemeinnützigen „Stiftung + Arbeit“ (www.stiftung-und-arbeit.de) geholfen. Diese Stiftung hat bereits die Lizenz zur Arbeitnehmerüberlassung. Damit konnten in Zusammenarbeit mit dem Vorstand der Genossenschaft ARBEIT ZUERST schon vor deren Eintragung Menschen in Leiharbeit und Qualifizierung gebracht werden.

Frithjof Bergmann ermutigt

Prof. Frithjof Bergmann von der University of Michigan in Ann Arbor ist ein weiterer prominenter Unterstützer und Gründungsgenosse. Er kommt immer wieder zu öffentlichen Veranstaltungen und zur Beratung der Selbstorganisationsgruppen nach Stuttgart. Schon 1984 hatte er das erste Zentrum für „Neue Arbeit“ in der Automobilstadt Flint zusammen mit General Motors gegründet, das weltweit Beachtung fand.² Seine Botschaft „Arbeite, was Du wirklich, wirklich willst“ hilft Erwerbslosen aus der entmutigenden Fixierung auf: „mir bleibt nur der Niedrig-Lohn-Sektor, in dem ich jeden Job mit immer schlechterer sozialer Absicherung annehmen muss!“ heraus. Sich erfolgreich bewerben kann nur, wer weiß, was er will und was er kann – und das auch sagt.

Herausforderungen beim Aufbau der Genossenschaft

Auf dem Weg zur arbeitsfähigen Genossenschaft müssen die Kulturen von einerseits „Wirtschaft“ und „Business durch erfolgreiche Geschäftsabwicklung“ und andererseits „Freiwilligkeit“ im Sinne des Bürgerschaftlichen Engagements verschmelzen. Dabei sind menschliche und gruppendynamische Hürden zu bewältigen. Geschäftserfolg wird in traditionellen Betrieben erreicht durch viel Startkapital, schlichtes Anweisen, Sanktionieren oder mit Geld „belohnen“. Dieses Vorgehen gilt in der modernen Organisationsentwicklung eher als „Unkultur“. Nicht nur in der Aufbauphase einer solidarisches Genossenschaft sind solche Methoden unpassend, ja kontraproduktiv. Dennoch muss auf dem Weg vom Non-profit- zum Sozialprofit-Unternehmen so bald als möglich Geld verdient werden. Menschen, die das tägliche Geschäft der Genossenschaft führen, müssen davon ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Fähige und freiwillig-unvergütet arbeitende

Erwerbslose, die sich für Aufbau der Genossenschaft engagierten, konnten und wollten verlockende Angebote aus dem ersten Arbeitsmarkt nicht ablehnen. Mehrfach hat die Genossenschaft „in Gründung“ so Führungspersönlichkeiten verloren.

Von Anfang an hatten sich die Gründer auf das Geschäftsmodell Genossenschaft festgelegt mit dem Ziel, ein nachahmenswertes Beispiel für Demokratie in der Arbeitswelt zu schaffen und es in der öffentlichen Diskussion als Modell einzuführen. Als ermutigendes Beispiel dienten die Mondragon-Genossenschaftsverbünde im Baskenland.

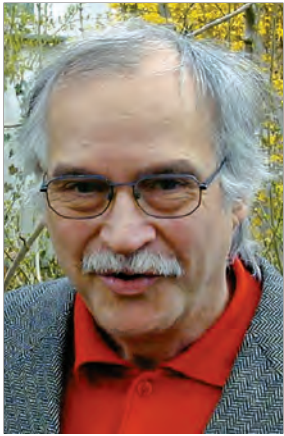
Aus Sicht des Organisationsentwicklers war es problematisch, die Form vor dem Inhalt festzulegen. Der Nachteil ist, dass alle denkbaren Wechselfälle des Genossenschaftslebens in endlosen Satzungs-, Geschäftsordnungs- und Vergütungsordnungs-Diskussionen geregelt werden sollten, ehe noch ein einziges Geschäft getätigt werden konnte. Umgekehrt wäre wahrscheinlich der Schuh schneller fertig geworden: Man einigt sich über die Inhalte, so konkret wie möglich, und kann sich dann darauf verlassen, dass eine geeignete Form gefunden wird.

Dieses Netzwerk konnte auch die protestantischen Akteure Diakonie und „Kirchlicher Dienst für die Arbeitswelt“ überzeugen, der Genossenschaft beizutreten.



FUSSNOTE

² mehr dazu bei <http://www.new-work-newculture.net>



Autor

Dr. WALTER HÄCKER, Diplomphysiker, Erwachsenenbildner und langjähriger Leiter der Volkshochschule Schorndorf, selbständiger Organisationsentwickler (community organizer) und Moderator, Vorsitzender des Aufsichtsrats der ARBEIT ZUERST eG (<http://www.arbeitzuerst.de>), Beirat in myself e.V. (<http://myself-ev.de>), Mitglied im Kuratorium der „Stiftung und Arbeit“ (<http://stiftung-und-arbeit.de>), 2. Vorstand im „Forum Community Organizing e.V.“ (<http://www.community-organizing.eu>), Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der kath. Stiftungsfachhochschule München (<http://www.ksfh.de/forschung>).

Kontakt:

E-Mail: dr_walter_haecker@mac.com

Die Gründung einer Genossenschaft ist immer noch ein zeit- und aufwendiges Verfahren, das leicht ein Jahr oder mehr dauert. Das Dreieck: Gründung samt Satzung, Gründungsgutachten (samt wirtschaftlicher Prognose) durch einen Prüfungsverband, Eintragung beim Registergericht über einen Notar enthält viele Fehlermöglichkeiten. Eine weitere Herausforderung ist das Finden eines geeigneten Genossenschaftsverbandes, den wir mit einem Prüfungsverband (www.menschen-machen-wirtschaft.de) in Dessau gefunden haben.

Inzwischen ist die Genossenschaft eingetragen, seit Juni 2010 gibt es die ARBEIT ZUERST eG ohne das Kürzel i.G., das wir zwei Jahre lang vor uns hertragen mussten. Geschäftspartner erkennen an dem „in Gründung“, dass derzeit noch nicht die Genossenschaft für Verbindlichkeiten einsteht, sondern ausschließlich die Vorstände mit ihrem Privatvermögen, was es natürlich unmöglich macht, Geschäfte zu tätigen. Auf Rechnung der nun vorhandenen eG als Zeitarbeitsfirma los legen können wir immer noch nicht. Zunächst muss noch die Lizenz zur Arbeitnehmerüberlassung beantragt werden. Das könne, sagen Fachleute, drei bis fünf Monate beanspruchen.

Ermutigungen

Unsere Initiative wurde von der Körber-Stiftung aus 238 Bewerbungen zu einem der 20 Preisträger des USable-Qualifizierungsnetzwerks 2010/2011 ausgewählt.³ Kontakte unseres Gründungsmitgliedes Detlef Schwoon, der als Hauptamtlicher in der IGM-Stuttgart für Erwerbslose und Leiharbeit zuständig ist, führten inzwischen zur Zusammenarbeit mit mehreren Niederlassungen eines produzierenden Industrie- und Forschungskonzerns. Wir sind mit dem Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrates und stv. Aufsichtsratsvorsitzenden sowie, nach Vermittlung mit dem Arbeitsdirektor, mit verschiedenen Personalleitern im Gespräch. Im Unternehmen werden Leasing oder Werkverträge für Ingenieure eher

abgelehnt. Diese Bedenken werden jedoch ARBEIT ZUERST gegenüber fallen gelassen. Ein Zitat aus dem Anschreiben an die Betriebsräte der Niederlassungen: „Schließlich geht es dabei nicht darum, aus dem Verleihgeschäft Profit zu schlagen, sondern darum, diesen Kolleginnen und Kollegen über 50 wieder an der Arbeitswelt Teilhabe zu verschaffen. Perspektivisch wird natürlich eine Festanstellung angestrebt.“

Neue Ideen für Geschäftsfelder entstehen: Ein Modell namens GApS steht für Genossenschaftliche Absicherung prekärer Selbstständigkeit. Andere Genossinnen prüfen den Ansatz, Alltagshilfe vor allem für alte Menschen zum Geschäftsfeld zu entwickeln. Der Bedarf an alltäglichen Hilfen wird besonders auf kommunaler Ebene offenbar. Ziel ist, dass alte Menschen so lange als möglich dort wohnen können „wo sie hingehören“. Vorbild könnte die Seniorengenossenschaft Riedlingen sein, die uns beim Planen dieses Geschäftsfeldes berät.⁴

Jeder Genosse wird zum Entrepreneur

Das ist der gegenwärtige Stand (Juli 2010): Wir haben ein regendichtes, juristisches Dach errichtet, unter dem es nun möglich ist, jede Art von solidarischem, gemeinsamem, wirtschaftlichen Handeln einzurichten. Voraussetzung für den Erfolg ist die Orientierung am Selbstinteresse und den Werten der Beteiligten bei Beachtung der eisernen Regel des Community Organizing: „Tue nie etwas für Menschen, was diese für sich selbst tun können.“ Dazu wird eine professionelle Führung der Genossenschaft durch Vorstände oder Geschäftsführer und Aufsichtsräte benötigt.

Weitere Menschen mit Erfahrung im Aufbau solch innovativer „Neuen Arbeit“ werden gesucht, welche den Sinn der „eisernen Regel“ verstehen und die Freude daran haben, dieses genossenschaftliche Modell so auszubauen, dass es als bundesweites Beispiel wirken kann. Die GenossInnen mit Arbeitsver-

trägen in Arbeitnehmerüberlassung oder in Projekten werden erfahren und lernen, dass sie nicht einfach bei einer fremdbestimmten Zeitarbeitsfirma angestellt sind, die etwas besser bezahlt. Sie werden erkennen, dass sie sich im solidarischen Kollektiv in die Situation eines Existenzgründers (im Sinne eines Entrepreneurs, von dem Günter Faltn in seinem Buch „Kopf schlägt Kapital“ so farbig spricht) begeben. Sie werden sich in der Zeit, in der bezahlte Aufträge fehlen, intensiv selbst um neue Aufträge, um Betriebsaufbau und Akquise kümmern. Dieser persönliche Paradigmenwechsel kostet viel Gesprächszeit innerhalb der Genossenschaft, aber auch Mittel z.B. für Mentoring von Schlüsselpersonen, Trainings, Entwicklungsseminaren. Geld dafür kann gerade am Anfang kaum im Alltagsgeschäft verdient werden, weshalb wir uns intensiv um finanzielle Unterstützung durch einschlägige Stiftungen bemühen.

In der Ferne wird die Vision eines „Zentrums für Neue Arbeit“, wie Frithjof Bergmann es beschreibt, sichtbar, in dem produziert wird, Dienste ausgetauscht werden und weitere Ressourcen zur Lebensgestaltung bereitstehen. Hier sollen Menschen entdecken können, was sie wirklich, wirklich wollen.

Mit den Worten von Larry McNeil, einem erfahrenen amerikanischen Lehrer des Community Organizing, kann die selbstgestellte Aufgabe der Genossenschaft den einzelnen Genossen gegenüber so zusammengefasst werden: „Es geht darum, die Geschichte eines Menschen aktiv auszugraben, gemeinsam die Bedeutung seiner Geschichte zu untersuchen und die Gelegenheit zu nutzen, für die persönliche und gemeinsame Geschichte einen neuen Schluss zu schreiben.“ ■

FUSSNOTEN

³ www.koerber-stiftung.de/gesellschaft/transatlantischer-ideenwettbewerb-usable

⁴ www.martin-riedlingen.de/senioren/seniorenhomepage.htm



Inklusion oder Solidarität?

WILFRIED HOSEMANN

Es gibt keine einheitliche Regelung von Inklusion – Organisationen regeln aus ihrer Eigenperspektive, wer Mitglied wird und wer für sie relevant ist.

Die Erwartungen in der Sozialen Arbeit an Solidarität sind groß, aber ebenso die Bedenken, mit dem Inklusionskonzept auf die gesellschaftlichen Verhältnisse von Ungleichheit und Ungerechtigkeit die passenden Antworten finden zu können. Hier soll ein Beitrag dazu geleistet werden, die systemtheoretische Perspektive zu nutzen, um Gegensätze von normativen Diskursen und praktischen Perspektiven zu reduzieren und den Blick für professionelle Unterstützungsstrategien zu stärken.

1. Die gesellschaftliche Entwicklung gibt Inklusion als Leitmodell von Zugehörigkeit vor

Die vormoderne Gesellschaft, die ihre Ordnung über Stände fand, hat sich über die eigenständige Entwicklung ihrer Funktionssysteme wie Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Politik ausdifferenziert. Diese und andere gesellschaftliche Bereiche wie das Gesundheitswesen, die Religion, das familiäre Zusammenleben oder der Sport folgen ihren eigenen Regeln. Entsprechend sind die Lebensbereiche unterschiedlich geworden. Zugänge müssen begründet sein und können nicht aus übergreifend gültigen Normen abgeleitet werden. Mit dem Inklusionsbegriff wird die gesellschaftliche Integration nicht mehr über die Gesamtpersönlichkeit des Menschen, vorgängige Zugehörigkeiten oder seine Zustimmung zu sozialen Verhaltensmustern bestimmt, sondern über zeitlich begrenzte und wechselnde Teilhabemöglichkeiten an den gesellschaftlichen Funk-

tionsbereichen wie Bildung, Wirtschaft, Politik, Recht usw. und ihren Organisationen. Inklusion bezeichnet die Bedeutung von Menschen aus der Perspektive von sozialen Systemen. „Das Prinzip der Inklusion ersetzt jene Solidarität, die darauf beruht, dass man einer und nur einer Gruppe angehört.“ (Luhmann 1980, 31). Es gibt keine einheitliche Regelung von Inklusion – Organisationen regeln aus ihrer Eigenperspektive, wer Mitglied wird und wer für sie relevant ist. Diese zeitliche, sachliche und soziale Begrenzung von Zugehörigkeiten hat eine enorme Steigerung von Freiheiten, Möglichkeiten, Leistungen sowie Risiken und Verunsicherungen zur Folge. Über Zugehörigkeiten werden Möglichkeiten und Leistungen einseitig verteilt.

Die Zugangsregeln gewinnen an Bedeutung gegenüber den Solidaritätsregeln. Von allen wird unmittelbar erlebt: Über ihre Organisationen können Funktionssysteme ihre Offenheit für alle regulieren und durch Teilhaberegeln und Rollenfilter Zugangshürden aufbauen. Die wirtschaftlichen Umstellungen und Krisen bringen Ängste vor Nicht-Teilhabe und Bedeutungslosigkeit und Wünsche nach Inklusion mit sich. Die Verantwortung für die Zugehörigkeit – auch das Bemühen darum – wird steuerbar und auf den einzelnen Menschen zurechenbar. Das Problem des gesellschaftlichen Zusammenhalts wird neu ausgerichtet auf die Frage, wie Menschen zeitlich begrenzt an die Kommunikationszusammenhänge gesellschaftlicher Teilsysteme gekoppelt werden oder – im Falle von Exklusion – was passiert, wenn eine solche Kopplung ausbleibt.¹

FUSSNOTE

¹ Mit der Entscheidung für diese Beschreibung wird nicht bestritten, dass es auch ertragreiche Analysen über Klassenstrukturen, soziale Lagen und Milieus gibt.

Die Organisationen verlagern die Anpassung an die Inklusionsregeln auf die Individuen und erhöhen indirekt die Bedeutung der sozialen Kompetenzen und Handlungsmuster. Die gesellschaftliche Dynamik hat zur Folge, dass Inklusionen in formale Strukturen als unsicher erlebt werden – denn unabhängig vom generellen Teilhabeversprechen hängen die konkreten Zugänge in gesteigertem Maße von den individuellen Leistungen der Personen ab. Das Angewiesensein auf Inklusionen in soziale Nahräume, Netze und Milieus enthält einen stummen Zwang zur sozialen Disziplinierung sowie das permanente Risiko sozial ausgeschlossen zu werden. Das Prinzip, dass soziale Systeme und Organisationen das Recht haben, eigenständig über Zugehörigkeiten zu entscheiden, stellt eine allgemein akzeptierte Grundvorstellung dar.

So bestimmt das Thema Zugehörigkeit wesentliche öffentliche Diskurse, beispielsweise wird ständig über Zugänge zu Bildung, Rohstoffen, Krediten und Märkten gesprochen. Selbst soziale Gerechtigkeit wird teilweise auf die Möglichkeit von Zugängen reduziert. Auf der individuellen Ebene wiederholt sich die Erfahrung: Dazugehören muss man („Vitamin B haben“), die richtige Schulbildung und das richtige Geschlecht haben, damit man reinkommt, die richtigen Umgangsformen präsentieren, damit man wahrgenommen wird, usw. Wer von dem Gefühl ausgeht nicht dazu zu gehören und auch keine faire Chance zu haben „reinzukommen“, entwickelt eigene Wege und sucht andere Möglichkeiten dazu zu gehören (manche davon sind kriminell). Gerade wegen der veränderten gesellschaftlichen Integrationsform gehört Solidarität zu den sensiblen Punkten bei der Beurteilung der Verhältnisse als gerecht und bei der Bewertung gesellschaftlicher Konflikte, wenn es darum geht, wie sich gesellschaftliche Gruppen zueinander verhalten.

2. Die Soziale Arbeit ist Teil der Auseinandersetzungen um Inklusion und Solidarität

Die durch Nichtzugehörigkeit (Exklusion) entstehende Ungleichheit von Personen, Gruppen oder Regionen wird von den einzelnen gesellschaftlichen Funktionssystemen nicht wahrgenommen, z.B. beschweren die Folgen eines Schulausschlusses das Schulsystem nicht ernsthaft, die vorenthaltenen Chancen für Frauen oder Kindern aus Migrantenfamilien belasten den einzelnen Wirtschaftsbetrieb nicht. Erhebliche Ungleichlagen, Armut, Exklusionsdrifte sind die Konsequenzen bei den Menschen – aber für die Organisationen zunächst unsichtbar und ohne direkten Zwang zu verantwortlichem Handeln. Das Funktionssystem Soziale Arbeit ergibt sich aus der Notwendigkeit der Beobachtung, Beschreibung und Zurechnung dieser Prozesse – man kann sagen, als staatlicher Ausfallbürge für eine logisch und praktisch ausgegrenzte Solidarität (verstanden als die Berücksichtigung wechselseitiger Anerkennung der

Bedürfnisse und Wertschätzung). Im politischen System wird an den aktuellen Auseinandersetzungen über die Aufgaben und den Umfang der Sozialen Arbeit öffentlich, wie sie einseitig zum Transporteur sozialer Forderungen instrumentalisiert und verkürzt werden soll.

In die Soziale Arbeit sind die gesellschaftlichen Konflikte eingelassen. Ihre Schwierigkeiten stehen in engem Zusammenhang mit ihrer Position. Zum einen (a) kann sie die notwendigen Zugänge der Menschen zu anderen Systemen wie Wirtschaft, Medizin, Bildung usw. nicht erzwingen und die Klienten erleben sich häufig weiterhin hilflos und auf sich allein gestellt.

Zum anderen (b) sind die sozialpolitischen Maßnahmen zum Ausgleich von Marktgeschehen und den Nebenfolgen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung in verrechtliche Ansprüche umformuliert worden. Soziale Arbeit kommt in die widersprüchliche Situation zugleich für die Vermittlung sowie Gestaltung von sozialen Leistungen verantwortlich zu sein und damit aber auch von den Adressaten für die Unzulänglichkeiten, Zumutungen, Demütigungen und negativen Effekte der Sozialleistungen verantwortlich gemacht zu werden. Darüber hinaus (c) entwickelt die Soziale Arbeit als gesellschaftliches Teilsystem mit ihren Organisationen eigene Zugangsregeln und entsprechende Inklusions-Exklusionsprobleme (z.B. Spezialisierung).

Im Rahmen ihrer Anschlüsse an sozialstaatliche Leistungen sowie gegenüber Adressaten und deren Verhaltensweisen bezieht sich Soziale Arbeit auf Solidarität. Mit Solidarität sollen hier bestimmte Interaktionsformen bezeichnet werden, die sich an Prinzipien wie „Gewähren nach Bedarf“, „brüderlichem Teilen“ und „wechselseitiger Anteilnahme“ ausrichten. In diesem Sinne gehört Solidarität zum Kernbereich sozialer Gerechtigkeit, auf die sich Soziale Arbeit grundsätzlich bezieht. Ein genauerer Blick darauf lohnt sich.

Die Theorie der sozialen Gerechtigkeit von David Miller (2008) unterscheidet mehrere Verteilungsprinzipien. Sie geht von den drei sozialen Beziehungsformen „solidarische Gemeinschaft“, „Zweckgemeinschaften“ (wie Firmen) und „Staatsbürgerschaft“ aus, denen sich sowohl im Gerechtigkeitsempfinden der Bürger wie in der philosophischen Reflexion drei verschiedene Gerechtigkeitsgrundsätze zuordnen: Bedarf, Leistung, Gleichheit. Solidarität kommt im Rahmen von Bedarf zweimal vor: erstens als unmittelbare Grundlage für wertbezogene Gemeinschaften wie Familien, Vereine, Teams oder religiöse Gruppen und als eines der allgemeinen Prinzipien des Staates (vgl. gesetzliche Sozialversicherungen, Krankenversicherungen usw.). Solidarität ist demnach keine Vorstellung oder Verhaltensweise die generell in Anspruch genommen werden oder einfach mit sozialer Gerechtigkeit gleichgesetzt werden kann. Miller kann zeigen, dass wir begründet auch auf die Gerechtigkeitsgrundsätze Leistung und Gleichheit vertrauen.

Wer von dem Gefühl ausgeht nicht dazu zu gehören und auch keine faire Chance zu haben „reinzukommen“, entwickelt eigene Wege und sucht andere Möglichkeiten dazu zu gehören.



3. Das Inklusionskonzept erweitert die Perspektiven professioneller Solidarität

Der systemische Ansatz von Inklusion und Exklusion hilft, mögliche Tendenzen einer Spaltung der Sozialen Arbeit in einen moralischen Diskurs und eine Methodenlehre des Helfens zu vermeiden. Das Gegenteil ist notwendig. Die Schwierigkeiten des politischen Systems soziale Integration zu gewährleisten und soziale Differenzen und Konflikte in politisches Handeln umzuformulieren sind offensichtlich und wirken sich auf das Verhältnis zur Sozialen Arbeit aus. Ein erhöhter Bedarf an sozialer Integration und politisch relevanter Kommunikation ist wahrscheinlich. Die gesellschaftlichen Milieus unterscheiden sich an materiellem Wohlstand, Wertvorstellungen und Erfahrungen ganz erheblich. Die Hoffnungen auf sozialen Aufstieg, höhere Konsummöglichkeiten oder politischen Einfluss verlieren an sozialer Kraft. Wo die Erwartungen an die Zukunft nicht mehr integrieren (dazu beitragen Perspektiveneinschränkungen in Kauf zu nehmen), treten die Gegensätze der Gegenwart schärfer hervor. In dieser gesellschaftlichen Konstellation entstehen für die Soziale Arbeit Aufgaben, Begründungszwänge und Gestaltungsmöglichkeiten, -zwänge und -notwendigkeiten. Die gesellschaftlichen Zugänge – auch für die Soziale Arbeit – sind strittig. Bisherige Kopplungen an kirchliche, gewerkschaftliche und politische Milieus verlieren an Selbstverständlichkeit und müssen ‚hergestellt‘ werden. Die politisch wirksame Darstellung sozialer Spaltung und Verschärfung sozialer Probleme ist anspruchsvoller geworden. Zum Beispiel ist die Ausdifferenzierung des Finanzsektors aus dem Wirtschaftssystem in seinen politischen und sozialen Folgen noch unbewältigt. Sie hat eine verstärkte Auflösung wech-

selseitiger sozialer Angewiesenheit, Erfahrungen, Verantwortlichkeiten, gemeinsam geteilter Vorstellungen zur Folge. Man kann im Finanzbereich international und ohne Sozialkontakte prächtig verdienen. Der Effekt besteht in einer noch geringer werdenden Kopplung von Macht- und Entscheidungsträgern an die soziale Wirklichkeit. Die Strukturen um gesellschaftliche Balancen auszuhandeln, gestalten sich zunehmend unübersichtlich. Die Auseinandersetzungen über Hilfeempfänger, Migranten, Kinderarmut zeigen unterschiedliche Positionen in den Parteien, Medien und bei bedeutenden Akteuren wie Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, aber auch innerhalb der Sozialen Arbeit und bei den Betroffenen. Um auf diese komplexen Herausforderungen zu reagieren, verfügt die Soziale Arbeit über Strukturen in Praxis, Ausbildung und Wissenschaft, die sonst keinem anderen gesellschaftlichen Bereich zur Verfügung stehen.

4. Welche Perspektiven lassen sich aus systemischer Perspektive in diesem komplexen Geflecht benennen?

1. INKLUSION DER SOZIALEN ARBEIT FÖRDERN

Um wirksames Handeln organisieren zu können, ist die Soziale Arbeit selber auf Inklusion angewiesen. Ihr soziales, politisches Gewicht wird dabei von ihrer Kompetenz zur Kopplung mit ihren Adressaten wesentlich beeinflusst. Die aktuellen Diskussionen in der Sozialen Arbeit korrespondieren zu diesen Herausforderungen, insbesondere Sozialraumorientierung, Netzwerkansatz, im Fallbezug den Sozialbezug erkennen, mit Hilfe systemischer Sozialer Arbeit die Zusammenhänge von Fall, Fallumgebung und Sozialstruktur erfassen, die öffentliche Kommunikation erweitern. Der Umgang mit der demokratischen und diffe-

Wo die Erwartungen an die Zukunft nicht mehr integrieren (dazu beitragen Perspektiveneinschränkungen in Kauf zu nehmen), treten die Gegensätze der Gegenwart schärfer hervor.



Autor

WILFRIED HOSEMANN
Dr., Dipl.-Päd., Sozialarbeiter (FH), Professor für Theorien und Methoden der Sozialen Arbeit an der Universität Bamberg und der Hochschule Coburg. Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Systemische Soziale Arbeit.

renzierten Gesellschaft erfordert, die Adressaten und die eigenen Organisationen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen in Bezug zu setzen. Den Organisationen – und den Hochschulen – der Sozialen Arbeit kommen daher besondere Aufgaben zu, die sich vom Erhalt wirtschaftlicher Unabhängigkeit unterscheiden. Um für Organisationen anderer Funktionssysteme relevant zu sein, ist ein klares und kommuniziertes Leistungsprofil erforderlich. Dazu gehört auch Konfliktbereitschaft und nicht nur die Fähigkeit zur Mobilisierung von Hilfebereitschaft. Die Grundlage ist in der eigenständigen fachlich-wissenschaftlichen Expertise zu sehen. Sozialarbeitswissenschaft ist nicht nur Selbstzweck, sondern auch Voraussetzung der praktischen Autonomie. Die systemische Perspektive steigert die interne Reflexionskompetenz und hilft die externen Beziehungen zu klären. Sie kann die kommunikativen Aufgaben von Trägern und PraktikerInnen in ihrer Unterschiedlichkeit und im Zusammenspiel erfassen und verfügt über Erklärungsmodelle, wie Helfer- und Klientensysteme zusammenwirken.

Wer die Inklusionsbedingungen für seine Klienten und für die eigene Organisation erweitern will, wird mehr Möglichkeiten schaffen, wenn er sich auf die Inklusionsvoraussetzungen anderer Organisationen einlassen und einstellen kann. Dies gilt nicht nur in eine Richtung, sondern zielt auf wechselseitige Anerkennung. Als beispielhafte Ziele und Strategien dafür lassen sich nennen: Informationsbrücken bauen, Gruppen oder Einzelne vernetzen, strukturelle Kopplungen längerfristig aufbauen, z.B. indem man Nachwuchspolitiker und -journalisten einlädt, für Studierende anderer Fachrichtungen Schnupperkurse und kurze Sozialpraktika anbietet, sich als Ansprechpartner für sozialraumbezogene Projekte von Unternehmen anbietet oder regionale Sozialforen organisiert. Gerade weil eine staatlich verfasste oder abhän-

gige Soziale Arbeit die unabhängige und kritische Kommunikation begrenzt, sind wissenschaftliche Kooperationen und Autonomie von herausragender Bedeutung – für die der systemische Ansatz eine verbindende Fachsprache und analytische Kategorien bereit hält.

2. DIE INKLUSION DER KLIENTEN FÖRDERN

Die systemische Perspektive hilft sich auf die Herstellung gerechterer Zustände vor Ort einzustellen. Auf der praktischen Ebene lässt sich das z.B. folgendermaßen umsetzen:

- **Rechtliche Rahmungen ausschöpfen und erweitern.** Durch die offensive Gestaltung, Beeinflussung und Umsetzung rechtlicher Konzepte können Inklusionsbedingungen positiv beeinflusst werden.
- **Kommunikationsprozesse gestalten.** Inklusion ist an Kommunikation gebunden. Vorenthaltene Anerkennung, Benachteiligungen und Ausgrenzungen müssen öffentlich dargestellt und sozialpolitisch eingebracht werden.
- **Verständnis für die Klienten und ihre Lebensumstände erweitern und dadurch die Voraussetzungen für praktische Teilhabe ermöglichen.** Im Berufsvollzug auf die Seite der Adressaten zu gehen und aus ihrer Sicht – ihrer eigenen Form der Wahrnehmung – die soziale Situation zu interpretieren, schafft Inklusionsvoraussetzungen in die Soziale Arbeit und in die Lebenswelt. Aus der Perspektive der Klienten ist es möglich, ihren sozialen Raum zu beeinflussen. Der systemische Ansatz ist, wie die Erfolge der systemischen Therapie und Beratung zeigen, besonders dazu geeignet, die individuelle Seite der Erfahrungen und Gefühle aufzunehmen und neues soziales Handeln zu ermöglichen.

Zahlreiche aktuelle Konzepte, wie das „Paten-Konzept“, sind so aufgebaut, dass Solidarleistungen ihre Wirksamkeit durch gelingende Inklusion in das System Schule, berufliche Bildung, Arbeit, familiäre Unterstützungsformen oder regionale Netze und soziale Dienstleistungsorganisationen finden. Realisierte Solidarität verändert ihre Form gegenüber einer normativen Wertvorstellung und landet in unserer Gesellschaft an den Toren der Organisationen und den Umgangsformen sozialer Gemeinschaften. Nicht die Kopie paternalistischer Solidarität ist für die Profession Soziale Arbeit Vorbild, sondern die Ermöglichung der notwendigen Voraussetzungen demokratischer Teilhabe. Die systemische Sicht auf die konkreten Inklusionsbedingen belässt den Adressaten ihre Autonomie, Mitwirkungsrechte und ihre Ansprüche auf Gleichheit und Verdienst. ■



LITERATUR

Luhmann, N. (1980): Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft, Band 1, Frankfurt a.M.

Miller, D. (2008): Grundsätze sozialer Gerechtigkeit; Frankfurt/New York